



Franz Stumpf:

### Ein unvergessliches Jahr für Forchheim

Aus Anlass des 1200-jährigen Jubiläums der Stadt sind, so der Oberbürgermeister, über 150 Veranstaltungen verschiedenster Art geplant. **Seite 19**



Ludwig Schmid:

### Integration ist klare Chefsache!

Wie Schwabens Regierungspräsident in Augsburg erläuterte, ist Integration ein wechselseitiger Prozess, der vor allem eines brauche, nämlich Zeit. **Seite 3**



Stefan Rößle:

### Initiator der Aktion „fifty-fifty“

Zur Unfallverhütung im Kreis Donau-Ries wurde dem Landrat von den Lechwerken als Förderbeitrag ein Scheck in Höhe von 3.000 € überreicht. **Seite 8**

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 10. März 2005

56. Jahrgang / Nummer 5

Erwin Huber beim KPV-Landesvorstand und -Hauptausschuss:

## Gemeinsam Kräfte mobilisieren!

Einen Überblick über den Stand der Verwaltungsreform in Bayern gab Staatskanzleichef Erwin Huber bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und -Hauptausschusses in München. Der Minister hob dabei den wichtigen Part der KPV als Vermittler hervor.

Im November des vergangenen Jahres seien alle wesentlichen Grundsatzentscheidungen getroffen worden, die Umsetzungsarbeiten seien in vollem Gange und liefen planmäßig, betonte Huber. Bayern übertrage zum 1. Juli die Bewirtschaftung des Staatswaldes auf ein eigenständiges Unternehmen als Anstalt „Bayerische Staatsforsten“.

2006 würden die Zuschüsse für jene Kommunen gestrichen, die selbst einen eigenen Wald bewirtschaften.

### Große Verschlinkung

Auch bei den Staatlichen Bau- und Wasserwirtschaftsämtern werde eine große Verschlinkung und Vereinfachung durchge-

führt: Statt 75 Behörden werden es in Zukunft nur noch 39 Behörden sein. Damit werden 1.400 Stellen eingespart und die jeweils 17 Amtsbezirke der Staatlichen Bau- und Wasserwirtschaftsämter deckungsgleich.

### Abbau von Staatsaufgaben

Was den Abbau von Staatsaufgaben anbelangt, lägen 600 bis 700 einzelne Vorschläge vor, die zu sichten „ein mühsames Geschäft“ sei, erklärte Huber. Parallel dazu sei man auch dabei, die Vorschläge der Henzler-Kommission umzusetzen, deren Fokus sich speziell auf den Bereich der wirtschaftlichen Vorschriften richte. Von gut 100 Vorschlägen seien mehr als 90 Prozent bearbeitet worden. In Bayern habe man bereits Empfehlungen umgesetzt, auf Bundesebene sei zumindest einiges auf den Weg gebracht worden.

### Enorme Widerstände

Ein sehr berechtigtes Anliegen der Landräte, „das zugegeben bislang noch nicht richtig umgesetzt werden konnte“, ist Huber zufolge die Frage der Zusammenfassung von Genehmigungsver-

(Fortsetzung auf Seite 4)



### Exzellente Werbung für die Region

Als Premium-Gastgeber präsentierte sich Oberstdorf bei der Nordischen Ski-WM 2005 vom 16. bis 27. Februar. Rund 1500 freiwillige Helfer arbeiteten Tag und Nacht und sorgten für perfekt präparierte Schanzen und Loipen. Gastgeber, Gäste und Athleten ergingen sich in Superlativen: „Einmalig! Sensationell! Fantastisch!“ lautete das einhellige Urteil. Insgesamt besuchten mehr als 360.000 Zuschauer die WM-Langlauf- und Skisprung-Arena. Spitzensportler aus 48 Ländern kämpften um 57 Medaillen (vgl. unser Bericht auf Seite 18 Foto: FIS Nordische Ski-WM 2005)



Landrat Lutipold Braun und Staatsminister Erwin Huber.

Damit würden die Kosten gesenkt und Strukturen schlanker gemacht.

### Freistaat bleibt Eigentümer

Nach der aktuellen Planung werde die Anstalt „Bayerische Staatsforsten“ neben dem Sitz in Regensburg über insgesamt 41 Standorte in Bayern verfügen. Mit über 2.800 Mitarbeitern stelle sie das größte Forstunternehmen Mitteleuropas dar. Huber betonte, der Freistaat Bayern bleibe weiterhin Eigentümer des Staatswaldes. Auch für das neue Unternehmen gälten die Vorgaben des Waldgesetzes. Mit Ende

### Hauptausschuss der Bezirke:

## Der Sparkurs wird fortgesetzt

Mit Nachdruck hat der Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke während seiner jüngsten Sitzung im mittelfränkischen Weiden den Vorwurf aus Teilen der kommunalen Familie sowie der Bayerischen Staatsregierung zurückgewiesen, die dritte kommunale Ebene zeige einen nicht genügenden Reform- und Sparwillen, was zu einer verstärkten Debatte über die Zukunft der Bezirke geführt hat.

Dabei betonte der Hauptausschuss, dass es nicht länger hingenommen werde könne, dass von verschiedenen Seiten immer wieder Kritik an den Bezirken geübt und deren Auflösung gefordert werde, ohne dass ganz konkret gesagt wurde, wer die zahlreichen, dazu äußerst kostenintensiven gesetzlichen Pflichtaufgaben effizienter und vor allem billiger übernehmen könne.

### Herausforderungen im Sozialbereich

In jedem Fall stellte das Gremium heraus, dass durch eine Abschaffung der Bezirke die dramatisch anwachsenden finanziellen Herausforderungen insbesondere im Sozialbereich keinesfalls wegfallen würden. Im Gegenteil werde der Personalkreis an Behinderten, Alten und Kranken in erheblichem Umfang zunehmen.

Auf Grund der aktuellen Dis-

kussion erinnerte Verbandspräsident Hölzlein in Weiden daran, dass der Verband in diesem Rahmen gegenüber der Staatsregierung seine Bereitschaft bekundet habe, Aufgaben an Landkreise und Kommunen abzugeben. Dies habe die Staatsregierung jedoch abgelehnt.

### Kosten für Aussiedler und Ausländer

So hätten gemäß der Forderung der Bezirke die Kosten für Aussiedler und Ausländer, die per Bundesgesetz auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen worden sind, auch dort bleiben sollen. Die Staatsregierung habe dies aber gegen den Willen der Bezirke in einem Ausführungsgesetz bei den Bezirken belassen. „Man kann jetzt also nicht so tun, als ob wir in dieser so kostenintensiven Frage die Schuldigen wären, dass sich

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die bayerischen Landkreise wollen verstärkt an der Modernisierung ihrer Verwaltung arbeiten. Dazu hätten sich nunmehr 21 Landkreise zum Bayerischen Innovationsring zusammengeschlossen, teilte der Projektleiter, Miltenbergs Landrat Roland Schwing, mit. Gestartet war das Pilotprojekt vor acht Jahren mit 15 Landkreisen. Die Mitglieder einigten sich nun darauf, dass ihre Landratsämter durch Vergleiche der 20 wichtigsten Produkte auf Einspar- und Optimierungsmöglichkeiten hin untersucht werden sollten.

Begeistert war Schwing von der Dynamik und Motivation der mitwirkenden Landkreise, die den nicht einfachen Weg der Verwaltungsmodernisierung beschreiten. Ausgerichtet werden die angestrebten Veränderungen an den Bedürfnissen der Kunden und der Mitarbeiter. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein ganzheitlicher Reformansatz gewählt, an dem unter dem Motto „die Betroffenen zu Beteiligten machen“ die Mitarbeiter stark eingebunden sind. Schwerpunkte der bisherigen Maßnahmen waren die Personal- und Organisationsentwicklung sowie die Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente.

### Bedürfnisse und Erwartungen

Durchgeführt wurden unter anderem eine Mitarbeiter- und eine Kundenbefragung, um die besonderen Bedürfnisse und Erwartungen der jeweiligen Zielgruppen abfragen zu können.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Privatwirtschaft und Öffentlicher Verwaltung liege im fehlenden Wettbewerb, so Landrat Schwing. Der Wettbewerb zwinge die Unternehmen, permanent ihre Prozesse zu verbessern. Die Verwaltungen hätten das Problem, in Zeiten knapper werdender Ressourcen immer mehr Aufgaben erledigen zu müssen. Auch dies erzeuge Ver-

änderungsdruck. Um eine optimale Struktur zu erreichen, brauche man jedoch einen direkten Vergleich zwischen den Landratsämtern. „Erst wenn wir exakt vergleichen können, was vergleichbare Arbeitsvorgänge wie die Zulassung eines Kraftfahrzeuges im Oberallgäu, in Cham und Miltenberg kosten, kann in den Verwaltungen nach Einspar- und Optimierungsmöglichkeiten gesucht werden“, betonte der Projektleiter.

### Kosten- und Leistungsrechnung

Dazu werde aber umfangreiches Datenmaterial benötigt, das über die Betriebswirtschaft ermittelt werden muss. Hierzu zähle auch die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung so-

wie die Umstellung des bisherigen kameraleen Buchungssystems auf die „doppische Buchführung“. Die Landräte fordern (Fortsetzung auf Seite 4)



Ziemlich sauer ist der Bürgermeister auf Wolfgang Clement, weil dieser den Kommunen flächendeckenden Betrug bei Hartz IV vorgeworfen hat. Folgerichtig, so findet die Vorzimmerperle, wird ihr Chef dem Bundeswirtschaftsminister ein Kalenderblatt mit einem Satz des Euripides schicken: „Beim Rat geben sind wir alle weise, aber blind bei eigenen Fehlern.“ **Seite 19**

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtag verabschiedet Sparetat	Seite 2
Sparkassen und Landesbank Hand in Hand	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Stellenabbau im technologiefeindlichen Deutschland	3
Geschäft mit der Windkraft rechnet sich nicht mehr	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiepolitik	5 - 11
Kommunalfahrzeuge	12 - 14
Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV	14/15
Aus den bayerischen Kommunen	16 - 20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Auf Stoibers Reformkurs:

## Landtag verabschiedet Sparetat

Huber zieht positive Zwischenbilanz zur Verwaltungsreform  
Opposition spricht von Reformwut

Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2005/06 und einer Regierungserklärung zum Stand der Verwaltungsreform hat der Landtag in seinen letzten Vollsitzungen vor Ostern die erste Phase des von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber im November 2003 verkündeten Konzepts „sparen, reformieren, investieren“ abgeschlossen. Die Kürzungen bei Sachausgaben und der Abbau bzw. die Vereinfachung der Verwaltung folgen der Leitlinie „Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Arbeitsplätze für heute und morgen“, wie Staatskanzleiminister Erwin Huber zusammenfasste. Die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen wurde neuerlich betont.

„Der Reformprozess hat nach einem Jahr der Diskussion einen gewissen Abschluss erreicht“, erklärte der Ministerpräsident gegenüber der GZ am Rande des Plenums. Er gehe jedoch weiter. Der Etat für dieses und nächstes Jahr dokumentiere das Sparen, die Regierungserklärung ergänze das Zahlenwerk im Sinne des Reformierens; alles im Sinne der Nachhaltigkeit für kommende Generationen.

### Weiter gesunkene Steuereinnahmen

Zum Etat hatte Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser den Ernst der Lage an den weiter gesunkenen Steuereinnahmen dokumentiert. Im Januar und Februar seien sie um 5,9% gegenüber dem Vorjahr gesunken, was für Bayern ein Minus von 247 Mio. € bedeute, das aufgefangen werden müsse. Für die Talfahrt sei die Bundesregierung verantwortlich. Gleichwohl bleibe es dabei, den Etat des kommenden Jahres ohne neue Kredite auszugleichen. Für heuer sind 1,3 Mrd. € neuer Kredite eingeplant. Die Opposition sprach von Haushaltstricksereien, u.a. dadurch, dass der Finanzminister die „Schwarze Null“ im Etat nur erreiche, indem er unausgenutzte Kreditermäßigungen aus früheren Jahren von geschätzt 45 Mio. € in Anspruch nehme. Der Etat wurde mit der CSU-Mehrheit verabschiedet.

Huber knüpfte an die Etatdebatte insoweit an, als er in seiner Regierungserklärung nochmals feststellte, „der Freistaat ist ein

verlässlicher Partner der Kommunen.“ Auf ihre Kosten werde nicht gespart. Die reinen Landesleistungen für sie steigen heuer um rund 362 Mio. €, gleich 7,6% auf 5,12 Mrd. €. Die vom Staat übernommenen Kosten der Kontingentflüchtlinge hinzugerechnet, ergebe sich eine Steigerung von fast 9%. Das sei in Zeiten des Sparens „ein großer zusätzlicher Kraftakt des Freistaats für die Kommunen“.

Zur Verwaltungsreform allgemein stellte der Reformminister fest: „Wir haben ein Gesamtwerk hingelegt, das über diese Legislaturperiode hinaus eine effiziente Verwaltung gewährleistet“. Als Stichpunkte der bisherigen Beschlüsse in diesem Sinne nannte er die Sicherung der Attraktivität Bayerns für Arbeitsplätze, die Effizienz der Verwaltung durch Schließung von zu kleinen Behördenstandorten mit Orientierung an den Bedürfnissen der Bürger und Abbau von Hierarchien; zum Beispiel fallen 20 Präsidentenstellen weg und die Verantwortung wird nach unten verlagert.

### Chancen für Junge

Bei voller Umsetzung der Reformen, zusammen mit der Arbeitszeitverlängerung werden nach und nach rund 11.000 Beamtenstellen gleich rund 550 Mio. € pro Jahr gespart. Jungen Menschen solle jedoch die Chance gegeben werden, in den öffentlichen Dienst einzusteigen. Besonders wichtig bleibe der Dialog mit den Personalvertretungen, Verbänden und Kommu-

nen. Die Panikmache der Opposition ziehe nicht. Andererseits habe sie keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gemacht.

### Land mit den wenigsten Vorschriften

Huber betonte nochmals, Bayern solle das Land mit den wenigsten Vorschriften werden. Seit 2003 sei die Zahl der Landesgesetze um fast 10% zurückgegangen. „Diesen Weg gehen wir weiter.“ Die Landesverordnungen sollen von über 1100 auf rund 850 reduziert werden. Darüber hinaus werde ein Drittel der Verwaltungsanweisungen ersatzlos gestrichen. Unvermeidliche Genehmigungsverfahren sollten „möglichst kurz, zeitlich berechenbar und transparent“ sein.

Für die SPD zog Christa Naaß eine negative Zwischenbilanz nach einem Jahr der „Reformwut, des Zerstückelns, Zerstörens und Zentralisierens“. Es gehe nicht um eine effektive, bürgernahe und kommunal-

freundliche Verwaltung, sondern um Stoibers „egoistische und ehrgeizige Ziele“, um die Staatsverschuldung bis 2006 auf Null zu bringen. Die SPD fordere De-regulieren, Dezentralisieren und Delegieren. Naaß verwies auf ein bereits im November 2003 vorgelegtes 10-Punkte-Papier. Sie berief sich auf Einigkeit mit dem Städtetag, auch mit dem neuen Präsidenten OB Hans Schaidinger (CSU) aus Regensburg.

### „Unwort Reform“

Grünen-Fraktionssprecher Dr. Sepp Dürr befand, für die Menschen in Bayern sei das Wort Reform zum Unwort dieser Legislaturperiode geworden. Reform müsse an der Spitze beginnen, also in den Ministerien, ansonsten könne sie nicht gelingen. Bayerns Bürger litten unter der größten Regelungswut, mit der Bayern deutscher Bürokratiemeister bleibe. CSU-Fraktionsvize Markus Sackmann resümierte, er habe von der Opposition nicht einen einzigen umsetzungsfähigen Satz gehört, sondern lediglich eine Aneinanderreihung von Phrasen. Der Staat müsse endlich davon abkommen, mehr auszugeben als einzunehmen. **rm**

## Grünes Licht für den Schulhausbau

Investitionsvolumen in Höhe von 260 Mio. Euro vorzeitig frei gegeben

Finanzminister Kurt Faltlhauser hat Blockaden beim Schulhausbau beseitigt. Insbesondere schwäbische und oberbayerische Bürgermeister und Landräte hatten in den vergangenen Monaten geklagt, dass sie selbst dringend notwendige Schulbauvorhaben nicht mehr beginnen dürften; denn die Regierungen sähen sich mangels entsprechender Neuaufnahmekontingente gehindert, vorzeitige Baubeginne zu genehmigen. Mit einem „Drei-Säulen-Modell“, das Faltlhauser Ende Februar in der CSU-Landtagsfraktion vorstellte, hat die Staatsregierung nun investitionswilligen Kommunen grünes Licht für die rasche Umsetzung von Schulbauplänen gegeben.

Dieses Modell umfasst drei Maßnahmen. Der Finanzminister gibt mit sofortiger Wirkung das bislang noch gesperrte restliche Neuaufnahmevermögen 2006 in Höhe von 80 Mio. Euro und das Neuaufnahmevermögen 2007 in Höhe eines Teilbetrages von 180 Mio. Euro frei. Damit können bayernweit Schulbauten mit zuwendungsfähigen Gesamtkosten von 260 Mio. Euro von den Gemeinden und Landkreisen in Angriff genommen werden. Allerdings müssen Kommunen, die die Genehmigung für den vor-

zeitigen Baubeginn in Anrechnung auf das Neuaufnahmevermögen 2007 erhalten, auf eine erste Förderbewilligung bis zum Jahr 2007 warten. Um späteren Klagen vorzubeugen, haben die Kommunen vor einer Genehmigung deshalb ausdrücklich zu versichern, dass sie auch in Kenntnis längerer Vorfinanzierungszeiten willens und in der Lage sind, schon jetzt mit dem Bau zu beginnen.

Darüber hinaus sieht Faltlhausers Modell vor, den bisherigen Förderrahmen für Schulbaumaß-

nahmen mit Fördersätzen von 0 bis 80 Prozent zwar unverändert beizubehalten, um so der unterschiedlichen Finanzkraft der Kommunen angemessene Rechnung tragen zu können. Im Durchschnitt sollen die Fördersätze aber gesenkt werden. Durch die damit bewirkte Einsparung wird es, so der Finanzminister, bei gleich bleibendem Mittelansatz möglich, mehr Vorhaben schneller in die staatliche Förderung aufzunehmen.

Überdies, so die dritte Maßnahme des Pakets, werden es die Rechtsaufsichtsbehörden künftig grundsätzlich hinnehmen, wenn

Kommunen Schulbauten ohne staatliche Förderung realisieren wollen. Solche Fälle dürften zwar eher Seltenheitswert haben. Vereinzelt sollen Kommunen aber erklärt haben, dass sie auch ohne staatliche Förderung bauen würden, wenn ihnen dann nicht eine Beanstandung der Kommunalaufsicht drohte.

Mit diesem Modell, so Faltlhauser, verbessert die Staatsregierung spürbar die Möglichkeiten der Kommunen rasch im Schulhausbereich zu investieren und zugleich stärke sie damit insgesamt das kommunale Selbstverwaltungsrecht. **RK**

### Bayerischer Städtetag:

## Alternativen für die Bezirke gesucht

Arbeitsgruppe von städtischen Sozial- und Finanzexperten eingesetzt  
Ersatz für finanzielle Ausgleichsfunktion im Gespräch

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags ist der Auffassung, dass das System der Bezirksumlagen grundlegend reformiert werden muss. Unabhängig davon wird gefordert, die Ausgaben für die Sozial- und Jugendhilfeausgaben durch bundes- und landesrechtliche Regelungen zu senken.

Die Bezirksumlagen steigen immer weiter. In diesem Jahr wird der vor der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 erreichte bisherige Höchststand übertroffen. Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände hatten dagegen mit der Einigung über den kommunalen Finanzausgleich 2005 die Erwartung verknüpft, dass die Umlagen stabil bleiben.

### Sozialhilfeausgleich erhöht

Um das sicherzustellen, wurde der Sozialhilfeausgleich für die Bezirke um 100 Millionen Euro auf insgesamt 540 Millionen Euro aufgestockt. Außerdem wurden die Bezirke um weitere 60 Millionen Euro entlastet, weil der Staat die Kosten für die sog. Kontingentflüchtlinge übernommen hat. Trotzdem erhöht der Bezirk Oberbayern die Umlage um 2,45 Prozentpunkte, Niederbayern um 1,50, Oberfranken um 1,50, Schwaben um 2,00

Prozentpunkte. Die Bezirke Oberpfalz und Unterfranken halten ihre Umlagen stabil. Lediglich der Bezirk Mittelfranken sieht sich in der Lage, seine Bezirksumlage um 1,10 Prozentpunkte abzusenken.

Die Bezirksumlagesätze liegen zwischen 21,95 Prozent in Unterfranken und 28,30 Prozent in Schwaben. Der Durchschnitt beträgt 24,97 Prozent und übertrifft den 1995 erreichten bisherigen Höchststand von 24,06 Prozent. Gründe für diesen Anstieg der Umlagen sind die Kostensteigerungen, insbesondere im Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte und der Einbruch der Steuer- und Umlagekraft der Umlagezahler.

Zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat herrscht zwar weitgehend Einigkeit darüber, welche Ansatzpunkte es generell gibt, um die massiv steigenden Sozialausgaben einzudämmen. Hierzu muss aber vor allem Bundes-

(Fortsetzung nächste Seite)

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Dr. Richard Keßler  
86633 Neuburg a. d. Donau  
am 15.3.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Meier  
83352 Altenmarkt a. d. Alz  
am 20.3.

Bürgermeister Klaus Etterer  
96182 Reckendorf  
am 14.3.

Bürgermeister Friedrich Herold  
93466 Chamerau  
am 16.3.

Bürgermeister Erwin Nützel  
90562 Kalchreuth  
am 21.3.

Bürgermeister Josef Nagl  
84036 Kumhausen  
am 21.3.

Bürgermeister  
Siegfried Ramsauer  
94569 Stephansposching  
am 31.3.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Karl-Herbert Unglaub  
95493 Bischofsgrün  
am 20.3.

Bürgermeister  
Karl-Heinz Stippler  
86738 Deiningen  
am 26.3.

Bürgermeister  
Max-Dieter Schneider  
96157 Ebrach  
am 23.3.

Oberbürgermeister  
Dr. Alfred Lehmann  
85049 Ingolstadt  
am 24.3.

Bürgermeister  
Hubert Kammerlander  
63801 Kleinostheim  
am 22.3.

Bürgermeister Maximilian Gaul  
90574 Roßtal  
am 16.3.

Bürgermeister  
Heinrich Hollinger  
84577 Tüßling  
am 17.3.

Bürgermeister Heinz Eichinger  
85256 Vierkirchen  
am 27.3.

Bürgermeister Albert Lettinger  
86441 Zusmarshausen  
am 24.3.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rupert Monn  
82335 Berg  
am 25.3.

Bürgermeister  
Helmut Griebhammer  
95183 Feilitzsch  
am 24.3.

Bürgermeister  
Dr. Peter Bergmair  
86316 Friedberg  
am 31.3.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Beck  
97292 Holzkirchen  
am 18.3.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Josef Schäffler  
82272 Moorenweis  
am 19.3.

Bürgermeister Franz Schlögel  
86678 Ehingen

## Der Sparkurs wird ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„nichts verändert“ so Hölzlein. Kosten sparen zunehmend mehr Bezirke auch auf dem Krankenhausesektor. Die Krankenhäuser werden bereits ganz überwiegend in moderne Kommunalunternehmen und Eigenbetriebe umgewandelt, die eine wirtschaftliche Arbeit sicherstellen. Die übrigen Bezirke prüfen derzeit ähnliche Modelle.

### „Ambulant vor stationär“

Zudem genieße die Forderung „ambulant vor stationär“ unbedingten Vorrang, was ebenfalls zu einer Entlastung der Bezirks Haushalte beitrage. Deutlich machte Präsident Hölzlein, dass weiterführende Angebote zur Kostendämpfung bei den Bezirken bislang nicht immer die Zustimmung des Sozialministeriums gefunden hätten. Stellvertretend nannte er hier die Debatte um einen neu auszuhandelnden Pflegeschlüssel in den Heimen sowie die Diskussion über die sogenannten Standards bei der Belegung von Ein- oder Zweibettzimmern für Sozialhilfeeinpfänger. „Was immer wir

hier auch vorlegen, findet andersorts sofortigen Widerspruch. Ich frage deshalb nochmals, was wir noch tun sollen, um unsere Reformwilligkeit und unseren Willen zu eisernem Sparen zu untermauern?“, so Hölzlein.

Ausdrücklich verwies der Hauptausschuss hier auf die bereits seit geraumer Zeit harten Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden. Auch dies zeige den eisernen Willen, zu sparen, wo es nur gehe.

### Es geht um Menschen

Verbandspräsident Hölzlein machte vor dem Gremium aber auch einen elementaren Grundsatz der Bezirke nochmals deutlich: „Es geht bei all dem nicht nur um Kosten, sondern vornehmlich um Menschen, um Einzel- und Familienschicksale. Hauptaufgabe der Bezirke war und ist, denen gemeinsam zu helfen, die sich nicht selbst helfen können. Und diesem Prinzip werden sich die Bezirke bei aller Bereitschaft zu Gesprächen über Reformen immer zuvörderst verpflichtet wissen.“

## Migranten in Bayern:

## Integration ist „Chefsache“!

Schwäbische Auftaktveranstaltung bei der Regierung von Schwaben

Die Integration von Spätaussiedlern und ausländischen Mitbürgern ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Bayerische Staatsregierung hat deswegen Leitlinien zur Integration entwickelt. Die Devise „Integration im Dialog“ soll verdeutlichen, dass nur das gemeinsame Bemühen aller Beteiligten zum Erfolg führen kann. Um den Anstoß dafür zu geben, in Schwaben den Dialog auf regionaler und örtlicher Ebene fortzusetzen, fand jetzt im Rokokosaal der Regierung von Schwaben die schwäbische Auftaktveranstaltung statt.

Wie Regierungspräsident Ludwig Schmid erläuterte, hätten in Schwaben annähernd 9 Prozent der Bevölkerung einen ausländischen Pass. Dieser Anteil sei seit Mitte der 90er Jahre nahezu konstant geblieben. Seit 2001 sei eine leicht rückläufige Tendenz zu beobachten. Gut ein Drittel der ausländischen Mitbürger sei türkischer Nationalität, etwa 30 Prozent stammten aus den Staaten der erweiterten EU. Weitaus höher sei dagegen die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund, zählten doch auch Eingebürgerte und Spätaussiedler dazu.

Nach wie vor finden erhebliche Wanderungsbewegungen

statt. Aus dem Ausland ziehen jährlich mehr als 100.000 Bürger nach Bayern zu, etwas weniger verlassen den Freistaat. Hinzu kommen deutsche Spätaussiedler mit ihren Familien. Allein aus diesem Personenkreis fanden seit 1989 rund 68.000 Menschen in Schwaben eine neue Heimat. Außerdem gelangten seit 1994 über 4.000 jüdische Emigranten aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in den Regierungsbezirk.

## Leitlinien für den Dialog

Der Zuzug von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten hat sich laut Schmid in den ver-

logs stehen die Leitlinien unter der Maxime „fordern und fördern“. Zuwanderer haben auf ihrem Weg in die Gesellschaft Anspruch auf Unterstützung, der entscheidende Anstoß muss aber von ihnen selbst ausgehen. Diese Mitwirkung gilt es konsequent einzufordern. Integration - so lautet die erste Leitlinie - bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe an sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Deutschland. In-



Regierungspräsident Ludwig Schmid.

tegration - so eine weitere Leitlinie - erschließt Rechte und Pflichten, heißt Wahrnehmung von Verantwortung für ein Gelingen der Integration. Integration erfordert zudem Bewusstsein und Bereitschaft der Zuwanderer, sich auf das Leben in einer mitteleuropäischen Gesellschaft einzulassen.

## Eigeninitiative und Eigenverantwortung

Integration, so heißt es, verlangt Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Vor allem der Erwerb der deutschen Sprache ist die entscheidende Voraussetzung für ein Gelingen der Integration. Annähernd 9.000 Kinder aus Aussiedler- und Ausländerfamilien besuchen laut Schmid Kindergärten in Schwaben. Etwa 13 Prozent beträgt der Anteil an Schülern der Grund- und Hauptschulen in Schwaben, deren Muttersprache nicht deutsch ist. Dies gibt aber nur den Durchschnittswert wieder. Die enorme Bandbreite reicht von 32 Prozent in der Stadt Augsburg bis zum Landkreis Aichach-Friedberg mit 4 Prozent. In Schwabens

Volksschulen gibt es als gezielte Maßnahmen der Integration insgesamt 69 besondere Klassen und eine Vielzahl von Unterrichtsstunden zur Förderung der Deutschkenntnisse.

## Hilfestellungen

In einer weiteren Leitlinie geht es um die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Hilfestellungen zur Integration anzubieten, insbesondere zum Spracherwerb, in der Arbeitswelt und in anderen Bereichen der gesellschaftlichen Integration. Integration geschieht vor Ort - oder sie geschieht gar nicht. Damit ist beschrieben, welche wichtige Rolle die Kommunen bei der Integration spielen. Sie nehmen diese Aufgabe nach Schmid Worten auch in Schwaben sehr ernst. In diesem Zusammenhang dankte der Regierungspräsident den anwesenden Repräsentanten der Kommunen und ihrer Spitzenverbände ausdrücklich für ihr großartiges Engagement, „denn die Leistungen der Kommunen bei der Integrationsförderung haben maßgebend zu den bisherigen Erfolgen beigetragen“. „Ohne ihre Bereitschaft, auch neue Wege zu gehen, hätten wir weit aus größere Defizite zu beklagen“, sagte Schmid. Er hoffe sehr, dass dieses Engagement der Kommunen - auch in finanziell besonders schwierigen Zeiten - nicht nachlasse.

## Akzeptanz der Einheimischen

Ein wichtiger Gedanke kommt in der letzten Leitlinie zum Ausdruck: Integration braucht die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung. Integration darf die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft nicht überfordern. Integrationspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Die Akzeptanz der Einheimischen wird umso größer sein, je deutlicher die Anstrengungen der Migranten zur Integration erkennbar werden. Im Gegenzug werden Zuwanderer ihre Integrationsbemühungen verstärken, wenn sie sich in der aufnehmenden Gesellschaft „zu Hause“ fühlen. Dies ist Schmid zufolge „ein häufig mühsamer wechselseitiger Prozess, der vor allem auch eines braucht, nämlich Zeit“.

Schmid bat abschließend darum, bei der Bewältigung der Integrationsaufgabe vor Ort mitzuwirken. Integration dürfe nicht als „Nischen-Thema“, sondern müsse als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Integration sei „Chefsache“, gelte doch der Grundsatz: „Integration kann nur vor Ort gelingen!“ DK

## GZ Kolumne Luitpold Braun

Die Leser

wer am 19. Februar die Tageszeitung „Die Welt“ gelesen hat, dem sind vielleicht einige interessante Überschriften aufgefallen.

Einmal wird auf der Wirtschaftsseite darüber berichtet, dass China einen „Kugelhaufen-Kernreaktor“ bauen will. Weiter steht dort, dass das „Know-how“ dafür aus Deutschland stammt. Dem Bericht zufolge läuft in einem Kugelhaufenreaktor die Kettenreaktion niemals aus dem Ruder. In den Fünfziger Jahren wurden die ersten Ideen dazu entwickelt und dann ein Versuchsreaktor in Jülich gebaut. Nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl wurde er stillgelegt und die aus ihm gezogenen wissenschaftlichen Erkenntnisse „aus politischen Gründen nach Südafrika und China verkauft“. Immerhin lief er 21 Jahre!

„Wie viele Arbeitsplätze hätte wohl diese Technik made in Germany hierzulande sichern können?“, kommentiert dazu die „Welt“.

In der selben Zeitung gab es noch zwei Überschriften, die uns interessieren. Einmal wird davon berichtet, dass 215 Mit-



arbeiter von Rowenta im Werk Erbach im Odenwald gehen müssen. Der Grund: Billigbüchsen von Rowenta kommen künftig aus China! Die andere Überschrift berichtet davon, dass auch Miele jede zehnte Stelle in Deutschland streichen will. Insgesamt seien dies 1.100.

Wen wundert das bei der technologie- und entwicklungsfeindlichen Politik, die in Berlin getrieben wird? Es besteht wohl doch ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Überschriften.

Die

## Stellenabbau im technologiefeindlichen Deutschland

## Städtetagschef Schaidinger fordert:

## Vermittlung in Arbeit statt Gerangel um Kompetenzen

„5,2 Millionen Arbeitslose müssen alle Verantwortlichen aufbürten. Wir brauchen endlich Rahmenbedingungen, die für mehr Beschäftigung sorgen“, stellt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger fest. Bürokratisches Gerangel um Kompetenzen und Zuständigkeiten, wie es derzeit zwischen Bund und Kommunen erfolgt, vermittelt keinen einzigen Arbeitslosen in Arbeit und erzeugt bei den Betroffenen nur Verdross.

Die Hartz-IV-Reform kommt so zäh voran, dass der Bund nachlegen muss. Es ist eingetreten, wovon die Kommunen schon seit Monaten gewart haben: Die Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitsagenturen, in die die Städte viel Kraft gesteckt haben, sind personell unterbesetzt. Die Personalvorgaben des Bundes werden um ca. ein Drittel unterschritten. Schaidinger: „Es wundert mich nicht, dass die Arbeitsgemeinschaften schon jetzt mit der Flut der Anträge auf Arbeitslosengeld II weit über ihrer Kapazitätsgrenze angekommen sind. Lange können sie das nicht mehr durchhalten“. Schaidinger fordert daher den Bund auf, das Personal und die Finanzmittel entsprechend seiner eigenen Vorgaben aufzustocken. Die Ar-

beitsgemeinschaften könnten sich dann endlich der durch Hartz IV erwarteten besseren Vermittlung von Arbeitslosen widmen.

## Bund muß aufstocken

Ferner fordert Schaidinger den Bund auf, zur versprochenen Entlastung der Kommunen den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft von 29,1 Prozent, die bislang erstattet werden, auf rund 55 Prozent aufzustocken. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass die bayerischen Kommunen nicht um 70 Millionen Euro entlastet sondern um zusätzliche 200 Millionen Euro belastet werden. Dies zeigt eine aktuelle Kostenabschätzung der kommunalen Spitzenverbände in Bayern. ✎

## Starker Zuwachs beim Beamtenbund

Berlin. Der dbb - beamtenbund und tarifunion - darf sich über starken Zulauf freuen: Exakt 22.191 Menschen sind im vergangenen Jahr Mitglieder in den dbb Gewerkschaften geworden.

Ende 2004 hatte der dbb 1.269.816 Mitglieder. 919.655 sind Beamte, 350.161 Tarifbeschäftigte. 388.541 sind Frauen, 881.275 Männer. Die erneut gestiegene Mitgliederzahl ist umso bemerkenswerter, als andere Gewerkschaften und Organisationen in den zurückliegenden Monaten immer noch mit Mitgliederchwund zu kämpfen hatten.

## Agieren statt reagieren

Die besonders kräftig angestiegene Mitgliederzahl zeige, dass die seit dem Gewerk-

schaftstag 2003 von der dbb Bundesleitung unter Peter Heesen eingeleitete Politik des Agierens statt Reagierens angenommen worden ist, schreibt das „dbb magazin“.

Die meisten neuen Mitglieder in 2004 traten der kombi-gewerkschaft (Fachgewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst) bei, gefolgt von der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG), der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und dem Verband Bildung und Erziehung (VBE). KK

## Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin: Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

eMail: info@gemeindezeitung.de

## Alternativen für die Bezirke ...

(Fortsetzung von Seite 2) recht geändert werden. Der Freistaat hat dazu ein so genanntes Kommunalentlastungsgesetz in den Bundesrat eingebracht, das dort auch verabschiedet wurde. Allerdings scheint das Gesetz im Bundestag keine Mehrheit zu finden.

Unabhängig davon sind Reformüberlegungen über das innerbayerische Umlagensystem erforderlich. Vor einigen Jahren hat eine große Anhörung zur Zukunft der Bezirke im Landtag ergeben, dass die Bezirke „unerlässlich“ sind. Allerdings hat sich diese Unentbehrlichkeit in erster Linie auf die finanzielle Ausgleichsfunktion und nicht auf die Aufgabenerfüllung der Bezirke bezogen.

## Expertenarbeitsgruppe

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat nun eine Expertenarbeitsgruppe beauftragt, in erster Linie den Ersatz der Bezirksumlagen durch eine Neuaufteilung der Sozialaufgaben der Bezirke auf den Staat und die örtlichen Sozialhilfeträger zu prüfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein tragbarer finanzieller Ausgleichsmechanismus für Kostenverschiebungen zwischen den örtlichen Trägern gefunden werden muss.

## Neuer Vorschlag

Der Städtetagsvorsitzende Oberbürgermeister Hans Schaidinger hat dazu vorgeschlagen zu prüfen, ob beispielsweise die Eingliederungshilfe für Behinderte bei einem einzigen überörtlichen Sozialhilfeträger, möglicherweise auch in staatlicher Organisation, angesiedelt werden kann. Der Rest der Sozialhilfe könnte dann, ebenso wie die Hilfe zur Pflege, von den örtlichen Trägern, also den kreisfreien Städten und Landkreisen, durchgeführt werden. IBDS

gangenen Jahren zwar deutlich verringert, hält aber immer noch an. So kamen 2004 immerhin noch rund 1.700 Personen nach Schwaben.

Um dem wichtigen Thema „Integration“ noch stärker als bisher Rechnung zu tragen, hat die Bayerische Staatsregierung Schmid zufolge „Leitlinien zur Integration“ als Rahmen für die künftige Integrationspolitik entwickelt. Die Betonung des Dialogs soll verdeutlichen, dass Integration nur im gemeinsamen Bemühen aller Beteiligten zum Erfolg führt. Integration kann nicht verordnet werden. Sie wird nur gelingen, wenn Menschen verschiedener Kulturen aufeinander zugehen. Ein im Sinne der Integration zielführender „Dialog“ verlangt auch, vorhandene Konflikte nicht zu verdrängen und über Probleme offen zu sprechen. Neben der Betonung des Dia-

## Brandl zu Steuereinnahmen bayerischer Gemeinden:

## Licht und Schatten

Erfreuliche Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer - Einkommensteuerbeteiligung weiter rückläufig - Kleinere Gemeinden profitieren kaum vom Aufwärtstrend

Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung hat die Ergebnisse der Kassenstatistik für das Jahr 2004 bekannt gegeben. Danach sind die gesamten Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen im Jahr 2004 um 13% auf 9.428 Mio. Euro gestiegen. Das ist ein Zuwachs von 1.082 Mio. Euro gegenüber dem Jahr 2003 (8.346 Mio. Euro). Zurückzuführen ist diese Steigerung auf das um 1.243 Mio. Euro angewachsene Netto-Aufkommen bei der Gewerbesteuer. Der Einkommensteueranteil bei den Gemeinden hat dem gegenüber um 205 Mio. Euro auf 3.784 Mio. Euro abgenommen. Das Netto-Aufkommen aus der Gewerbesteuer ist damit erstmals seit langem wieder höher als die gemeindliche Einkommensteuerbeteiligung ausgefallen.

Der insgesamt erfreuliche Zuwachs bei den Steuereinnahmen verteilt sich auf die 2.056 Gemeinden allerdings in einer äußerst unterschiedlichen Weise. Überproportional gestiegen sind die Einnahmen bei den kreisfreien Städten, also bei den Großstädten. Ihr Zuwachs beträgt 16,9% gegenüber 10,1% bei den kreisangehörigen Gemeinden, also den Kommunen im zumeist ländli-

chen Raum. Bemerkenswert ist insbesondere, dass in den 25 kreisfreien Städten nahezu genau so viel Gewerbesteuer netto angekommen ist wie in den übrigen 2.031 Gemeinden zusammen. Selbst dort haben sich die Gewerbesteuereinnahmen unterschiedlich entwickelt.

Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags: „Trotz des positiven Trends bleibt ein großes Manko: Die negative Entwicklung beim gemeindlichen Einkommensteueranteil. Sie trifft vor allem jene Gemeinden, die gewerbesteuer schwach sind. Diese geraten weiter in die roten Zahlen.“ Die in der Summe positive Einnahmementwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Ausgabenanstieg, namentlich im sozialen Bereich, nach wie vor ungebremst scheint. Endgültige bayerische Zahlen liegen zwar derzeit noch nicht vor; sie dürften jedoch mit den bundesweiten Zahlen identisch sein. Bundesweit ist davon auszugehen, dass die Ausgaben für Sozialleistungen im vergangenen Jahr um rund 6% angestiegen sind. Im Gegenzug waren die Gemeinden gezwungen, die Ausgaben für Sachinvestitionen weiter zu kürzen (rd. 6%).

Warnhinweis an Gemeinden:

## Geschäft mit Windkraft rechnet sich nicht mehr

Strom zu teuer, Risiken zu hoch /Generell erneuerbare Energie auf dem Vormarsch

Die Bundesregierung ist bei ihrem ehrgeizigen Ziel, bis zur Jahrhundertmitte die Hälfte des deutschen Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken, in eine Zwickmühle geraten. Einerseits ist Deutschland diesem Ziel in den Jahren 1998 bis 2003 ein Stückchen näher gerückt. Dies geht aus dem Fortschrittsbericht 2004 über die nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung hervor, den der Bundestag am 20. Januar zur Beratung an den Unterausschuss überwiesen hat. Andererseits aber zeigt eine Studie, die die Bundesregierung selbst in Auftrag gegeben hat, dass der weitere Ausbau der Windkraft, der bei dem ehrgeizigen Ziel eine wichtige Rolle spielt, wenig sinnvoll wäre, weil er große Risiken fürs Netz bringe und die Verbraucher viel teurer komme, als bisher vermutet. Diese Warnung sollten jene Gemeinden beherzigen, auf deren Gebiet der Bau weiterer Windkraftanlagen noch geplant oder vorgesehen ist.

Unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ hatte die Regierung 2002 ihre Strategie für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Dabei wurden die vier Handlungsfelder „Energie und Klimaschutz“, „Verkehr“, „Landwirtschaft“ und „globale Verantwortung“ vorgestellt. Der Fortschrittsbericht gibt nun erstmals seit zwei Jahren Auskunft über das Erreichte in Sachen Nachhaltigkeitsstrategie bei der Energieerzeugung.

### Kohlendioxid-Ausstoß reduziert

Bei einem der insgesamt 21 Schlüsselindikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie geht es um den Anteil regenerativer Energien an der Energieerzeugung. Bis zum Jahre 2010 soll dieser Anteil auf 4,2 Prozent am Primärenergiebedarf und auf mindestens 12,5 Prozent an der Stromversorgung steigen. Bis 2020 soll der Anteil an der Stromversorgung

sogar auf wenigstens 20 Prozent zunehmen. Und bis 2050 soll dann nach den Vorstellungen der Bundesregierung die Hälfte der Energieerzeugung durch erneuerbare Energien bestritten werden.

Nach Berliner Angaben hat sich der Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromerzeugung von 1990 bis 2003 um rund 4,6 Prozentpunkte auf knapp 8 Prozent erhöht. Im ersten Halbjahr 2004, so die Regierungsschätzung, sei er auf 10 Prozent gestiegen. Dadurch konnte nach Darstellung der Regierung schon im Gesamtjahr 2003, wie die Wochenzeitung „Das Parlament“ berichtet, der Ausstoß von Kohlendioxid erheblich reduziert werden.

### Wichtige Biomasse

Zum Erfolg der erneuerbaren Energien hat nach Darstellung aus Berlin die Nutzung der Windenergie besonders beigetragen. Deren Ausbau sei nämlich

in keinem anderen Land so vorangetrieben worden wie in Deutschland. Derzeit stammen 6 Prozent des deutschen Stroms aus Windkraft. Einen zwar noch geringen, aber tendenziell zunehmenden Anteil habe auch die Nutzung der Sonnenenergie gebracht, denn die Kollektorfläche ist 2003 um rund 846 000 auf etwa 5,6 Mio. Quadratmeter ausgeweitet worden.

Als Deutschlands wichtigste regenerative Energiequelle gilt aber derzeit die Biomasse, aus der 2003 circa 62 Prozent der gesamten erneuerbaren Energie gewonnen wurden. Biomasse spielt besonders auch in Bayern eine große Rolle. Die Bundesregierung gibt dieser Quelle für erneuerbare Energie große Zukunftschancen.

### Schlechtes Zeugnis

Dieser alles in allem positive Fortschrittsbericht der Bundesregierung wird allerdings zum Teil stark konterkariert durch eine Studie, die die Regierung bei der bundeseigenen Agentur für Energie (dena) in Auftrag gegeben hat. Denn diese Studie, an der renommierte wissenschaftliche Institute wie das Deutsche Windenergie-Institut (DEWI) oder das Energiewirtschaftliche Institut zu Köln (EWI) mitgearbeitet haben, stellt der Zukunft der Windenergie ein eher schlechtes Zeugnis aus.

### Sicherheitsrisiken

Mit dieser Studie wollten die Bundesregierung, die großen Stromkonzerne und die Windkraftbranche eigentlich ihren schon lange schwelenden Streit über Sinn oder Unsinn eines weiteren Ausbaus der Windenergie beenden. Doch zunächst einmal hat vor allem die Windkraftbranche, wie der „Spiegel“ berichtet, die Veröffentlichung der Studie „ohne redaktionelle Überarbeitung“ verhindert. Dennoch ist sie der Presse bekannt geworden.

In dieser Studie werden heikle Fragen finanzieller und technischer Art aufgeworfen. So müssten in den nächsten Jahren 845 km Hochspannungstrassen für etwa 1,1 Mrd. Euro gebaut werden, um die bundesweit entstehenden Windparks ins Stromnetz einbinden zu können. Dabei könnten, so berichtet das Nachrichtenmagazin aus der Studie, Risiken für die Stromversorgung nicht ausgeschlossen werden. 2003 habe der „unkalkulierbare Windstrom“ bereits zu erheblichen Sicherheitsrisiken geführt. Besonders in den windstarken Wintermonaten seien großflächige Spannungseinbrüche und Netzfehler nicht ausgeschlossen gewesen. Dies hätte die Versorgungssicherheit des deutschen und europäischen Stromverbundes gefährden können.

### Möglicher Blackout

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Jürgen Thumann, will gar einen Blackout bei der Stromversorgung nicht ausschließen, „wenn es so weitergeht“. Nach den Plänen der Regierung aber soll die Einspeisung von Windstromenergie von 23 Terawattstunden (= 23 Billionen Wattstunden) im Jahr 2003 auf mehr als 77 Terawattstunden im Jahr 2015 erhöht werden. Das mache dann mehr als 16 Prozent des Stromverbrauchs aus.

Zur klimaschädlichen Emission von Kohlendioxid heißt es in der Studie, die durch Windenergie einzusparende Menge an CO<sub>2</sub>-Emissionen lasse sich mit anderen Maßnahmen billiger erreichen, etwa durch Modernisierung von bestehenden Kraftwerken und Erhöhung ihres Wirkungsgrades. Dementsprechend warnt Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, der seit

langem mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin wegen der Energiepolitik im Clinch liegt, „vor weiteren Experimenten in der Energiepolitik“.

### Trittins Rechnung

Bei dieser Warnung hat er auch die Kosten des Ökostroms im Auge. Sie werden seiner Meinung nach von jetzt 1,4 Mrd. auf 5,4 Mrd. € im Jahr 2015 zunehmen. Clement: „Die Frage ist, ob Deutschland sich das leisten kann.“ Für Trittin sind solche Zahlen „falsch“. Seiner Meinung nach würde jeder Haushalt im Durchschnitt nur mit maximal 1 Euro pro Jahr belastet.

In der Studie werden die Zusatzkosten für die Einspeisung freilich mit 12 bis 17 Mrd. Euro bis 2015 angegeben. Für einen normalen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von etwa 4000 Kilowattstunden (kWh) kämen nach der Studie zwischen 15 und 19 Euro an Zusatzkosten pro Jahr zusammen. Rechnet man die erhöhten Kosten für den Strom aus schon bestehenden Windrädern mit, kommt man auf Zusatzkosten von 36 bis 44 Euro pro Durchschnittshaushalt und Jahr.

### Eher Verwirrung als Aufklärung

Die bisher bekannt gewordenen Kostenrechnungen sind eher verwirrend als aufklärend, jedenfalls erscheinen sie noch nicht zuverlässig, so dass man wohl nach aller Erfahrung mit noch Schlimmerem rechnen muss. Einstweilen nämlich scheint jede Seite zu ihren Gunsten zu rechnen.

Jenseits aller Kostenrechnungen aber formiert sich zunehmend Widerstand gegen die wei-

tere „Verspargelung der Landschaft“. Schlecht sieht es für die Windenergie auch deshalb aus, weil sich inzwischen die Gewinnprognosen von Windparkbetreibern und Anlagenbauern als zweifelhaft erweisen. Tatsache ist nämlich, dass die attraktiven Standorte für Windkraftanlagen auf dem Festland längst vergeben sind. So liegt die Zukunft der Windkraft, wenn überhaupt, auf dem Wasser. Hier sollen bis 2006 nach den Plänen der Bundesregierung mindestens drei Hochsee-Windparks mit 500 Megawatt (550 Mio. Watt) Leistung entstehen.

### Widerstand formiert sich

Doch auch hier formiert sich Widerstand. So wendet sich eine Bürgerinitiative auf Sylt gegen einen Off-shore-Windpark, der etwa 34 km vor der Insel in der Nordsee entstehen soll. Die Insulaner sorgen sich um die Zerstörung „des einmaligen See-Panoramas“. Aber auch technisch geht die Rechnung nicht auf. Denn das aggressive Salzwasser setzt den Anlagen weit mehr zu, als bisher erwartet. In Dänemark müssen gerade bei 80 Anlagen Generatoren und Transformator aus Off-shore-Anlagen ausgebaut und ersetzt werden.

Die offiziell noch nicht veröffentlichte Studie sorgt schon jetzt für erhebliche Turbulenzen in der Windkraftbranche, auch wenn es nicht um Off-shore-Anlagen geht. Man darf gespannt sein auf den nächsten Fortschrittsbericht der Bundesregierung im Jahr 2006. Ob bis dahin die Rahmenbedingungen für die Windkraft, die in keinem anderen Land so günstig sind wie in Deutschland, so bleiben wie bisher? **dhg.**

### IHM immer innovativer und internationaler:

## Füllhorn der internationalen Handwerkswirtschaft

### Neue Foren für Fachbesucher

Mit ihren klar gegliederten Angebotsbereichen „Business“ und „Lifestyle“ wird die international führende Handwerksmesse I.H.M. vom 10. bis 16. März 2005 zum 57. Mal in München zeigen, mit welcher Innovationskraft und Dynamik sich Handwerkswirtschaft und gewerblicher Mittelstand den Herausforderungen der immer internationaler werdenden Märkte stellen.

Über 1.700 Aussteller aus rund 30 Ländern zeigen ein breites Spektrum an Produkten und Dienstleistungen aus dem Handwerk und für das Handwerk. Sie sprechen damit 67 % Fach- und 33 % Privatbesucher an (Zahlen aus dem Jahr 2004).

Zu den bewährten Bereichen der I.H.M. gehören traditionell über zwanzig Sonder- und Leistungsschauen, allen voran die Exempla, die Sonderschau „Energie und Umwelt“, die „Gläserne Backstube“ und die „Gläserne Wurstküche“. Zu den neueren und neuen gehören der Sonderbereich „Young Generation“ zusammen mit der Sonderschau „Berufe rund ums Auto“, die die Ausbildungschancen angehender Lehrlinge in über 90 Handwerksberufen ausloten und Kontaktbrücken zu Handwerksbetrieben herstellen, und die Aktionsfläche „Office Area plus!“, die sich dem Thema Dienstleistungen, Büroorganisation und IT-Anwendungen widmet. Neu sind auch das Fachforum Lebensmittel, die Fachtagung Metall und das Bauforum, das Diskussionsforum des Bauzentrums und der Bayerischen Architekten und Planer.

Das Bauforum, dessen ideale Träger die Bayerische Architektenkammer und das Bauzentrum München sind, wird zum Begegnungszentrum von Architekten, Planern und Handwerkern. Neben zahlreichen Angebotsbereichen und dem Themen-Schwerpunkt Fach-Foren wird die

I.H.M. 2005 zwei weitere Bereiche fokussieren: Der erste widmet sich dem Thema Innovationen. In der Sonderschau „Zukunft schaffen: Innovative Techniken – Neue Märkte“ und in der Gemeinschaftsbeteiligung „InnovationsPark Handwerk“ zeigen fortschrittliche Handwerker, mit welchen Rezepten sie erfolgreich im Wettbewerb bestehen. Die innovativsten Lösungen werden am letzten Messetag mit dem Bayerischen Staatspreis prämiert.

### Modernes Marketing

Dass die Handwerkswirtschaft und der gewerbliche Mittelstand mit ihren kleinen und mittleren Betrieben über die Hälfte des Bruttosozialprodukts erarbeiten, ist auch darauf zurückzuführen, dass sie sich zunehmend moderner Marketing-Methoden bedient. Dafür verleiht der ZDH Zentralverband des Deutschen Handwerks in enger Zusammenarbeit mit DaimlerChrysler wieder den Marketing-Preis an Handwerksbetriebe mit den innovativsten und damit erfolgreichsten Marketing-Strategien.

Ein weiterer Fokus der Handwerksmesse liegt auf der zunehmenden Internationalisierung. Schon vor Einführung der EU-Osterweiterung hat die GHM durch ihre Beteiligung an der CEFA (Central European Fair Alliance) ihre Kontakte in die mittel- und südeuropäischen Länder ausgebaut. **z**

## Gemeinsam Kräfte ...

(Fortsetzung von Seite 1) fahren, insbesondere bei Baugehmigungen. Hubers Bestreben ist es, das Landratsamt zur zentralen Genehmigungsbehörde zu machen und die Beteiligungspflicht der anderen Fachbehörden zu reduzieren. Allerdings, so räumte der Minister ein, seien die Widerstandskräfte enorm, die unmittelbaren Beteiligungsrechte der Einzelbehörden würden krampfhaft verteidigt.

Eine Lösungsmöglichkeit sieht der Minister nun darin, die in der Regel auf „Soll-Vorschriften“ beruhenden Beteiligungsrechte in „Kann-Vorschriften“ umzuwandeln, um damit auch die zentrale Zuständigkeit von Landratsämtern zu stärken. „Ich halte an diesem Vorhaben fest“, bekräftigte der CSU-Politiker.

In der Frage der Reform der Bezirke wies Huber darauf hin,

## Kreise modernisieren ...

(Fortsetzung von Seite 1) ten hier den Freistaat Bayern auf, diese Veränderung ausreichend zu begleiten. Besonders für die kostenintensiven Bereiche wie Sozial- und Jugendhilfe werden wichtige Erkenntnisse erwartet. Die Mitglieder des Innovationsringes verständigten sich auf den Vergleich der 20 wichtigsten Produkte, die ca. 70 Prozent der Ausgaben der Kreishaushalte verursachen. „Wenn es gelingt, die Kostenentwicklung dieser Bereiche in den Griff zu bekommen, kann auch der Haushalt des Unternehmens Landratsamt saniert werden“, erklärte Roland Schwing.

### Weiterentwicklungen auf dem EDV-Sektor

Einfluss auf die Gestaltung Verwaltungsprozessen nimmt die elektronische Datenverarbeitung. Eine Projektgruppe wird sich daher schwerpunktmäßig mit der Frage befassen, welche Veränderungen durch ständige Weiterentwicklungen und Neuerungen auf dem EDV-Sektor möglich sind. Aus den zahlreichen Erfahrungen der Landkreise soll auch der bisherige Mustergeschäftsverteilungsplan für die Landratsämter neu entwickelt und angepasst werden. **DK**

dass diese Aufgabe „noch im ersten Halbjahr 2005“ bewältigt werden muss. Bis Ende April müssten die Weichen gestellt werden. „Massiv verkürzt“ sehe derjenige die Problematik, dem es nur um die Frage „Abschaffung - ja oder nein?“ gehe. Wer so rede, kenne die Materie nicht.

Im Grunde gelte es jetzt, alle Aufgaben Punkt für Punkt zu durchforsten und Vorschläge zu machen, wie besser organisiert und kostengünstiger gearbeitet werden kann. In diesem Zusammenhang nannte Huber die Delegationsaufgaben sowie Ausglieder- und Asylfragen, „wo wir durch die Bundesgesetzgebung eigentlich die Zuständigkeit der Landkreise haben, Bayern aber im vergangenen Jahr für 2005 die alte Zuständigkeit der Bezirke hergestellt hat“. Im übrigen, so der Minister, nehme er durchaus zur Kenntnis, dass bei den Bezirken „bereits Bewegung vorhanden ist“, um zu einer gewissen Kostenentlastung beizutragen - siehe Pflegesatzverhandlungen.

### Kein Glaubenskrieg

Es mache jetzt wenig Sinn, einen Glaubenskrieg zu veranstalten, fuhr Huber fort. Damit Ruhe in die kommunale Familie einkehren könne, müsse man sich möglicherweise auch überlegen, „ob die heutige Bemessung der Umlagekraft richtig angelegt ist“. Daneben stehe auch das Bemühen, die Ausgabendynamik im sozialen Bereich abzubauen, im Vordergrund.

### Nicht die Staatsregierung an den Pranger stellen

An die Adresse der Bezirke gerichtet, stellte der Minister klar, „dass es ihnen nichts nützt, den Fokus und die Verantwortung auf den Freistaat Bayern zu schieben, ihn sozusagen an den Pranger zu stellen“. Wer behaupte, die Kommunen würden von der Staatsregierung im Stich gelassen, „redet Unfug“. Die Zahlen sprächen eine andere Sprache: Die reinen Landesleistungen für die Kommunen stiegen in diesem Jahr um rund 362 Mio. Euro, sprich plus 7,6 Prozent, auf 5,12 Mrd. Euro. Rechne man die Kosten für die Kontingentflüchtlinge von 60 Mio. Euro jährlich hinzu, erge-

be sich eine Steigerung von fast 9 Prozent.

### „Freie“ wenig kooperativ

An die Adresse der Freien Wähler gerichtet, meinte Huber, diese verhielten sich am wenigsten kooperativ. Dies sei nur damit zu erklären, „dass sie keine Verantwortung auf Landes- und Bundesebene und im Grunde genommen keinen Blick für den Gesamtzusammenhang haben“.

Huber: „Es erfüllt uns durchaus mit erheblicher Sorge, dass Vertrauen und Verständnis zwischen kommunaler Ebene und Landesebene im Augenblick belastet sind. Damit machen wir uns - gerade auch im Hinblick auf die Wahljahre 2006 und 2008 - das Leben selber schwer.“ Um das gegenseitige Verständnis füreinander wieder aufzufrischen, schlug der Minister vor, auf CSU-Bezirksebene Gespräche zwischen CSU-Abgeordneten und Kommunalpolitikern stattfinden zu lassen. Gemeinsam gelte es, alle Kräfte zu mobilisieren. Auch die KPv, so bat Huber, solle ihren Beitrag hierzu leisten.

### Einheit bewahren

KPV-Landesvorsitzender, Landrat Luitpold Braun, verwies darauf, dass ein wahlfreies Jahr wie dieses durchaus die Gelegenheit gebe, Probleme auszumergen. Es sei keine Frage, „dass es das Anliegen der KPv sein muss, die so oft beschworene Einheit der verschiedenen Säulen der CSU so weit wie möglich zu bewahren“. Auch ihm gebe die aktuelle Entwicklung Anlass zur Sorge. Wenn die finanziellen Mittel knapp würden, sei es eben außerordentlich schwierig, zu einem Konsens zu kommen. Er selbst lebe in einem Landkreis, der heuer eine Kreisumlage von über 53 Prozent erheben werde. Des Pudels Kern sei dabei das Jugendhilfegesetz. Dieses müsse geändert werden, „sonst holt uns der Teufel“.

Was die Diskussion um die Bezirke anbelangt, so würde eine Auflösung so gut wie nichts an der Kostensituation ändern, stellte Braun fest. Vielmehr gelte es, die Aufgaben anders zu verteilen. Er selbst stehe klar auf der Seite der Bezirke. **DK**

Erstes Energie-Forum im Landkreis Straubing-Bogen:

## Kompetenzen in der Region

Energiebörse im Internet ermöglicht Online-Austausch

**Mitterfels - Zu einem vollen Erfolg wurde das erste Energie-Forum im Landkreis Straubing-Bogen. Ziel war es laut Landrat Alfred Reisinger, die Kräfte und Kompetenzen in der Region zu bündeln, „um sich den Aufgaben zu stellen, Synergieeffekte zu nutzen und Problemen gemeinsam die Stirn zu bieten“.**

Erstes Ergebnis des Forums ist die Energiebörse im Internet unter [www.energie.straubing-bogen.de](http://www.energie.straubing-bogen.de), deren Konzept die Hauptinitiatorin der Lokalen Aktionsgruppe Leaders (LAG), Rita Kienberger, vorstellte. Dabei sollen auf dem Gebiet regenerativer Energie und Energiesparen alle einschlägigen Ansprechpartner sowie aktuelle Informationen zu bestehenden Projekten und Anlagen im Landkreis erfasst werden. Ein sog. Schwarzes Brett soll einen Online-Austausch zu Projekten, einschlägigen Angeboten und Anfragen ermöglichen.

### Wärme aus Holz

Mit einer Vielfalt aktueller Fach-Informationen wartete der erste Teil der Veranstaltung auf. Dipl.-Ing. Bernhard Pex von C.A.R.M.E.N. e. V. referierte eingangs zum Thema „Wohlige Wärme aus Holz“, während sein Kollege Dipl.-Ing. Robert Wagner unter dem Titel „Landwirtschaftliche Biogasanlagen“ Landwirten Einkommensalternativen aufzeigte. Bernhard Pex erklärte, Holzverbrennung habe eine lange Tradition, die Technik sei ausgereift, die Umweltbelastung gering, die Transportwege kurz.

Robert Wagner wiederum wies darauf hin, dass Biogasan-

lagen eine Möglichkeit böten, regenerativen und dezentralen Strom zu erzeugen und damit alte Kraftwerke zu ersetzen. Gleichzeitig ermögliche Strom aus Biogas den Landwirten ein Zusatzeinkommen. Biogasanlagen seien ein Erfolgsschlag, denn seit der Novellierung des EEG sei es möglich, gezielt Energiepflanzen wie Raps anzubauen und in Biogasanlagen wirtschaftlich zu Strom zu verwerten. Rückstände kämen in den landwirtschaftlichen Kreislauf zurück, weshalb einerseits das schädliche Kohlendioxid und andererseits die Importabhängigkeit Deutschlands von anderer Stromenergie reduziert werden könne, so Wagner.

### Rapsöl

Um den Einsatz von Rapsöl-Blockheizkraftwerken im privaten Bereich ging es anschließend im Vortrag von Thomas Höpfl. Der Anlagenbauer und Betreiber stellte dar, dass sich im Kostenvergleich mit einer Niedrigenergie-Ölheizung sich das BHKW nach sechs Jahren bei geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß rechne. Ab dem siebten Jahr verdiene er bei einer Laufzeit von 15 Jahren. Damit ergäben sich eine neue Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und neue Chancen für Landwirte.

Fördermöglichkeiten seien im Internet zu finden.

Innovative Ansätze präsentierte Dipl.-Ing. Walter Danner unter dem Titel „Holzvergasung und energetische Verwertung von Altgras“. Neben jeglicher Art von Holzabfall könne auch pelletiertes Altgras als billiger Brennstoff verwendet werden. So bleibe die Wertschöpfung in der Region. Josef Gold von der Gold Solarwind GmbH konnte bereits aus einem langjährigen Erfahrungsschatz zur solaren Energiegewinnung im Landkreis berichten. Ziel sei die Verdoppelung des alternativen Stroms von heute zehn Prozent auf 20 Prozent des Strombedarfs bis 2020.

### Kommunale Initiativen

Bürgermeister Wolfgang Zirngibl aus Ascha zeigte ebenfalls aus erfolgreicher Praxis - Möglichkeiten für kommunale Initiativen im Bereich regenerativer Energien auf. Im Rahmen der Agenda 21 habe man in Ascha den Ist-Zustand in diversen Bereichen wie Wirtschaft, Dorfentwicklung und Energiesparen festgehalten und nach neuen Wegen und Lösungen gesucht. Nach dem Bau einer Bürgersolarstromanlage und eines Biomasseheizkraftwerks sei der Wunsch nach weiterer Unabhängigkeit von den Großkonzernen im Bereich der Energien gestiegen. In einem Neubaugebiet habe man unter dem Motto „Kommunen sparen gemeinsam

mit den Bürgern“ mit finanziellen Anreizen ein Ökopaket geschaffen.

Teil 2 des Energie-Forums stand ganz im Zeichen von Diskussion und Austausch. Dabei ging man ergebnisorientiert vor: Unter fachkundiger Moderation von Konrad Habberger (Landvolkshochschule Niederaltreich) wurde in verschiedenen Themengruppen als Ergebnis des Energie-Forums - neben der geplanten Internetbörse - eine Übersicht über bereits erfolgreich realisierte Projekte, aktuelle Pläne und Visionen, aber auch über Probleme und Hemmnisse im Bereich regenerativer Energien präsentiert. Mit auf den Heimweg nahm man konkrete Ziele, die in den Gruppen formuliert und im Plenum schließlich verabschiedet wurden. So soll beispielsweise in der Region Straubing bis 2020/2025 kein Haus mehr mit fossilen Brennstoffen oder elektrischen Wärmepumpen beheizt werden. Auch soll in drei Jahren jede Landkreismunicipal über mindestens eine Bürger-Solarstromanlage verfügen und es Energiesparprojekte in Schulen geben.

### Weitere Kooperation

Mit ihnen soll der Grundstein für weitere Kooperation und partnerschaftliche Initiativen in der Region gelegt werden. Im Anschluss an das Energie-Forum waren die Teilnehmer eingeladen zu einer Führung entweder durch das Biomasse-Heizwerk im Mitterfeler Gewerbegebiet - wo gleichzeitig ein Rapsöl-Heizkraftwerk präsentiert wurde - oder zur Bürger-Solarstromanlage auf dem Dach der Volksschule. **DK**

Neuaufgabe der „Hinweise zum Energiesparen“:

## Tips zum Energiesparen

Wiesheu: „Gebäude sind die größten Energieschlucker - wir helfen Bürgern, Bauherren und Fachbetrieben“

**Tips zu allen wichtigen Fragen des energiesparenden Bauens, Renovierens und Wohnens geben die 53 neuen Energiespar-Merkblätter des Bayerischen Wirtschaftsministeriums und der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern. „Gebäude sind die größten Energieschlucker im Land. Einsparerfolge, die hier erzielt werden, sind wirkungsvoller und praktischer Umweltschutz. Die Materie ist aber komplex, und der Einzelne steht oft ratlos vor einem Berg von Fragen. Aus diesem Grund ist die Informationsvermittlung ein wichtiges Anliegen der Bayerischen Staatsregierung“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu zur Neuaufgabe der Merkblattsammlung „Hinweise zum Energiesparen“.**

Raumheizung und Warmwasser verschlingen etwa vierzig Prozent des gesamten Energieverbrauchs im Land. Dieser hohe Anteil könnte abgesenkt werden, wenn die Einsparpotentiale erschlossen werden, die gerade bei zahlreichen Altbauten vor sich hinschlummern. Der Markt bietet heute genügend Techniken, deren Einsatz vielfach vom Staat gefördert wird. Wiesheu: „Wer neu baut, sein Haus oder seine Wohnung energetisch ertüchtigen will, sollte die wichtigsten Vorschriften, Einsparmöglichkeiten und Förderprogramme kennen. Viele Anfragen zeigen, wie groß das Interesse an fundierter Fachinformation ist. Hier setzten unsere neuen Merkblätter an.“

### Das gesamte Spektrum des energiesparenden Bauens

Die 53 Merkblätter handeln das gesamte Spektrum des energiesparenden Bauens, Renovierens und Wohnens ab. Der Leser findet Antworten zu einfachen praktischen Fragen, etwa der Heizungsregelung, der richtigen Gebäudebelüftung oder der Schimmelvermeidung an feuchtem Mauerwerk, bis hin zu komplexeren Fragen des baulichen Wärmeschutzes oder der optimalen Abstimmung von Gebäude und Heizung einschließlich erneuerbarer Energien. Die Einzelprobleme werden vor dem rechtlichen Anforderungs-Hintergrund der Energieeinsparverordnung (EnEV) diskutiert. Bestehende Fördermöglichkeiten werden aufgezeigt.

Die Merkblattsammlung kann kostenlos online bestellt werden unter: [http://www.stmwivt.bayern.de/publikationen/inhalt.html#Energie\\_Energieeinsparung](http://www.stmwivt.bayern.de/publikationen/inhalt.html#Energie_Energieeinsparung) oder telefonisch unter (01801) 20 10 10 bei BAYERN DIREKT, der Servicestelle der Bayerischen Staatsregierung. 



Ganz besonders günstige Konditionen bei der Stromlieferung für Bayerns Kommunen vereinbart (v. l.): Dr. Uwe Brandl, Dr. Peter Deml und Dr. Jürgen Busse.

## Günstiger Strom für Bayerns Kommunen

Präsident Dr. Uwe Brandl und E.ON Bayern-Vorsitzender Dr. Peter Deml unterzeichnen Vereinbarung zum kommunalen Strombezug

Unter der Verhandlungsführung von Präsident Dr. Uwe Brandl haben die kommunalen Spitzenverbände in Bayern mit der E.ON Bayern AG eine Vereinbarung über den kommunalen Strombezug abgeschlossen. Im Februar wurde von Dr. Uwe Brandl und dem Vorstandsvorsitzenden von E.ON Bayern, Dr. Peter Deml, die Nachtragsvereinbarung zu dem bereits seit 1999 bestehenden Rahmenvertrag über Stromlieferung an kommunale Einrichtungen und Liegenschaften unterzeichnet.

Die Vereinbarung mit einer vierjährigen Laufzeit, die mit sachkundiger Unterstützung durch den Ersten Bürgermeister der Gemeinde Langenaltheim, Dipl.-Ing. Werner Mößner, ausgehandelt wurde, sieht vor, dass die derzeit gültigen Nettpreise (ohne Steuern, Abgaben und sonstige Belastungen, also ohne Mehrkosten nach dem Gesetz über die Einspeisung erneuerbarer Energien und dem Gesetz über die Kraft-Wärme-Kopplung, Konzessionsabgabe, Stromsteuer und Umsatzsteuer) für die Jahre 2006 bis 2009 um weniger als 10 Prozent (inklusive Kon-

zessionsabgabe) angehoben werden. Diese Preissteigerungen bleiben weit unter den von Strombietern und Stromhändlern für die kommenden Jahre prognostizierten Steigerungen der Strompreise.

### Planungssicherheit

Sollten die Entgelte für die Netznutzung im Durchschnitt um mehr als fünf Prozent sinken, wird diese Senkung an die Gemeinden weitergegeben. Günstiger Strombezug nützt nicht nur den profitierenden Gemeinden, sondern auch den Bürgerinnen

und Bürgern, da so in den nächsten Jahren Abgaben und Beiträge für kommunale Einrichtungen wegen der Stromkosten nicht erhöht werden müssen.

Das Vertragswerk bietet feste Planungssicherheit für zwei Drittel der bayerischen Kommunen mit einem jährlichen Stromvolumen von insgesamt über einer Milliarde Kilowattstunden.

### Günstige Konditionen

„Es war das Ziel der Verhandlungspartner, die bisher bewährte Preisstruktur beizubehalten, um sowohl den kleineren Verbrauchern wie Kindergärten und Schulen als auch größeren Anlagen wie beispielsweise Kläranlagen oder Straßenbeleuchtung günstige Konditionen zu bieten“, betonte Dr. Deml bei der Vertragsunterzeichnung in München.

## Neue Wärmeerzeugungsanlage im Erlebnisbad Crana Mare in Kronach

Moderne Contracting-Lösung sichert technisch und ökologisch optimalen Betrieb

Kronach. Das Crana Mare erhält eine neue Wärmeerzeugungsanlage, die Anfang März 2005 offiziell in Betrieb genommen wurde. Diese sichert nun langfristig kostengünstig die schadstofffreie Wärmeversorgung des Erlebnisbades.

Bürgermeister Manfred Raum, E.ON Bayern Generalbevollmächtigter Rolf Wutschka und Klaus Kohlmann, Geschäftsführer der Stadtwerke Kronach, gaben bei einer kleinen Feier das offizielle Startsignal für den Be-

trieb der neuen Anlage. Bislang sorgte eine Elektrozentralheizung mit einer Leistung von rund 900 kW und einem Jahresstromverbrauch von 3.500 MWh für die Beheizung. Altersbedingt standen dringende Investi-

tionen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit an. Deshalb entschlossen sich die Stadt Kronach und die E.ON Bayern AG, die Elektroheizung durch eine moderne Gasheizung zu ersetzen.

### Strom-Sondervertrag und Wärme-Contracting

Zu dem Strom-Sondervertrag mit der Stadt Kronach wurde nun auch ein Wärme-Contracting vereinbart, nach dem der Energiedienstleister nicht nur das Gas liefert, sondern während der Laufzeit von 20 Jahren für die komplette Betriebsführung der Anlage verantwortlich ist. Für den Kunden Stadtwerke Kronach eine lohnende Angelegenheit, denn E.ON Bayern kümmert sich nicht nur um Wartung, Instandhaltung und Stördienst, sondern hat auch die notwendigen Investitionen in Höhe von 220.000 Euro getragen.

„Die E.ON Bayern AG will für ihre Kunden weit mehr sein als der zuverlässige Stromversorger und bietet daher komplette Energiedienstleistungskonzepte an. Contractingmodelle sind ein Beispiel. Hier profitieren unsere Partner von der Sicherheit für eine Wärmeversorgung nach modernstem Standard ohne Kapitalbindung und ohne technisches Risiko bei gut kalkulierbaren Kosten“, beschreibt Wutschka dieses Konzept.

Bürgermeister Raum, der Stadtrat und Stadtwerksdirektor Kohlmann sind überzeugt, mit

Auszeichnung ist mit 250 000 Euro dotiert:

## E.ON Bayern Umweltpreis

Kommunen können sich noch bis 30 April bewerben

Die E.ON Bayern AG hat den mit 250 000 Euro dotierten „E.ON Bayern Umweltpreis“ unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Umweltministers Dr. Werner Schnappauf ins Leben gerufen. Der Umweltpreis wird erstmals im Jahr 2005 verliehen und zählt bundesweit zu den höchst dotierten Preisen für ökologisches Handeln.

„Eine idealtypische Energieversorgung bewegt sich im Dreieck von Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltverträglichkeit. Diesem Ideal fühlen wir uns verpflichtet“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Dr. Peter Deml. Mit dem Umweltpreis wolle E.ON Bayern ein Ausrufezeichen für aktives Engagement setzen und das Profil des Energieversorgers als nachhaltig handelndes und ökologisch orientiertes Unternehmen schärfen. Der Preis richte sich an Kommunen, kommunale Einrichtungen, Vereine, Kirchen und Bürgerinitiativen. „Mit dem Umweltpreis wollen wir unsere Partnerschaft zu den Kommunen weiter vertiefen und die enorme Vielfalt kommunaler bürgerlicher Umweltinitiativen unterstützen“, begründete der E.ON Bayern-Chef das kommunal ausgerichtete Engagement des bayerischen Energiedienstleisters.

Minister Schnappauf begrüßte die E.ON Bayern-Initiative als „deutliches Signal für gesellschaftliche Mitverantwortung von Unternehmen bei der Sicherung unserer Lebensgrundlagen“.

„Der Preis wird dem Umwelt- und Klimaschutz vor Ort neue Schubkraft geben. Viele gute Ideen dazu wird jetzt der Umweltpreis mit seinen zusätzlichen finanziellen Anreizen zu Tage fördern und dafür sensibilisieren, was im Kleinen möglich ist. Das heißt Umweltschutz in der Gesellschaft verankern“, betonte der Minister. Ökonomie und Umweltschutz seien nicht der viel beschworene Widerspruch, sondern bedingten sich gegenseitig.

Der Umweltpreis wird jährlich verliehen und soll der Einführung und Umsetzung innovativer energie- und umweltschonender Projekte dienen. Dabei gehe es um Reduktion des Primärenergieverbrauchs, Verminderung von Schadstoffemissionen, den Schutz natürlicher Ressourcen und um ökologisch orientiertes Bauen. Dr. Peter Deml: „Im Fokus stehen Projekte der Gegenwart und der Zukunft, die ohne Förderung nicht oder nur sehr schwer realisierbar sind.“ Das Preisgeld sei zweckgebunden für die jeweiligen Konzepte und Maßnahmen.

### Weitere Informationen

Die Bewerbungsfrist läuft bis 30. April 2005. Bewerbungsunterlagen sind bei E.ON Bayern oder im Internet unter [www.eon-bayern.com](http://www.eon-bayern.com) zu beziehen. Umweltminister Dr. Werner Schnappauf wird die Preisträger am 26. Juli in München auszeichnen.

E.ON Bayern informiert auf der IHM 2005:

## Moderne Heiztechnik und Nutzung der Erdwärme

E.ON Bayern präsentiert vom 10. - 16. März auf der IHM auf der Neuen Messe München, in Halle B3, Standplatz 533, sowie auf der MIBA in Ingolstadt in Halle 7 die Themenschwerpunkte energiesparende Heiztechnik und Nutzung der Erdwärme zur Raumheizung und Warmwasserbereitung.

Darüber hinaus informiert der größte regionale Energiedienstleister Deutschlands über Wohnungslüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung. Eine individuelle Stromverbrauchsanalyse wird ebenfalls angeboten. Natürlich kommt auch der Spaßfaktor nicht zu kurz: Bei einem Gewinnspiel kommt als Hauptpreis ein unverwechselbares E.ON Bayern-Mountainbike im Wert von 900 Euro zur Verlosung.

### Serviceangebot

Im Energie-Mobil von E.ON Bayern, bzw. am Messestand, finden Hausbesitzer und Hausbauer ein breites Serviceangebot. Speziell bei Neubauten stellt die Nutzung der Erdwärme zur Raumheizung und Warmwasserbereitung mittels einer Wärmepumpe eine interessante, weil kostengünstige Alternative zu herkömmlichen Heizanlagen dar; mit ihr kann die in Boden, Grundwasser oder Luft gespeicherte Sonnenenergie zur kostengünstigen Raumheizung und Warmwasserbereitung eingesetzt werden. Verglichen mit einer Öl-

diesem Wärme-Contracting gemeinsam eine gute technische und auch ökonomische Lösung gefunden zu haben.

### Heimische Firmen

Der Startschuss für das Projekt fiel im September 2004. Nach den Schulfreien wurde mit dem Rohbau begonnen und in wenigen Monaten von heimischen Firmen planmäßig durchgeführt.

Dank der hervorragenden Zusammenarbeit mit der Stadt, dem Bauamt und dem Landratsamt konnte der Probetrieb am 20.12.2004 aufgenommen werden. Der Anbau des Kesselhauses, der sich gut in die vorhandene Bausubstanz einfügt, wurde nötig, weil sich im bestehenden Gebäude keine Möglichkeit bot, die neue Technik mit den Kaminnen unterzubringen. Zur opti-

oder Gasheizung verringert eine Wärmepumpenanlage die Kohlendioxid-(CO<sub>2</sub>-)Emissionen um 60 bis 80 Prozent; weiterhin sind die jährlichen verbrauchs- und betriebsgebundenen Kosten vor allem wegen der günstigen Stromsondertarife mindestens um die Hälfte günstiger.

### Lüftungssysteme

Voll im Trend weil energiesparend sind Wohnungslüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung. Den notwendigen Luftwechsel stellt eine mechanische

### Sanierung der Volksschule Rothenbuch:

## Unterstützung durch Energieversorger

„Die Menschen in der Region liegen uns am Herzen“, mit diesen Worten überreichte Hans Göß, Kommunalen Kundenbetreuer bei E.ON Bayern, eine Spende in Höhe von 1.500 Euro für die Renovierung der Volksschule an Rektorin Annette

Brühl im Beisein von Bürgermeister Gerd Aulenbach. „Die Volksschule wurde zuletzt Mitte der 80er Jahre von Grund auf saniert und jetzt stehen neue Maßnahmen an“, so die Rektorin. Dazu zählen der Anstrich und die Erneuerung der Innenräume und die Montage eines neuen Vordachs. Auch die Flurbereiche erhalten durch Farbe und Beleuchtungen frischen Glanz. „Mit der Beleuchtung wurde bereits angefangen und das Vordach ist schon bestellt“, so Bürgermeister Aulenbach. Der größte Teil der Sanierungsarbeiten wird in den Osterferien verrichtet, damit nicht unnötig Unterricht ausfällt und die Schüler vom Lärm der Renovierungsarbeiten weitmöglich verschont bleiben.

### Beitrag zum Umweltschutz

„Als regional verwurzelt, traditionsreiches bayerisches Unternehmen trägt E.ON Bayern in hohem Maße gesellschaftliche und soziale Verantwortung. Dem wollen wir mit einer solchen Aktion gerecht werden“, begründete Rolf Wutschka, Generalbevollmächtigter der E.ON Bayern AG, das soziale Engagement des Energiedienstleisters.

## E.ON Bayern investiert 2005 rund 210 Millionen Euro in Bayern

Neuinvestitionen und Instandhaltungsmaßnahmen sichern Arbeitsplätze für die heimische Wirtschaft

Der Energiedienstleister E.ON Bayern vergibt im Jahr 2005 einen Betrag von rund 210 Millionen Euro in Netzanlagen. Neben den Ausgaben für Instandhaltungsmaßnahmen und die Erschließung von Baugebieten ist, wie im Vorjahr, die weitere Verkabelung störungsanfälliger Mittelspannungsfreileitungen ein Schwerpunkt.

Der weitaus größte Anteil der Summe fließt in den Bereich Stromverteilung. Daneben wird aber auch in die Infrastruktur für die Gasversorgung investiert, in der E.ON Bayern seit Anfang dieses Jahres ebenfalls tätig ist.

„Mit diesem Volumen kann die Versorgungsqualität unserer Kunden sowie die Netzverfügbarkeit auf einem hohen Niveau sichergestellt werden“, erklärt der technische Vorstand der E.ON Bayern, Hermann Wagenhäuser.

Die Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen kommen in hohem Maße der heimischen Wirtschaft zu Gute. Die Aufträge werden überwiegend an mittelständische Unternehmen in Bayern vergeben. Das Auftragsvolumen sichert insgesamt rund 3.000 bayerische Arbeitsplätze.

E.ON Bayern nimmt mit einem Stromabsatz von rund 30 Milliarden Kilowattstunden, einem Gasabsatz von rund 5 Milliarden Kilowattstunden und mit über 2 Millionen Kunden einen Spitzenplatz bei den regionalen Energiedienstleistern in Deutschland ein.

## E.ON Energie-Wissenschaftspreis 2005 verliehen

Herausragende wissenschaftliche Arbeiten an der TU München ausgezeichnet

„Unsere Gesellschaft entwickelt sich nur weiter durch kritische und aufgeschlossene Geister, die den Blick über den Tellerrand des Bekannten hinaus richten und uns neue Denkanstöße geben“, sagte Prof. Rainer Frank Elsässer, Vorstandsmitglied der E.ON Energie AG, anlässlich der vierten Verleihung des E.ON Energie-Wissenschaftspreises an der TU München.

Der mit 30.000 Euro dotierte Preis soll hoch qualifizierte junge Menschen fördern, die mit ihren Arbeiten besondere Innovation und Praxisnähe gezeigt haben. Ausgezeichnet werden herausragende Dissertationen und Diplomarbeiten aus dem Gebiet der Betriebswirtschaftslehre und Energiewirtschaft an der TU München.

### Kompetenzvernetzung

Die effiziente Vernetzung von betriebswirtschaftlicher und technisch-naturwissenschaftlicher Kompetenz ist für die Energiewirtschaft von herausragender Bedeutung.

## Steigende Strompreise

Beschaffungskosten und gesetzliche Abgaben beeinflussen Strompreise

Die im vergangenen Jahr stark gestiegenen Preise für die fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas haben zu einem deutlichen Anstieg der Stromhandelspreise geführt. Damit hat sich auch die Strombeschaffung der Anbieter spürbar verteuert. Zu den höheren Beschaffungskosten kommen weitere Kostenbelastungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hinzu. Der Anteil der gesetzlichen Abgaben am Strompreis liegt mittlerweile bei knapp 40 Prozent. Aufgrund dieser Entwicklung haben die meisten Stromanbieter bereits zum Jahreswechsel 2005 ihre Preise erhöht.

Auch E.ON Bayern hat eine Strompreiserhöhung für den Allgemeinen Tarif beantragt. Mit Genehmigung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums hat das Unternehmen die Strompreise im Allgemeinen Tarif zum 1. März 2005 angehoben. Das wirkt sich auf einen durchschnittlichen Haushalt folgendermaßen aus:

Im Allgemeinen Tarif zahlt ein 3-Personen-Haushalt bei einem Strom-Jahresverbrauch von 3.000 Kilowattstunden zur Zeit 45,40 Euro brutto im Monat. Ab 1. März wird dieser Betrag auf 47,20 Euro d.h. um 1,80 Euro pro Monat steigen. Auf das Jahr 2005 bezogen bedeutet dies eine Erhöhung um 3,3 Prozent. Die E.ON Bayern liegt mit dieser Preisanpassung im bundesweiten Vergleich der Regionalversorger im unteren Drittel. Auch nach dieser Erhöhung bewegen sich die Strompreise der E.ON Bayern nach Abzug von Steuern und Abgaben noch unter dem Niveau von 1998. Diese günstige Position ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Netzkosten der E.ON Bayern trotz schwieriger geographischer Verhältnisse und teilweise schwacher Besiedlung unter Bundesdurchschnitt liegen.

Nicht betroffen von der Preisanpassung sind die Privatkunden-Produkte wie z.B. Basispower, Aquapower und Heizstrom.

Die E.ON Bayern AG versorgt etwa 2,3 Millionen Kunden mit elektrischer Energie und wird in diesem Jahr rund 210 Millionen Euro in den Erhalt und den Ausbau ihres Energienetzes investieren.

nehmen hat E.ON Energie ein natürliches Interesse an überdurchschnittlichem Nachwuchs. „Bei uns sind Generalisten gefragt, die fachliche Kompetenz mit unternehmerischem Weitblick verbinden können“, hob Elsässer hervor. Unvoreingenommene technische wie ökonomische Überlegungen könnten gerade in der energiepolitischen Diskussion wertvolle Hilfe leisten.

Der E.ON Energie-Wissenschaftspreis wird gemeinsam mit der Technischen Universität München (TUM) ausgeteilt. Die Verleihung findet einmal jährlich statt.



Herausragende technische und organisatorische Lösungen würdigte Prof. Dr. Rainer Frank Elsässer (Bildmitte) bei der Vergabe des E.ON-Wissenschaftspreises ebenso wie innovative Finanzierungs- oder Beschaffungsmodelle.

Investition von 750.000 Euro:

## Lechwerke stärken den Standort Neusäß

Startschuss für neue Unternehmenszentrale der LEWTeNet  
Künftig rund 70 Mitarbeiter Bürgermeister Dr. Nozar: „Eine tolle Sache“

Neusäß (jdt). Ihre „Schlagkraft“ bewiesen nachdrücklich und gemeinsam der Erste Bürgermeister von Neusäß, Dr. Manfred Nozar, und Ulrich Kühnl, Mitglied des Vorstandes der Lechwerke AG, beim offiziellen Start einer bedeutenden Umbaumaßnahme für die neue Unternehmenszentrale der LEWTeNet an der Oskar-von-Miller-Straße in Neusäß.

Für den symbolischen Mauerdurchbruch in der ehemaligen Kundenbezirksstelle der Lechwerke benutzten Dr. Nozar und Kühnl steinbrechende Schlagbohrer. Die LEWTeNet, eine 100-Prozent-Tochter der Lechwerke AG, verlegt ihren Firmensitz aus dem Stadtzentrum von Augsburg in das knapp 22.000 Einwohner zählende Neusäß. Investiert werden für ihre Telekommunikationstochter von den Lechwerken in den Umbau und weitere Infrastrukturmaßnahmen (unter anderem Verlegung von Hochleistungs- und Hochsicherheits-Datenleitungen) rund 750.000 Euro.

### Bekanntnis zur Region

Vorstandsmitglied Kühnl bezeichnete beim Beginn des Projektes die Aufwertung des Standortes Neusäß durch den Umzug der LEWTeNet GmbH als „eine der positiven Auswirkungen aus den Umstrukturierungsmaßnahmen der Lechwerke“. Mit der Zusammenführung aller LEWTeNet-Mitarbeiter in der früheren Kundenbezirksstelle Neusäß und der bis Mitte des Jahres

werke seien sich bei ihren Entscheidungen „sehr wohl bewusst, dass sie ihr Geld in der Region verdienen, weshalb dies natürlich auch bei den Standortentscheidungen einfließt“.

### Kooperation mit der Stadt

Die im Rahmen einer größeren Neuorganisation notwendig gewordene Auflassung der Kundenbezirksstelle Neusäß, die mittelfristig die Verlagerung der zwölf Arbeitsplätze zur Folge gehabt hätte, sei durch die jetzi-



Symbolischer Mauerdurchbruch beim Baubeginn für die neue Unternehmenszentrale von LEWTeNet in Neusäß. In Aktion mit den Schlagbohrern Ulrich Kühnl, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG (rechts), und Bürgermeister Dr. Manfred Nozar, Neusäß. Beifall spendete dazu die Geschäftsführerin von LEWTeNet, Erna-Maria Trixl. Bild: -jdt-

ge Lösung „mehr als kompensiert worden“. Kühnl betonte, bei der Vergabe der Aufträge für die neue Unternehmenszentrale habe man größtenteils Firmen aus der Region und aus dem nördschwäbischen Raum berücksichtigt. Bürgermeister Dr. Nozar galten herzliche Dankesworte für die gute Zusammenarbeit.

### Qualifizierte Arbeitsplätze

Mit Nachdruck begrüßte Bürgermeister Dr. Nozar die mit dem Projekt verbundene hochwillkommene Stärkung der Wirtschaftskraft von Neusäß, zumal mit so qualifizierten Arbeitsplätzen („...eine tolle Sache für uns“). Der Zuzug von der gesamten LEWTeNet sei ein großer Gewinn für die Stadt und darüber hinaus evtl. ein Signal für die Ansiedlung weiterer High-Tech-Firmen. Mit einem „Glückauf für LEW“ beschloss Nozar seine Dankesworte. Die Bedeutung der Investition für die Region unterstrich auch die Geschäftsführerin von LEWTeNet, Erna-Maria Trixl.

### 70 Mitarbeiter

Die künftige Unternehmenszentrale der LEWTeNet nimmt nach dem Umbau auf etwa 1.000 Quadratmeter Bürofläche in dem dann gründlich umgebauten großen Gebäude die rund 70 Mitarbeiter auf. Ein Anbau weiterer Räumlichkeiten ist nicht erforderlich. Die bisherige Nutzung schloss Lager-, Werkstatt- und Kfz-Flächen mit Waschhalle, Büroflächen sowie Räume für gewerbliche Mitarbeiter ein. Überwiegend steht in Zukunft hochwertiger Büroraum zur Verfügung. Lediglich das Kfz-Hallengelände mit 570 Quadratmetern behält seine bisherige Funktion. Integriert wird dort die Funkmontagewerkstatt der LEWTeNet, die sich bisher im Fuhrparkgelände der Lechwerke in Augsburg-Oberhausen befindet.

### Einer der führenden Dienstleister

Die LEWTeNet mit dem kommenden Hauptsitz in Neusäß ist einer der führenden privatwirtschaftlichen Telekommunikationsdienstleister in Bayerisch-Schwaben, mit Netzausläufern in Oberbayern und bis nach München. Von LEW wird dazu hervorgehoben: „Als Netzbetreiber hat sie sich vor allem auf Unternehmenskunden spezialisiert, die ihre Standorte durch leistungsstarke und sichere Netze verbinden wollen“.

LEWTeNet bietet Datenverbindungen und breitbandige Internetzugänge über DSL- und Glasfasertechnologien, WebHosting, Serverhousing sowie gesicherte Verbindungen über öffentliche Netze (Virtual Private Network), Wireless LAN-Anschlüsse (Internet fähige Funkverbindungen) und IT-Sicherheitslösungen. Genutzt werden die Hochsicherheits-Datennetze der LEWTeNet von namhaften Unternehmen wie EADS in Augsburg, Eurocopter in Donauwörth und Erdgas Schwaben sowie von Sicherheitsbehörden.

### Neustruktur

In das laufende Geschäftsjahr sind die Lechwerke zum 1. Januar 2005 mit einer neuen Struktur gestartet. Bei der AG als Muttergesellschaft sind die Bereiche Vertrieb, Strombeschaffung und die sogenannten Querschnittsfunktionen wie Personal, Controlling oder juristische Dienstleistungen angesiedelt. Rechtlich selbstständige Gesellschaften unter dem Dach der Lechwerke AG haben das operative Netz- und Erzeugungsgeschäft mit dem Kundenservice übernommen. ☞

## Lechwerke ziehen positive Bilanz

Jahresabschluss 2004 mit gutem Ergebnis

Die Lechwerke AG (LEW) hat das Geschäftsjahr 2004 gut abgeschlossen. Das Unternehmen erzielte zum Geschäftsjahresende 2004 einen Jahresüberschuss in Höhe von 53 Millionen Euro (Geschäftsjahr 2003: 50 Millionen Euro). Vorstand und Aufsichtsrat der Lechwerke werden der Hauptversammlung, die am 12. Mai 2005 in Augsburg stattfindet, vorschlagen, eine Dividende je Stückaktie in Höhe von 15 Euro (2003: 14,10 Euro) auszuschütten. Ein ausführlicher Bericht über die Bilanzpressekonferenz folgt in unserem nächsten Energie-Fachthema in der Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 8. ☞



Beispielgebend ist das Projekt „fifty-fifty“ zur Unfallverhütung im Kreis Donau-Ries. LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning übergab Landrat Stefan Rößle (rechts) als Förderbeitrag der LEW einen Scheck über 3000 Euro. Bild: -jdt-

### Initiative von Landrat Stefan Rößle:

## LEW fördert „fifty-fifty“

Projekt unterstützt Unfallverhütung  
Viele jugendliche Unfallopfer

Donauwörth (jdt). Auf Initiative des Donau-Rieser Landrates Stefan Rößle wurde im Landkreis Donau-Ries die Aktion „fifty-fifty“ gegründet. In deren Rahmen können Jugendliche an den Wochenenden und an den Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen Taxis und Mietwagen in ganzen Landkreis zum halben Fahrpreis benutzen. Gefördert wurde das Projekt von den Lechwerken.

Veranlasst wurde „fifty-fifty“ durch die im Landkreis Donau-Ries erschreckend hohe Anzahl von jugendlichen Unfallopfern im Straßenverkehr, im Alter zwischen 18 bis 24 Jahren. Vor allem nach dem Besuch von Diskotheken, Freizeiteinrichtungen und Gasthäusern am Wochenende ereigneten sich viele vermeidbare Verkehrsunfälle.

### Hunderte von Ausweisen

Landrat Rößle verwies auf die Unfallstatistik 2002, die der Begründung der Aktion zugrunde lag: 2732 Verkehrsunfälle im Kreis Donau-Ries, mit 741 Verletzten und 14 tödlich Verunglückten. Der Anteil der beteiligten Jugendlichen war weit überdurchschnittlich (42,7 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil

von 6,94 Prozent). Sechs 18- bis 24-jährige büßten ihr Leben ein.

Für das „fifty-fifty“-Projekt übergab Paul Waning, Vorstandsmitglied der Lechwerke, im Kundenforum der LEW in Donauwörth, an Landrat Rößle einen Scheck über 3.000 Euro. Dabei handelt es sich um den aufgestockten Betrag des Erlöses eines großen Benefizkonzertes der Lechwerke, unter Leitung von Domkapellmeister Reinhard Kammeler, im Kaisersaal des ehemaligen Zisterzienserklosters Kaisheim. Waning betonte, wie gut das Geld für das beispielgebende Projekt angelegt sei. Landrat Rößle sagte herzlich „Vergelt's Gott“ für die Förderung und merkte an, dass „fifty-fifty“ etwa 40.000 Euro im Jahr koste. Hunderte von Ausweisen würden dafür ausgegeben. ☞

### Staatssekretärin Emilia Müller zu Elektrogeräten:

## Schon beim Kauf auf Energieverbrauch achten

Haushaltsgröße sind die drittgrößten Energieverbraucher in unseren Haushalten. Deshalb heißt die Devise: Beim Kauf von Elektrogeräten auf den Energieverbrauch achten! Dies betonte Verbraucherschutz-Staatssekretärin Emilia Müller zum Tag des Energiesparens am 5. März.

In Deutschland und müssen elektrische Haushaltsgröße in dem Handel mit einem Energieverbrauchsetikett, dem sogenannten „EU-Energie-Label“ gekennzeichnet werden. Müller: „Durch hat der Verbraucher die Möglichkeit, sich gezielt für energiesparende Geräte zu entscheiden. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den eigenen Geldbeutel.“ Das Label soll auch die Wirtschaft dazu motivieren, energiesparende und damit umweltschonende Geräte anzubieten.

Das Etikett ist seit einigen Jahren Pflicht für Kühl- und Gefriergeräte, Waschmaschinen, Trockner, Wasch-Trockenautomaten, Geschirrspüler und Elektrobacköfen. Die Staatssekretärin kündigte für die kommenden Monate Marktrollen im Handel und auf Messen an. „Es muss gesichert sein, dass diese für Kunden und Umwelt gleichermaßen wichtige Entscheidungshilfe immer vorhanden ist“, so Müller

Auf dem Label sind die Geräte in Effizienzklassen von „A“ (niedriger Verbrauch) bis „G“ (hoher Verbrauch) eingeteilt.

Stadt Bobingen und Lechwerke:

## Vertragsunterzeichnung zur Straßenbeleuchtung

Zukunftsweisendes Modell spart Strom und Kosten

Die Stadt Bobingen und die Lechwerke (LEW) schließen einen Vertrag zur Umrüstung und den Betrieb der Straßenbeleuchtungsanlage. Bernd Müller, 1. Bürgermeister der Stadt Bobingen, und Paul Waning, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG, unterzeichneten am 21. Januar 2005 im Bobinger Rathaus den Vertrag.

Er hat eine Laufzeit von fünf Jahren und ermöglicht es der Stadt, den Energieverbrauch der Straßenbeleuchtung zu senken. Das Einsparmodell hat für beide Vertragspartner Vorteile.

Die Stadt zahlt von 2005 bis 2010 jährlich eine so genannte Contractingrate, die den derzeitigen Stromkosten entspricht. Die Lechwerke rüsten die bestehende Straßenbeleuchtung dort, wo es technisch machbar ist, von den bestehenden Quecksil-

berdampfleuchten auf neue energiesparende Natriumdampfleuchten um. Diese Dampfleuchten sind nicht nur strom- und damit kostensparend, sondern auch deutlich umweltfreundlicher.

Durch das gelbliche Farbspektrum des Natriums werden nachaktive Insekten weniger stark von der Lichtquelle angezogen und diese damit weniger verschmutzt. Außerdem werden Leuchtstofflampen von 80 Watt auf 36 Watt umgerüstet.

Insgesamt wird der Energieverbrauch der Bobinger Straßenbeleuchtung durch die LEW-Umrüstungsmaßnahmen dauerhaft um etwa 40 Prozent verringert.

### Traditionelle „Stromehe“

Die „Stromehe“ zwischen Bobingen und den Lechwerken hat eine lange Tradition. 1912 wurde der erste Zustimmungsvertrag geschlossen. Die Straßen von Bobingen wurden damals nur von wenigen Straßenlampen erhellt und Lichtstrom war damals sehr teuer: Stolz rund 60 Pfennig musste für eine Kilowattstunde Lichtstrom bezahlt werden.

Das würde nach heutigem Maßstab mehreren Euro pro Kilowattstunde entsprechen. Heute kostet die Kilowattstunde nur rund 0,18 Euro. Für den Kraftstrom zum Antrieb von Maschinen waren zu jener Zeit „nur“ rund 20 Pfennig pro Kilowattstunde zu bezahlen.

### Kein Vergleich zu früher

Heute sorgen rund 1.735 Leuchten mit einem Anschlusswert von etwa 224 Kilowatt dafür, dass Bobingens Bürger auch nachts sicher nach Hause

Dettelbach:

## Möglicher Standort für GuD-Kraftwerk der N-ERGIE

Die Nürnberger N-ERGIE Aktiengesellschaft will verstärkt im Stromproduktionsmarkt aktiv werden und ihren bisherigen Anteil an der Stromproduktion von ca. fünf Prozent deutlich steigern. Der Aufsichtsrat des achtgrößten Stromversorgungsunternehmens in Deutschland gab im September vergangenen Jahres grünes Licht, Möglichkeiten und Varianten zur Steigerung der Stromproduktion zu analysieren und zu untersuchen.

In einer Voruntersuchung wurde geprüft, ob zusätzliche Stromproduktionskapazitäten durch den Bau von eigenen Kraftwerken, Beteiligung an Gemeinschaftskraftwerken oder Beteiligung bzw. Errichtung von Produktionskapazitäten bei Kunden erfolgen könnte. Auch die dezentrale Stromproduktion in kleineren Kraftwerken wurde mit in Erwägung gezogen.

Nach der Analyse von möglichen Kraftwerksstandorten konnte sich N-ERGIE vorstellen, im eigenen Netzgebiet - in Dettelbach im Landkreis Kitzingen - zu investieren und ein Gas- und Dampf (GuD)-Kraftwerk zu errichten.

Das Kraftwerk würde eine Fläche von rund 80.000 Quadratmetern benötigen. Es könnte ein GuD Kraftwerk mit einer Leistung von bis zu 800 Megawatt entstehen, was ein Investment von über 400 Millionen Euro ausmacht. Rund 100 direkte und indirekte Arbeitsplätze wären für den Betrieb der Anlage erforderlich.

Für den möglichen Standort in Dettelbach spricht, dass in einer Entfernung von rund zwei Kilometern eine Erdgastransportleitung verläuft. Der in dem Kraftwerk erzeugte Strom könnte in die westlich und östlich des

Standortes verlaufenden Übertragungsnetze eingespeist werden. Die N-ERGIE geht davon aus, dass nach Erhalt aller erforderlichen Genehmigungen das Kraftwerk nach einer rund zwölfmonatigen Planungsphase innerhalb von ca. 27 Monaten fertig gestellt werden kann.

Seit der Liberalisierung des Strommarktes im Jahre 1998 hat sich die Lage auf dem Sektor verändert. Der Strommarkt hat sich in die vier Segmente Produktion, Durchleitung/Transport, Vertrieb und Handel aufgeteilt. Auf diese Änderungen hat die N-ERGIE Aktiengesellschaft mit Sitz in Nürnberg reagiert, denn in drei Teilmärkten hat sie bereits eine starke Position erreicht.

Der heutige Stromproduktionsmarkt in Deutschland ist zu 80 Prozent im Besitz der vier großen Verbundunternehmen. Die restlichen 20 Prozent sind im Besitz der übrigen Versorger, wobei hier der größte Anteil über Kraftwärme-Kopplungsanlagen erzeugt wird. Die N-ERGIE rüstet derzeit ihr Heizkraftwerk Sandreuth von Kohle auf Erdgas um und steigert dadurch die Stromproduktionsmenge von 400 Gigawattstunden (GWh) auf 940 GWh.



Bei der Vertragsunterzeichnung: Hans-Jürgen Profé, ehrenamtliches Mitglied des Kommunalen Energiemanagements, Bernd Müller, Erster Bürgermeister der Stadt Bobingen (r.), und Paul Waning, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG.

Tagung „Biogasanlagen“ in Rosenheim:

## Ökonomie vor Euphorie

Auf der gemeinsamen Jahrestagung des Instituts für Landtechnik, Bauwesen und Landesanstalt für Landwirtschaft, des Landesamts für Umweltschutz sowie der Arbeitsgemeinschaft Landtechnik und Landwirtschaftliches Bauwesen in Rosenheim hat Landwirtschaftsminister Josef Miller erklärt, die Vorreiterrolle Bayerns bei der Biogasnutzung technologisch und ökonomisch zu festigen und ausbauen zu wollen.

Die Vorteile der Nutzung von Biogas liegen nach den Worten des Ministers auf der Hand: „Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft ist für die Energiewirtschaft nicht nur ein kalkulierbares und speicherfähiges

gründlich zu prüfen. Biogas kann im Moment optimal in der Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden. Falls sich die Reinigung von Biogas zu Biometan und damit die Einspeisung in das Erdgasnetz als gangbarer Weg erweist, stünden laut Miller für Biogas sämtliche Erdgasanwendungen offen. Das Landwirtschaftsministerium fördert derzeit entsprechende Untersuchungen.

In weiteren Vorträgen wurde über die züchterischen Fortschritte des Energiemaisses und die Ertragspotentiale weiterer nachwachsender Rohstoffe berichtet. Außerdem wurde der aktuelle Stand der Umsetzung des EEG vorgestellt. Auch wurde über die Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen diskutiert, mit der Erkenntnis, dass sehr vorsichtig kalkuliert werden muss. Als Abschlusssthema wurden die Perspektiven und Entwicklungstrends für landwirtschaftliche Biogasanlagen in Bayern behandelt.

### Neues LfU-Handbuch

Ein weiteres Augenmerk der Tagung lag auf der Präsentation des neuen „Biogashandbuchs Bayern“ des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz. Das sowohl als rund 400 Seiten starker Materialband als auch als rund 50 Seiten umfassende Broschüre erstellte Kompendium soll eine hilfreiche Grundausstattung für die Genehmigungsbehörden sein und ständig überarbeitet werden. Auch soll es dazu beitragen, die Genehmigung einer Biogasanlage zu vereinfachen. Das Biogashandbuch ist dazu gedacht, dem Antragsteller Hilfestellung zu geben, damit dieser weiß, was genau für einen Antrag benötigt und

wie sein Vorhaben eingestuft wird.

### Grundausrüstung

Um eine möglichst schnelle Abwicklung zu erreichen, ist es wichtig, dass der Bauherr über das Genehmigungsverfahren und die beteiligten Behörden informiert ist. Das Handbuch, an dem etwa 60 Autoren mitgewirkt haben, ist in vier Kapitel unterteilt. In diesen werden der aktuelle Stand der Biogasnutzung, das Genehmigungsverfahren, Vollzug und Überwachung abgehandelt. Den Abschluss bildet ein Service-Kapitel.

### Gasversorger sehen von Preiserhöhungen ab

Die Bayerische Landeskartellbehörde hat die kartellrechtlichen Verfahren gegen 16 Gasversorger im Freistaat eingestellt. Die Unternehmen sehen von ihren Preiserhöhungen zum 1.4.2005 ab, die die meisten von ihnen ursprünglich geplant hatten. Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu betonte: „Damit wurde eine Lösung gefunden, die den Verbrauchern unmittelbar zugute kommt.“

Nach intensiven Verhandlungen mit den Gasversorgungsunternehmen, gegen die die Bayerische Landeskartellbehörde im Januar förmliche Kartellverfahren wegen des Verdachts missbräuchlich überhöhter Erdgaspreise eingeleitet hatte, konnte nun eine Einigung erzielt werden. Die 16 betroffenen Unternehmen halten ihre Preise bis einschließlich Juni 2005 konstant. Begründet haben die Unternehmen die ursprünglich geplanten Preiserhöhungen damit, dass wegen der zeitlich verzögerten Anbindung des Gaspreises an den Ölpreis zum 1. April 2005 von weiter steigenden Erdgaspreisen auszugehen sei. Davon seien auch die Bezugspreise der betroffenen Weiterverteiler erfasst.



Minister Josef Miller.

Angebot, die Nutzung ist auch unter dem Klimaschutzaspekt sinnvoll.“ Darüber hinaus sei auch die heimische Wertschöpfung nicht zu unterschätzen. „Gerade der Biogasanlagenbau ist ein neuer und bedeutender Wirtschaftszweig für mittelständische Unternehmen geworden“, sagte Miller.

### 650 Biogasanlagen

Derzeit werden in Bayern rund 650 Biogasanlagen betrieben. Das ist ein Drittel aller deutschen Anlagen. Dem Landwirtschaftsministerium liegen weitere 780 Anträge auf Förderung vor. Der Minister warnte in diesem Zusammenhang vor allzu großer Euphorie. Er appellierte an die potenziellen Investoren, in jedem Einzelfall die betrieblichen Erfolgchancen

N-ERGIE-Innovation:

## Neues Kabeldiagnose-Verfahren in Hersbruck

Die an der HEWA, Hersbrucker Energie- und Wasserversorgung GmbH beteiligte N-ERGIE Aktiengesellschaft, hat zusammen mit ihrem Tochterunternehmen NexaTec GmbH, als erstes deutsches Energieversorgungsunternehmen mit der Firma IMCORP (USA) im Herbst 2004 einen Kooperationsvertrag über ein innovatives Mess- und Prüfverfahren geschlossen. Die NexaTec GmbH in Hersbruck stellte das neue System zur punktgenauen Fehlerortung in Stromkabeln bei der HEWA vor. Durch den Einsatz dieses Diagnoseverfahrens können betriebsmindernde Schwachstellen, die in absehbarer Zeit einen Ausfall bewirken könnten, genau geortet und durch rechtzeitige Reparatur Netzausfälle vermieden werden.

Im Wesentlichen basiert die Ortung von Teilentladungen in Stromkabeln auf dem Grundprinzip der Reflektionslehre. Teilentladungsimpulse sind sehr kleine elektrische Signale, die am Ort der Teilentladung entstehen (Kabelschaden) und sich dort mit einer bestimmten Geschwindigkeit in beide Kabelrichtungen ausbreiten.

### Das Herzstück

Die Erfassung dieser Teilentladungsimpulse dient zur Lokalisierung der Stellen. Mittels einer leistungsfähigen Hardware können die gewonnenen analogen Messwerte digital umgesetzt werden. Das Herzstück dieser Technik ist ein Digitalisierungssystem, das mit den modernsten digitalen Signalverarbeitungsrechenarten (Algorithmen) ein genaues Bild vom Zustand eines Kabels ermöglicht.

### IMCORP-Vorteile

Das IMCORP-Messverfahren bietet folgende Vorteile:

- Minimierung von Instandhaltungsarbeiten durch gezielten, rechtzeitigen Austausch störanfälliger Komponenten
- Ausgewähltes Ersetzen von Komponenten anstatt einer Auswechslung kompletter Kabel
- Minimierung der Tiefbauarbeiten und damit weniger Verkehrsbehinderungen und Lärmbelästigungen
- Gleichzeitig können Übergänge von zwei Kabeln (Muffen) genau erkannt werden.

### Präzise Aussagen

Die Liberalisierung des Strommarktes und der damit verbundene Wettbewerb zwingt Netzbetreiber wie die HEWA GmbH dazu, ihr Stromnetz wirtschaftlich zu unterhalten und die Kosten nachhaltig zu senken. Für den kostengünstigen Betrieb von Kabelnetzen ist es unabdingbar, präzise Aussagen über deren Zustand machen zu können. Kabelfehler müssen in kürzester Zeit punktgenau geortet werden. Netzerweiterungen und Sanierungen werden unter

strengen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten genau überlegt und gegebenenfalls auf später und auch auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Instandhaltung in Netzen geschieht oft nur noch „ereignisorientiert“, das heißt dann, wenn das

N-ERGIE auf der E-world 2005 in Essen:

## Innovative Produktideen für Stromgroßabnehmer

Jedem Kunden die ideale Energielösung anzubieten, mit diesem Anspruch erwarten die Experten der N-ERGIE Aktiengesellschaft Kunden und Interessenten auf der diesjährigen E-world vom 15. bis 17. März in Essen. Schon jetzt profitieren von diesem Anspruch mehr als 5.000 Industrie-, Immobilien- und kommunale Kunden. Mit einem Stromabsatz von 5,1 Milliarden Kilowattstunden an Endkunden im Jahre 2003 zählt die N-ERGIE zu den zehn größten Stromversorgern Deutschlands.

Das Multi Utility Unternehmen mit Firmensitz in Nürnberg liefert Strom an rund 50 Stadt- und Gemeindegewerke sowie Erdgas an rund 30 Gasversorgungsunternehmen. Derzeit beschäftigt der Energiedienstleister rund 2.800 Mitarbeiter und setzt jährlich über eine Mrd. Euro um.

### Maßgeschneiderte Lösungen

Mit und für den Kunden erarbeitet die N-ERGIE maßgeschneiderte Lösungen, die es ihm erlauben, die Höhe des Risikos und das Ausmaß an Planungssicherheit beim Stromkauf selbst zu bestimmen. Mit dem

Stromkabel oder die Stromleitung defekt sind.

### Hohe Verfügbarkeit auf hohem Niveau

Gleichzeitig versuchen die Energieversorger, die hohe Verfügbarkeit der Stromversorgung in Deutschland auf dem gewohnten hohen Niveau zu halten. Nach einer Untersuchung des VDEW und Council of European Energy Regulators aus dem Jahre 2002 liegt Deutschland mit einer durchschnittlichen Unterbrechungsdauer der

Stromversorgung pro Kunde bei 19 Minuten pro Jahr. In Frankreich dagegen beträgt die stromlose Zeit 57 Minuten und mit 191 Minuten liegt Italien an der Spitze. Bei Störungen jedweder Art sind die Mitarbeiter der HEWA 24 Stunden pro Tag erreichbar und nach kurzer Zeit an der Störungsstelle.

### Punktgenaue Aufgrabung

Am 08.11.2004 ließ die HEWA Messungen an vier Kabelstrecken im städtischen Netz-

gebiet durchführen, um mögliche Störstellen frühzeitig aufzuzeigen. „Wir waren von der Qualität der Ergebnisse positiv überrascht“, berichtete HEWA-Geschäftsführer Peter Pötzsch. „Durch das hochempfindliche Mess- und Prüfverfahren haben wir an einer 20-kV-Mittelspannungskabelstrecke eine drohende Unterbrechung geortet. Mit einer punktgenauen Aufgrabung konnten wir die Stelle reparieren und somit einem längeren Stromausfall vorbeugen.“

## N-ERGIE unterstützt „Fränkischen Sommer“

Am 14. Juli beginnt die Veranstaltungsreihe „Fränkischer Sommer - Musica Franconia“ des Bezirk Mittelfranken mit dem Auftaktkonzert in Nürnberg. Bis zum 11. September findet auch in diesem Jahr wieder eine Fülle von Konzerten an reizvollen Orten in ganz Mittelfranken statt.

Schlösser, Kirchen und Burgen bilden den außergewöhnlichen Rahmen, wenn alte Musik auf historischen Instrumenten erklingt. Das Prinzip der Vielfalt gilt ebenfalls bei den Musikern. Denn so zahlreich wie die Konzerte und Veranstaltungsorte sind auch die namhaften Ensembles, die der Intendant Wolfgang Riedelbauch gewinnen konnte.

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft engagiert sich auch in diesem Jahr als Sponsor der Veranstaltungsreihe „Fränkischer Sommer - Musica Franconia“.

Die N-ERGIE ist in Mittelfranken verwurzelt und fühlt auch Verantwortung für das kulturelle und gesellschaftliche Leben. Die Region profitiert von einem breiten Angebot an kulturellen und sportlichen Veranstaltungen. Die Musica Franconia bereichert Franken durch ihre Veranstaltungen. Deshalb unterstützt der Energieversorger gerne den Fränkischen Sommer und fördert dadurch die Region.

Musica Franconia steht in jeder Hinsicht für das Bewahren von Tradition: Die Konzerte präsentieren Alte Musik mit fränkischem Bezug auf alten Instrumenten an historischen Orten. Auf diese Weise lassen die Musiker die überlieferten Werke neu aufleben und verschaffen dem kulturellen Erbe der Region Gehör.

## Kältetief treibt Energieverbrauch in die Höhe

N-ERGIE garantiert zuverlässige Versorgung

Während die anhaltenden Schneefälle und die aktuellen Kälteeinbrüche von bis zu minus 10 Grad in der Stadt Nürnberg für unangenehme Dauerfrosttemperaturen sorgen, wacht die N-ERGIE Aktiengesellschaft darüber, dass den Kunden in Nürnberg selbst bei diesen Temperaturen stets ausreichende Energie zur Verfügung steht.

Vom 23. auf den 24. Februar 2005 wurden in Nürnberg bis zu minus 10 Grad gemessen. „Der Erdgas- und Fernwärmeverbrauch unserer Kunden steigt bei solchen Minustemperaturen um über 30 Prozent als im Durchschnitt eines normalen Wintertages mit Temperaturen von ein bis zwei Grad.“ so N-ERGIE Presssprecherin Rita Kamm-Schuberth.

### Gesicherte Versorgung

Grund zur Beunruhigung wegen der aktuellen Verbrauchswerte besteht allerdings laut N-ERGIE nicht. „Die Versorgung unserer Kunden mit ausreichenden Mengen Erdgas und Fernwärme ist definitiv auch dann gesichert, wenn die aktuellen Tiefsttemperaturen noch länger anhalten.“

Mit der im letzten Jahr gebauten neuen Erdgasleitung von Reutles nach Sandreuth, die im Zuge der Modernisierung des Heizkraftwerkes Sandreuth auf einer 17 Kilometer langen Strecke verlegt wurde, hat die N-ERGIE die Versorgungssicherheit mit Erdgas für das Stadtgebiet Nürnberg weiter ausgebaut und erhöht.

Auch die Fernwärmekunden müssen nicht frieren. Denn neben dem Heizkraftwerk Sandreuth liefern die Heizwerke Langwasser, Maxfeld und Muggenhausen genügend Wärme in die angeschlossenen Haushalte. „Unsere Heizwerke laufen derzeit nur mit einer Auslastung von 50 Prozent, so dass wir noch

genügend Reserven in der Fernwärmeproduktion haben, sollten die Temperaturen in den nächsten Tagen weiter absinken.“ so Frau Kamm-Schuberth weiter. „Schließlich soll es überall in den Wohnungen und Häusern unserer Kunden schön warm bleiben.“ Damit auch ja nichts geschieht, werden die Anlagen von den fachkundigen Mitarbeitern der N-ERGIE derzeit besonders intensiv überwacht.

### Erdgaspreise weiter konstant

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft verlängert ihre Erdgaspreisgarantie für alle Privat- und Gewerbekunden über den 1. April 2005 hinaus. Damit hält die N-ERGIE die Erdgaspreise seit der letzten Preisanpassung zum 1. Oktober 2004 konstant und gewährleistet ihren Kunden ein hohes Maß an Sicherheit. Anders als eine Vielzahl anderer Erdgasversorger hat die N-ERGIE ihren Kunden bereits zum damaligen Zeitpunkt über die gesamte Hauptheizperiode, also bis 1. April 2005, gleich bleibende Preise garantiert. Um ihren Kunden auch in Zukunft eine verlässliche Preisgrundlage zu bieten, strebt die N-ERGIE bei ihrer nächsten Preisänderung an, den neu festzusetzenden Erdgaspreis ein ganzes Jahr lang stabil zu halten. Höhe und Zeitpunkt der nächsten Preisanpassung stehen noch nicht fest, da die N-ERGIE noch die weitere Marktentwicklung beobachtet.

### Portfoliomanagement

Mit diesen und anderen Produkten akquiriert das Unternehmen seit Mitte 2003 Firmenkunden im Bundesgebiet - mit Erfolg. Die Ruhr-Zink GmbH hat mit der N-ERGIE die Übernahme des Portfoliomanagements sowie einen Stromliefervertrag mit einer Laufzeit von zwei Jahren vereinbart. Der Vertrag sieht eine jährliche Liefermenge von 600 Gigawattstunden vor. Auch die 53 Hotels der internationalen nH-Hotelgruppe in Deutschland setzen seit Januar 2005 im Rahmen eines Zweijahresvertrages auf Strom von der N-ERGIE. 54 Gigawattstunden wird der geschätzte jährliche Gesamtverbrauch betragen. N-ERGIE Strom beziehen ebenfalls seit Januar die 50.000 Einwohner Rastatts. Die star.ENERGIEWERKE haben mit der N-ERGIE ein entsprechendes Abkommen geschlossen.

Ein zentraler Erfolgsfaktor der N-ERGIE ist ein starkes Netzwerk. Das Unternehmen kauft seinen Strom über das Energiehandelsunternehmen Syneco mit Sitz in München ein, an dem sie als Hauptgesellschafterin beteiligt ist. Das erfolgreiche Handelshaus besitzt den Status eines zertifizierten Finanzdienstleisters und ist europaweit tätig. Diese Allianz verschafft den Kunden der N-ERGIE auch den Zugang zur Strombörse in Leipzig.



Erdgasauto Fiat Multipla.

Bild: ESB

## Erdgasautos stetig im Aufwind

Fahren mit Erdgas schont Umwelt und Geldbeutel

**Bad Füssing - Immer mehr Kunden steigen von einem herkömmlichen Benziner auf ein Erdgasfahrzeug um. Neben der Umweltfreundlichkeit dürfte vor allem der Preis eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für ein Erdgasauto spielen.**

Dieser Trend ist auch bundesweit zu erkennen: Fuhren Ende 2003 nur knapp 20.000 Erdgasfahrzeuge auf deutschen Straßen, so sind es heute bereits rund 28.500. Das bedeutet einen Anstieg von etwa 35 Prozent.

### Schonende Maßnahme

Für Karl Augenstein vom gleichnamigen Opel Autohaus in Bad Füssing ist das Erdgasauto vor allem angesichts der hohen Benzinpreise eine echte Alternative: „Mit einem Erdgasauto schont man nicht nur die Umwelt, sondern vor allem den Geldbeutel.“

### Rund 550 Tankstellen

So schlage die Tankfüllung des erdgasbetriebenen Opel Zafira momentan mit nicht einmal 20 Euro zu Buche, „Aus dem Traum vom vollen Tank für unter 20 Euro wird mit Erdgas als Kraftstoff Realität“, so „Augstein Auch das Tankstellennetz ist heute kein Thema mehr: Bundesweit gibt es inzwischen rund 550 Erdgastankstellen - mehr als genug für ein bequemes Tanken. Eine davon ist gleich neben seinem Autohaus auf dem Tankstellengelände zu finden.

## Bayerngas überzeugt mit Erdgasabsatz 2004

**Die Bayerngas GmbH hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 64,8 Mrd. kWh Erdgas an Stadtwerke, regionale Gasversorger und Industriekunden sowie im Export verkauft. Damit konnte die kommunale Gasbeschaffungsgesellschaft ihren Absatz gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Prozent (2003: 62,5 Mrd. kWh) steigern.**

„Das Absatzergebnis überzeugt vor allem deshalb, weil wir unsere Marktposition auch in einem durch neue Anbieter verschärften Wettbewerb halten konnten“, so Gerd Obermeier, Leiter Handel bei Bayerngas.

Die Absatzsteigerung geht auf die Inbetriebnahme effizienter GuDKraftwerke (Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke), die fortgesetzt positive Anschlussentwicklung bei Endverteilern sowie den gesteigerten Absatz bei direkt belieferten Industriekunden zurück - unter anderem auch durch die erstmalige Belieferung eines Endkunden in Österreich. Ihren Gaseinkauf hat die kommunale Gasbeschaffungsgesellschaft Bayerngas weiter optimiert. Neue Instrumente der Gasbeschaffung, wie beispielsweise Gasmengen aus Versteigerungen und von neuen Anbietern ergänzen den Bezug über längerfristige Verträge. „Um Chancen im sich liberalisierenden Beschaffungsmarkt für unsere Kunden zu nutzen, haben wir im vergangenen Jahr

damit begonnen, unsere Beschaffungsstruktur sukzessive zu verändern. Ziel ist der Aufbau eines Portfoliomanagements, in enger Abstimmung mit unseren Kunden. Damit werden wir unser Know-how im Erdgaseinkauf weiter ausbauen“, so Obermeier.

### Historischer Tagesabsatzrekord

Mit rund 356 Mio. kWh gab Bayerngas am 28. Februar so viel Erdgas wie noch nie an einem Tag an ihre Kunden ab. Dieser Wert liegt um 4,2 % über dem bisherigen Spitzenwert (341,6 Mio. kWh) vom 9. Januar 2003. Wesentlicher Grund für diese historische Absatzmenge war die extrem kalte Temperatur mit dem damit verbundenen Kraftwerkeinsatz am 28. Februar. Bayerngas verfügt über ein leistungsfähiges Hochdrucknetz und einen eigenen Erdgasspeicher. Hierdurch kann ein Höchstmaß an Versorgungssicherheit selbst bei extremer Witterung gewährleistet werden. ☞

Verlängerung der Zusammenarbeit rechtzeitig zum Weltwassertag:

## ESB unterstützt Emmering weiterhin in Sachen „Wasser“

**Wasser ist, neben Boden und Luft, Voraussetzung für eine natürliche Lebensgrundlage. Die ESB, als erfahrener Erdgas-Dienstleister bereits seit Jahrzehnten vor Ort, unterstützt Stadtwerke und Kommunen in diesem Sinne und bietet seit 1995 den Service der technischen und kaufmännischen Wasserbetriebsführung an. Als etablierter Partner sorgt die ESB derzeit in neun Gemeinden dafür, dass rund 118.000 Menschen jährlich über 9 Mio. m<sup>3</sup> einwandfreies Trinkwasser erhalten.**

Bereits seit 01.06.1995 zeichnet die ESB in Emmering für die technische Wasserbetriebsführung verantwortlich. Nach Verlängerung des Vertrages am 8. Februar 2005 steht das Bündel an ESB-Leistungen, geschnürt aus optimaler Sicherheit, technischem Know How sowie einem effizienten Bereitschaftsdienst, Emmering bei gleichbleibenden Kosten um weitere fünf Jahre zur Verfügung. Ein Service, den in dieser Form und Qualität die Erdgas Südbayern GmbH aufgrund der Kompetenz ihres einschlägig geschulten Personals anbieten kann.

### Lokale Präsenz und Versorgungskompetenz

Rund 6.400 Kunden profitieren in Emmering somit von der lokalen Präsenz und Versorgungskompetenz der ESB. „Die Kommunen erleben uns seit Jahren als modernen, serviceorientierten Partner. Unser Unternehmen hat bereits vielfach bewiesen, dass es in der Lage ist, optimale Lösungen - auch für den Wasserbereich - anzubieten und kostengünstig zu realisieren“, erklärt Dipl. Ing. Werner Bähre, Geschäftsführer der ESB.

### Partnerschaft mit Perspektiven

Zum Aufgabengebiet der ESB zählt neben der Überwachung von Betriebs- und Baumaßnahmen im Ortsnetzbereich vor allem auch der Bereitschaftsdienst, das Leitungskataster und der Wasserhausanschluss des Kunden. „Das bedeutet zum Beispiel, dass wir Wasserzähler setzen oder auswechseln, wenn Bedarf ist“, erklärt Regional- und ServiceCenterleiter Reinhold Kunz den Verantwortlichkeitsbereich der ESB. Neben diesen Aufgaben engagiert sich die ESB auch für die laufenden Kontrollen der Brunnen und die damit verbundene Überwachung der Trinkwasserqualität. Diese Untersuchungen beinhalten auch eine monatliche Überprüfung des Trinkwassers und der Wasser-

schutzgebiete. „Die Aufrechterhaltung der Qualität des Trinkwassers ist eine unserer höchsten Prioritäten. Wir fühlen uns dafür verantwortlich, dass jeder, der Wasser aus Emmering bezieht, auch in Zukunft ganz selbstverständlich auf das lebensnotwendige Nass zurückgreifen können“, so Kunz ergänzend.

Die Festlegung des Wasserpreises ist auch weiterhin Aufgabe der jeweiligen Kommune oder Stadtverwaltung. Das selbe gilt für die Gestaltung von Satzungen der öffentlichen Wasserversorgung.

### Profit in vielfacher Hinsicht

Dr. Michael Schanderl, 1. Bürgermeister in Emmering abschließend: „Neben der Entlastung der Kommune profitieren auch unsere Bürger in vielfacher Hinsicht von dieser Partnerschaft: Der Häuslbauer braucht zum Beispiel nur mehr eine An-

laufstelle zu kontaktieren, wenn er sein Grundstück mit Erdgas und Wasser erschließen will.“

### „Wasser für das Leben“

Der 22. März eines jeden Jahres wurde im Dezember 1992 in einer Resolution von den Vereinten Nationen zum „Tag des Wassers“ oder aber auch als Weltwassertag erklärt. Ausschlaggebend war die Agenda 21, die von der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juli 1992 in Rio de Janeiro beschlossen wurde.

Das Motto lautet dieses Jahr „Wasser für das Leben“. Bayern bemüht sich seit jeher um den Qualitätserhalt von Wasser und orientiert sich seit 1. Januar 2003 an der neuen deutschen Trinkwasserverordnung, dem bislang strengsten Trinkwasserstandard der Welt. ☞

## Gesucht werden saubere Kraftstoffalternativen

**Der Energiebedarf des Straßenverkehrs hängt zu fast 100 Prozent von der Mineralölversorgung ab. Weiterhin verursacht der Straßenverkehr beträchtliche Schadstoffbelastungen. Insbesondere die Emission des Treibhausgases CO<sub>2</sub> steigt stetig an und soll nach Untersuchungen der EU-Kommission im Zeitraum 1990 bis 2010 um 50% auf 1,1 Milliarden Tonnen ansteigen.**

Zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen werden saubere Kraftstoffalternativen gesucht. Diese würden auch die Abhängigkeit des Verkehrssektors vom Mineralöl vermindern. Die EU-Kommission hat als Zielvorgabe den Ersatz von 20 % der konventionellen Kraftstoffe durch Kraftstoffalternativen bis zum Jahr 2020. Kurzfristig werden hierbei Biokraftstoffen und Erdgas die bedeutendsten Anteile zugesprochen.

Langfristig wird ein substantieller Beitrag von Wasserstoff im Zusammenhang mit der Brennstoffzellenfahrzeugen erwartet, wobei der Zeithorizont von 30 bis 50 Jahren aus heutiger Sicht realistisch ist.

### Das Erdgasfahrzeug: Sparsam - Sicher - Sauber

Erdgas besteht hauptsächlich aus Methan CH<sub>4</sub> und lässt sich in herkömmlichen Ottomotoren verwenden. Neben einem bis 23% geringeren Ausstoß von Kohlendioxid werden durch Erdgasmotoren auch die Vorläuferstoffe für die Sommersmogbildung (Ozon) um bis zu 80 % reduziert. Partikel entstehen praktisch nicht.

Fast alle führenden Autohersteller bieten Erdgasfahrzeuge in

der Serienproduktion an: DaimlerChrysler mit der E-Klasse sowie dem Sprinter und mit verschiedenen Modellen Fiat, Ford, Opel, Volkswagen und Volvo. Citroën will bis 2005 ebenfalls auf dem deutschen Markt vertreten sein.

### Technisch ausgereift

Das Verbraucher-Magazin „Öko-Test“ beschreibt in der Ausgabe 06/2003 Erdgasautos als mittlerweile „...technisch ausgereifte Alternative zum normalen Benzin- oder Dieselpkw.“ Insbesondere bei Stadtfahrten seien Erdgasfahrzeuge hinsichtlich der Treibstoffkosten „unschlagbar“.

Die Markteinführung von Erdgas wird bundesweit durch den Trägerkreis „Das Erdgasfahrzeug“ als Gemeinschaftsprojekt von BMU, ADAC, ARAL, Fiat, Ford, Opel, Volvo, Volkswagen und der Gaswirtschaft gefördert. Die lokale Information der Kunden erfolgt durch die Gasversorgungsunternehmen vor Ort mit im Aufbau befindlicher Kooperation mit den Autohäusern. Bayerngas unterstützt diese Maßnahmen und hat 2002 mit dem ADAC-Südbayern die Kampagne „Bayern gibt Gas“ initiiert, die bei lokalen Messen Kun-

den über die Vorteile der heute bereits verfügbaren Kraftstoffalternativen Erdgas für die Umwelt und den Geldbeutel informiert.

Mit der im April 2004 gegründeten Initiative Erdgas als Kraftstoff (IEK), deren Gründungsmitglied Bayerngas ist, hat die Gasindustrie ihre Marketingaktivitäten zur signifikanten Förderung von Erdgas als Kraftstoff gebündelt. Bis Ende 2004 waren rund 27.000 mit Erdgas betriebene Fahrzeuge bundesweit unterwegs, darunter knapp 800 Omnibusse wie z.B. in Augsburg und über 2.000 Lastkraftwagen.

### Kraftstoffrechner

Zur Unterstützung der Markteinführung von Erdgas als Kraftstoff ist die darauf erhobene Mineralölsteuer bis zum Jahr 2020 vermindert. Dieser Kostenvorteil wird an die Kunden weitergegeben, die im Vergleich zu Benzin fast die Hälfte und im Vergleich zu Diesel mehr als ein Drittel weniger für den Kraftstoff bezahlen. Die Wirtschaftlichkeit von Erdgasfahrzeugen wird im gibgas-Kraftstoffrechner transparent (<http://www.gibgas.de/german/fakten/preisfindung.html>).

In Deutschland standen Ende 2004 etwa 500 Erdgastankstellen zur Verfügung, in Bayern rund 70. Bis zum Jahr 2006 soll die Zahl der Erdgaszapfsäulen in öffentlichen Tankstellen bundesweit auf 1.000 erhöht werden, in Bayern auf 160. ☞

Mercedes-Benz:

## Die Konkurrenz im Schlepp

Wettbewerb in der „Econic-Klasse“

Anerkennung von der Konkurrenz gibt es meist nur im Stillen - oder in Form des Einschwenkens auf die eigene Linie. So ist es in den vergangenen acht Jahren Mercedes-Benz ergangen, als das Sonderfahrzeug Econic mit Niedrigeinstieg zunächst eine kühne Novität bedeutete. Skepsis des Wettbewerbs, ob sich Derartiges auf dem kontinental-europäischen Markt durchsetzen ließe - in England kannte man es schon länger - wich nach und nach der Erkenntnis, an der neuen Technik teilhaben zu wollen. Iveco kam mit einem eigenen Produkt und zuletzt auch MAN. Renault Trucks hat ebenfalls eine Variante in Petto.

Lkw-Fahrgestelle mit niedrigem Einstieg werden gebraucht für Entsorgungstouren, bei denen die Besatzung häufig aussteigen muss. Den die Gesundheit gefährdenden Sprung vom Bock will man ihr ersparen, deshalb liegt der Boden der Kabine nur rund 700 Millimeter über der Fahrbahn, eine einzige Stufe ist auf dem Weg dorthin im Fahrzeug zu überwinden.

### Modernes Design

Das Konzept kam an, seit Mitte 1998 sind rund 4200 Mercedes Econic gebaut worden, außer in der Entsorgungsbranche auch eingesetzt im Verteilerverkehr beispielsweise für Getränke und für Heizöl sowie bei der Feuerwehr. Manch ein Econic auf Mülltour lässt allerdings vermuten, dass die Beschaffer auch das attraktive, am modernen Bus orientierte Design gereizt haben mag, denn viele Econic laufen auch dort, wo die Notwendigkeit des schnellen Ein- und Ausstiegs gar nicht existiert.

MAN hatte sich bereits mehrfach mit Umbauten versucht, ehe zur IAA im vergangenen September die Lösung aus einem Guss präsentiert wurde. In diesem Frühjahr gehen die ersten MAN Low Entry an die Kunden. Die sehr ansehnlich gestaltete Kabine stammt aus England und

wird von Dennis zugeliefert, erhielt aber MAN-typisches Aussehen. Das vom großen MAN TGA bekannte Mittelteil der Fahrzeugfront wirkt unter der tief nach unten gezogenen Frontscheibe besonders elegant. Auch die seitlichen Riffelung hinter den Seitenscheiben findet sich wieder.

Ein stilistischer Gag und auch in der Praxis sicherlich von Vorteil sind die flachen, in das Dach eingelassenen zusätzlichen Blink- und Warnleuchten ganz im Stil aktueller Feuerwehrfahrzeuge. Das ist kein Zufall, denn Dennis ist auch ein führender Hersteller von Feuerwehraufbauten in Großbritannien. Die Kabine ist aus rostfreiem Stahl gefertigt.

### Gute Werte

Sowohl in der Türbreite (750 Millimeter) wie in der Stufenhöhe (345 Millimeter) und in der Höhe über der Fahrbahn (700 Millimeter) erreicht der MAN gute Werte. Die Beifahrertür zieht sich beim Öffnen pneumatisch betätigt auf der Innenseite nach vorn, um den schnellen, bequemen und sicheren Ein- und Ausstieg der Müllwerker zu ermöglichen. Der neue MAN ist mit 310 oder 350 PS lieferbar.

Dass der Mercedes-Benz Econic Pate stand, zeigt deutlich der

Zahlenvergleich. Einstiegshöhe (MAN 700 Millimeter/Econic 800), Höhe der Stufe (345/350), Innenstehhöhe 2213/1935) und Breite der rechten Tür (750/635) liegen dicht beieinander, natürlich auch diktiert von den Notwendigkeiten der Konstruktion, Bauvorschriften und der menschlichen Anatomie.

Für die Econic-Seitentür bietet der Karosseriebaubetrieb Eller eine Verbreiterung einbaufertig an. Der Iveco „EuroMover“ läuft schon zwei Jahre in Kundenhand, auch er weist ähnliche Werte auf. Über einen Markteintritt des Renault „Puncher“ in Deutschland ist noch nicht entschieden. Der Puncher ist in Zusammenarbeit mit Ponticelli entstanden, einer italienischen Firma im Spezialfahrzeugbau.

### Automatikgetriebe

Die Fahrgestelle aller Wettbewerber stammen aus der Großserie, sind aber im vorderen Teil geköpft, um das tief sitzende Fahrerhaus aufzunehmen. Die Besonderheit im Antriebsstrang im Vergleich zum konventionellen Lkw liegt in der Verwendung von Automatikgetrieben. Mercedes-Benz, Iveco und Renault greifen auf Allison zurück (Sechsgangautomatik mit hydraulischem Drehmomentwand-

Durch verschärfte Umweltauflagen drohen Fahrverbote:

## Ausnahmen für Erdgasfahrzeuge

Seit dem 1. Januar dieses Jahres ist die bereits 1996 vom damaligen Europäischen Rat verabschiedete Richtlinie 96/62/EG in Kraft. Die auch als „Luftqualitätsrahmenrichtlinie“ bekannte Verordnung legt unter anderem schärfere Immissionsgrenzwerte bezüglich der Konzentration von Feinstaub fest.

Unter Feinstaub versteht das Gesetzeswerk Partikel mit einer Größe von unter zehn Mikrometern. Dabei gelten vor allem Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 2,5 Mikrometern als besonders gefährlich, da sie als „lungengängiger Feinstaub“ tief in das menschliche Atmungsorgan eindringen. Ultrafeine Stäube (Durchmesser unter 0,1 Mikrometer) können über die Lungenbläschen sogar direkt ins Blut und von dort ins Gewebe und praktisch alle Organe vordringen, was unter anderem Atemwegserkrankungen, Herzkreislauf-Versagen und Lungenkrebs zur Folge haben kann.

### Grenzwert

Aus diesen Gründen gilt künftig ein Grenzwert von maximal 50 Mikrogramm pro Kubikmeter im Tagesmittel und 40 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahresmittel. Diese Werte dürfen an höchstens 35 Tagen pro Jahr überschritten werden - andernfalls drohen Konsequenzen wie Fahrverbote in besonders belasteten Gebieten. Damit liegen die Anforderungen sehr hoch. So wurden beispielsweise in der Bundeshauptstadt Berlin, die Modellcharakter für verkehrsintensive Ballungsgebiete besitzt, im Jahr 2002 diese Grenzwerte in mehreren Stadtteilen an insgesamt 91 Tagen überschritten!

Neben industriellen und natürlichen Quellen werden Feinstäube vor allem durch den Straßenverkehr freigesetzt - Hauptemittent dabei sind Diesel-Pkw und -Lkw. Und da die Zahl der Dieselfahrzeuge in den letzten Jahren stark zugenommen hat, Diesel-Pkw deutscher Hersteller aber erst 2008 serienmäßig mit einem entsprechenden Partikel-

filter und Überbrückungskupplung), während MAN optional eine Sechsgangautomatik von ZF, ansonsten aber seine hausinterne automatisierte Schaltung namens TipMatic anbietet.

Während die einen in den Markt einsteigen, präsentieren die anderen Modellpflege, zuletzt in Form neuer Motoren für den Econic. Hier ist ein ganzes Programm entstanden, wie es bei MAN wohl bald auch aussehen wird: zwei- und dreiaxsig, 18 Tonnen und 26 Tonnen Gesamtgewicht. Derzeit gibt es drei verschiedene Motoren in der Leistung von 231 bis 326 PS und Erdgasantrieb als Alternative. Gerade der Erdgas-Econic hat über einige spektakuläre Großaufträge - unter anderem an die BSR in Berlin - für Aufsehen gesorgt, passt doch der alternative Antrieb (auch wenn es kein Deponiegas ist) gut zum Auftritt eines Entsorgungsunternehmens.

### Europäische Prognosen

Das schmale Marktsegment wächst jetzt schon nicht in den Himmel. Rund 900 Econic baut Mercedes-Benz im Jahr, die meisten fahren in der Entsorgungsbranche. MAN will 800 bis 1000 beisteuern, Iveco mehr als eine Hand voll wie bisher auf den deutschen Markt bringen. Spielt die Branche da mit? Prognosen gehen für Europa von 2000 Fahrzeugen im Jahr aus. Sie müssen auch eintreffen, wenn der Wettbewerb mit Niedrigkabinen nicht bald Opfer bringen soll. Matthias Röcke



In Höhe und Breite bequem sind die Niedrigkabinen - hier der MAN. Werkfoto: MAN

### BOKIMOBIL 1151:

## Der Alleskönner - nicht nur im Winter

Kommunalfahrzeuge für den Einsatz zu jeder Jahreszeit stellt die Kiefer GmbH, 84402 Dorfen, her. Das BOKIMOBIL verbindet kompakte Abmessungen, totale Wendigkeit und starke Leistung. Das Schmalspurfahrzeug eignet sich besonders für Arbeiten auf engstem Raum wie Reinigung und Instandhaltung von Altstadtbereichen und Fußgängerzonen, aber auch für den Mäheinsatz und ganz besonders für den Winterdienst.

Neben den hydrostatisch betriebenen Fahrzeugen HY 1251/1351 stellt die Kiefer GmbH seit kurzem das BOKIMOBIL Kommunalfahrzeug 1151 mit Schaltgetriebe her. Serienmäßig stehen 5 Vorwärts- und 1 Rückwärtsgang zur Verfügung, optional kann das Fahrzeug mit einem Untersetzungsverteilergetriebe ausgerüstet werden, damit verfügt es über 10 Vorwärts- und 2 Rückwärtsgänge. Der kraftvolle 106 PS-Motor erfüllt selbstverständlich die Euro-3-Norm. Auch auf einen Allradantrieb braucht nicht verzichtet werden. Das BOKIMOBIL 1151 läuft 100 km/h schnell. Der serienmäßige Radstand beträgt 2,20 m und kann auf 2,6 m verlängert werden.

### Schnellwechselsystem

Aber das Fahrzeug ist nicht nur als Transporter einsetzbar, sondern auch als Geräteträger: das Schnellwechselsystem sorgt dafür, dass die gleichen Anbaugeräte wie bei den Hydrostaten in kürzester Zeit am BOKIMOBIL 1151 zum Einsatz kommen

können. Hierfür steht eine optionale Zusatzhydraulik, die von einem kupplungsunabhängigen Nebenantrieb versorgt wird, zur Verfügung. Die Bedienung erfolgt bequem über den Joystick-Schalthebel. Und so wird das Fahrzeug zum wahren Alleskönner.

### Ein-Mann-Betrieb

Für den professionellen Winterdienst ist das BOKIMOBIL bestens gerüstet. Dort kommen Schneefräse und -pflug sowie Walzenstreuer mit zuschaltbarem Streuteller zum Einsatz. Speziell der Gehweg- und Radwegbereich ist ein Einsatzgebiet, den viele andere Fahrzeuge nicht abdecken können. Das BOKIMOBIL 1151 mit einer Breite von nur 1,40 m ist aber ideal dafür.

Sämtliche Geräte können im Ein-Mann-Betrieb bedient und umgerüstet werden. Dies macht das BOKIMOBIL 1151 zu einem der vielseitigsten und auch zu einem der wirtschaftlichsten Fahrzeuge im Schmalspurbereich.

## BayWa-Niederlassungen nehmen Valtra-Schlepper ins Programm

Mit der finnischen Marke Valtra erweitert die BayWa AG in ihren Niederlassungen Württemberg-Nord und Württemberg-Süd ihr Schlepper-Angebot. Neben dem Fendt-Programm steht für Landwirte, Lohnunternehmer und Kommunen dieser Region nun eine weitere, leistungsfähige Produktreihe aus dem AGCO-Konzern zur Verfügung.

Die BayWa AG hält für Württemberg flächendeckend die Vertriebsrechte an Valtra. Im übrigen BayWa-Arbeitsgebiet in Bayern, Thüringen und Sachsen werden die Marken Fendt und Massey-Ferguson in der Sparte Technik geführt.

### Breite Produktpalette

Valtra produziert pro Jahr 19.000 Traktoren und erwirtschaftet rund 850 Millionen Euro. In Finnland liegt der Marktanteil bei 50 Prozent. Der Hersteller bietet eine breite Produktpalette mit sieben Serien im Bereich von 58 bis 280 PS (3000er, 6000er, A-, C-, M/XM-, T- und S-Serie). Mit der Möglichkeit, individuelle Ausrüstungs-Varianten zu liefern,

hebt sich Valtra von anderen Anbietern ab. Neu ist die C-Serie, mit der Valtra insbesondere die Zielgruppe der mittleren bäuerlichen Grünlandbetriebe bedient.

### Vertrieb erfolgt über alle Servicestandorte

In den beiden Niederlassungen Württemberg-Nord und Württemberg-Süd erfolgt der Vertrieb der Valtra-Schlepper über alle Servicestandorte. In einzelnen Schwerpunktbetrieben stehen in großem Umfang Vorführmaschinen, Ersatzteile sowie Service- und Dienstleistungen zur Verfügung. Zusätzlich bieten auch die beiden BayWa-Partner, die Bezugs- und Absatzgenossenschaften



Justizministerin Dr. Beate Merk gemeinsam mit dem technischen Leiter von Riebel-München, Johannes Neukirch (li.) und Ralph Curle, Marketingleiter der Mercedes-Benz Niederlassung Neu-Ulm, bei der Befüllung der Grundsteinkassette.

#### Finanzierung für Kommunalfahrzeuge:

## Der Umgang mit dem Geld

Es gibt kein Patentrezept für die richtige Finanzierung, sie hängt immer von der Finanzsituation des Käufers ab. Kommunen waren über Jahrzehnte in der Lage, den Kaufpreis für Fahrzeuge und Geräte bei Fahrzeugübernahme zu entrichten. Erst die dramatische Finanzlage der Kommunen und anderer öffentlich getragener Einrichtungen hat das Bild verändert.

Oft sind die Kommunalkredite schon ausgeschöpft und Zuschüsse beispielsweise aus der Landeskasse werden stark verzögert ausgezahlt. Leasing oder Miete gewinnen deshalb auch in diesem Segment an Bedeutung.

Hier einige Finanzierungsbeispiele an Hand des Unimog. Außer den genannten Finanzierungs- und Leasingmöglichkeiten gibt es Service-Verträge und Service-Leasing (Service-Vertrag und Leasing-

Fahrzeugs oder Übernahme. Beispiel: Leasing 88.000 € nach Inzahlungnahme eines gebrauchten Fahrzeugs: monatliche Rate bei 48 Monaten Laufzeit: 1155 € monatliche Rate bei 72 Monaten Laufzeit: 990 € monatliche Rate bei 96 Monaten Laufzeit: 902 €

**Der kündbare Mietvertrag** ist eine höchst flexible Beschaffungsform und kommt in Frage bei schwierig vorhersehbarer Haushaltslage. Der Käufer kann



Die Mähtür bewährt sich: Grünarbeiten mit dem U 300.

Bedingungen, Laufzeit 48 bis 96 Monate).

**Finanzierung über Kredit zu 2,9 %** durch DaimlerChrysler Bank: Dies kommt in Frage, wenn keine hauseigenen Kredite zur Verfügung stehen.

Beispiel: Kreditsumme: 100.000 € (nach Inzahlungnahme oder Anzahlung), Zinssatz 2,9 %, monatliche Rate bei 48 Monaten Laufzeit: 2209,02 Euro, keine Schlussrate; monatliche Rate bei 72 Monaten Laufzeit: 1514,90 Euro / keine Schlussrate.

**Finanzierung zu 0 %** bietet sich an, wenn die Mittel generell vorhanden sind, das Zahlungsziel aber gestreckt werden soll, zum Beispiel dann, wenn zugesagte Zuschüsse erst später ausgezahlt werden oder die Investition erst in den kommenden Haushalt eingestellt werden kann. Die Laufzeit beträgt zwischen 6 und 12 Monaten.

Beispiel: Kreditsumme: 100.000 € (nach Inzahlungnahme oder Anzahlung), Zinssatz: 0 %, monatliche Rate: 0 €, Schlussrate 100.000,- €

**Leasing** ist für die Fälle geeignet, in denen die Kaufsumme weder sofort noch später in einem Betrag bezahlt werden kann. Eine Anzahlung ist bei Kommunen nicht erforderlich. Das Fahrzeug bleibt über die gesamte Laufzeit Eigentum der Bank, der Käufer zahlt für die Nutzung und entscheidet nach Ende der Laufzeit über Rückgabe des

das Fahrzeug bereits nach 24 Monaten zurückgeben oder weiterhin mieten oder übernehmen. Die monatlichen Mietraten werden mit der Laufzeit immer geringer.

Beispiel: Miete 90.000 € nach Inzahlungnahme eines gebrauchten Fahrzeugs, monatliche Mietraten im ersten und zweiten Jahr: 1377 € monatliche Mietraten im 3. Jahr: 882 € monatliche Mietraten im 4. Jahr: 819 € monatliche Mietraten im 5. Jahr: 747 € monatliche Mietraten im 6. Jahr: 648 € monatliche Mietraten im 7. Jahr: 549 € monatliche Mietraten ab 8. Jahr: 495 €



Ob Hitze, Schnee, Eis und Kälte, zu Lande immer und manchmal auch zu Wasser: U 300 auf Norderney.

#### Grundsteinlegung Mercedes-Benz-Niederlassung in Neu-Ulm:

## Beispielhafte Kooperation mit der Stadt Neu-Ulm

Großbauvorhaben als Projektentwicklung verwirklicht

Als „Freudentag für Neu-Ulm“ und „wesentlichen Schritt in die Zukunft“ bezeichnete Bayerns Justizministerin Dr. Beate Merk die Grundsteinlegung für die neue Mercedes-Benz-Niederlassung in Neu-Ulm. Die Ministerin war in ihrer Zeit als Oberbürgermeisterin der Donaustadt umfassend in die Planungen involviert. Dass das Projekt unter einem guten Stern steht, hängt nicht nur mit dem Markennamen Mercedes zusammen; vielmehr versicherten die Vertreter von Rathaus, Bauherr, Investor und Baufirma gleichermaßen, wie positiv und effizient man im Vorfeld zusammengearbeitet habe.

Oberbürgermeister Gerold Noerenberg überreichte namens der Stadt die letzte Teilbaugenehmigung. Als Nachfolger von Frau Merk ist er für den Fortgang der Planungen verantwortlich. Der OB attestierte dem Wirtschaftsraum Neu-Ulm/Ulm eine hervorragende Bedeutung. Sie hänge durchaus mit der Standorttreue des Weltkonzerns zusammen: Gemeinsam mit allen Tochterfirmen und Forschungseinrichtungen beschäftigt DaimlerChrysler nach Noerenbergs Worten über 8.000 Menschen in der Region. Im nunmehr begonnenen Neubau sieht er eine städtebauliche Bereicherung, die schon der prominenten Platzierung wegen für die Kommune wichtig ist.

#### Gemeinsame Projektentwicklung

Das Bauvorhaben mit einem Volumen von 25 Millionen Euro ist eine gemeinsame Projektentwicklung der Xaver Riebel Bau München und der EMG Projektentwicklungsgesellschaft in Berlin. Nach Fertigstellung entstehen auf dem 33.000 Quadratmeter großen Gelände an der von-Liebig-Straße 350 qualifizierte Arbeitsplätze. Kein Wunder, dass die politischen Entscheidungsträger die Wichtigkeit dieses Investitionssignals für Neu-Ulm und Bayern in Zeiten lahmender Wirtschaft betonten. Beate Merk freute sich, „endlich mal wieder in lachende Gesichter blicken zu können“.

#### Nur ein Jahr Bauzeit

Oberbürgermeister Noerenberg, Manfred Hommel, Direktor des Mercedes-Benz Niederlassungsverbands Ulm/Schwäbisch Gmünd und zugleich künftiger Nutzer, Michael Köfeler, Geschäftsführer des Berliner Projektentwicklers EMG und Johannes Neukirch, technischer Leiter von Riebel-München hatten zusammen mit den zahlreichen Gästen allen Grund zur Freude: Nach nur einem Jahr Bauzeit sollen hier repräsentative Verkaufsräume - allein die Größe des Ausstellungsraumes für Neuwagen wird 3200 m<sup>2</sup> umfassen -, großzügige Servicebereiche für Werkstatt und Ersatz-

teillager zur Verfügung stehen. Hinzu kommt ein dreistöckiges Verwaltungsgebäude mit etwa 3500 m<sup>2</sup> Bürofläche. Schlüsselfertig erstellt in beachtenswert kurzer Bauzeit wird der Komplex von der Xaver Riebel Bauunternehmung aus Mindelheim.

#### Maßgeschneidertes Bau- und Finanzierungsmodell

Ermöglicht haben dieses Großprojekt, das die bestehende Niederlassung in der Industriestraße ersetzt, die beiden bundesweit operierenden Projektentwickler Xaver Riebel Bau München und EMG, Berlin. Beide sind zusammen während der Bauphase Eigentümer und Bauherr und vermieten das Objekt langfristig an Mercedes-Benz.

Gebaut wird nach den Plänen des künftigen Mieters, der damit eine maßgeschneiderte Immobilie nach seinen Bedürfnissen erhält, ohne die hohen Neuinvestitionen tätigen zu müssen. Ein Weg, den inzwischen auch verschiedene öffentliche Auftraggeber in PPP-Modellen (Public Private Partnership) gemeinsam mit der Firma Riebel beschreiten.

Nach Fertigstellung und endgültiger Übergabe an Mercedes-Benz übernimmt die repräsentative Niederlassung der künftige Eigentümer und Investor, die Provincial Rheinland Lebensversicherung, die sich über eine gute Rendite und soliden Wertbestand über Jahrzehnte freuen kann.

#### Kooperation der Stadt beispielhaft

Michael Köfeler, EMG Berlin, lobte gegenüber den Gästen und



Manfred Hommel, Michael Köfeler und Johannes Neukirch (v. l.).

der Presse vor allem die Kommunalverwaltung von Neu-Ulm während des Genehmigungsverfahrens: „Nur durch diese beispielhafte Zusammenarbeit seitens der Behörden kann dieses Großprojekt in der kurzen Zeit und in dieser Art realisiert werden. Da könnten sich viele Städte und Gemeinden eine Scheibe

abschneiden“.

#### Werbefaktor für die Region

„Wir erleben den Stern als Werbefaktor für die ganze Region“, versicherte Manfred Hommel. Das Signet sei ein Symbol mit weltweiter Bedeutung. Jeder Daimler-Betrieb bedeute weitere Industriensiedlung und Kaufkraft. Unverständlich sei es deshalb, wenn örtliche Kommunalpolitiker - wie in der Landeshauptstadt geschehen - versuchen, die Anbringung des berühmten Firmenlogos zu konterkarieren. Schließlich wisse man sich bei Firmengebäuden ebenso hohen ästhetischen Ansprüchen verpflichtet, wie in der Fahrzeugtechnik und beim Fahrzeugdesign. Dass man zudem seiner sozialen Verpflichtung nachkomme, beweise die Tatsache, dass 12 Prozent der Mitarbeiter Auszubildende seien. Mit

jungen guten Leuten wolle man sich für die Zukunft rüsten. Nachwuchskräfte, die man im eigenen Unternehmen brauche, wolle man auch selbst ausbilden, versichert Hommel. Kein Wunder: Bei bisher jährlich fast 7.500 PKWs und 2.500 Nutzfahrzeugen warten auf die Mitarbeiter viel Arbeit.

# Differenzierter Winterdienst ökologisch richtig

Wie Kommunen Schnee und Eis umweltfreundlich von den Straßen räumen können

**Winterzeit - Schnee und Eis auf den Straßen: Wie kann eine Kommune für freie Wege sorgen und sich dabei noch umweltfreundlich verhalten? „Wir halten einen so genannten differenzierten Winterdienst für die ökologisch richtige Strategie“, sagt Dr. Dietlinde Quack, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Öko-Institut e.V. in Freiburg.**

Unter einem differenzierten Winterdienst versteht die Expertin:

≪ Nebenstrecken sollten gar nicht geräumt oder gestreut werden („weißer Winterdienst“); ≪ Auf den Hauptstrecken sollte der Schnee schon bei geringen Schneehöhen (ab 1,5 Zentimeter) zuerst gründlich geräumt werden, bevor der Winterdienst streut (Schwarzräumen); ≪ Je nach Straßen- und Wittersituation sollte dann zeitnah abgestuft entschieden werden, ob Salz oder Splitt ausgebracht wird, beziehungsweise ob auf das Streuen ganz verzichtet werden kann.

So habe sich gezeigt, dass auf nicht geräumten Straßen keineswegs mehr Unfälle passieren. Grund: Die Autofahrer

verhalten sich umsichtig. Durch ein verstärktes „mechanisches Schneeräumen“ werde die nachfolgende Streuung mit auftauenden Salzen deutlich reduziert. Wenn der Winterdienst für die anderen Straßen konsequent Feuchtsalz verwende, lasse sich die spezifische Salzmenge zudem halbieren.

## Einsparmöglichkeiten

Weitere Einsparmöglichkeiten ergeben sich durch verbesserte Witterungsvorhersagen und neue Dosierverfahren. Diese erfassen mit Sensoren die Temperatur, Luftfeuchte und eventuell noch vorhandenes Restsalz auf der Fahrbahn. So kann die Salzbelastung von Böden, Gewässern und Pflanzen

auf ein umweltverträgliches Minimum reduziert werden.

Zu diesem Ergebnis kommt die Wissenschaftlerin auch in einer aktuellen Studie. Darin hat das Öko-Institut eine Ökobilanz der Winterdienste in den Städten München und Nürnberg aufgestellt.

## Bewertung der gesamten Umweltbelastung

Bislang ging es bei einem umweltfreundlichen Winterdienst hauptsächlich um die Frage des Streumittels: Salz oder Splitt. In dieser Studie hat das Öko-Institut aber die gesamte Umweltbelastung bewertet. Dazu gehören:

≪ die Herstellung und der Transport der Streumittel, ≪ das Räumen der Straßen, ≪ das Ausbringen von Streumitteln,



Eine Ökobilanz der Winterdienste in den Städten München und Nürnberg weist deutliche Unterschiede auf.

## Innenminister Beckstein:

### „Tendenziell keine größere Mautflucht von Autobahnen auf Bundesstraßen“

Aber: Auf einzelnen Bundesstraßen gravierende Steigerungen des Lkw-Verkehrs zu beobachten

Seit Einführung der Maut für schwere Lkw auf Bundesautobahnen zum 01.01.2005 hat die bayerische Straßenbauverwaltung tendenziell keine größeren Verlagerungen des Lkw-Verkehrs von den Bundesautobahnen auf das nachgeordnete Straßennetz festgestellt.

„Auf einzelnen Bundesstraßen sind aber sehr wohl gravierende Steigerungen des Lkw-Verkehrs zu verzeichnen“, berichtet Innenminister Dr. Günther Beckstein, nachdem erste Auswertungen von automatischen Dauerzählstellen an den Bundesstraßen in Bayern vorliegen.

## Zum Wohle des Bürgers

Aufgrund des kurzen Beobachtungszeitraums und dem noch einige Zeit andauernden Austesten der wirtschaftlichen Routenwahl durch das Transportgewerbe kann sich die dauerhaft einstellende Lkw-Verlagerung noch spürbar ändern. „Um dies zeitnah festzustellen, führen wir die Messungen und Vergleiche weiter fort. Sobald sich der Ausweichverkehr eingepellt, erwarte ich vom Bund, dass er hier zum Wohle der Bürger schnell handelt und die im Autobahnmautgesetz gegebene Möglichkeit auch umgehend nutzt, die Mautpflicht für Lkw auf diese Bundesstraßen auszuweiten“, fordert Beckstein.

## Ausweichverkehr

Betroffen vom Ausweichverkehr sind insbesondere gut

≪ Kontrollfahrten und Fahrzeugreinigung,

≪ die Entsorgung der Streumittel.

Dabei berücksichtigt die Studie sowohl die direkten Umweltauswirkungen wie beispielsweise die Emissionen der Winterdienstfahrzeuge als auch die indirekten Folgen für die Umwelt, die beispielsweise bei der Herstellung der Streumittel entstehen.

## Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich über zwei Winterperioden, einen durchschnittlich und einen überdurchschnittlich eingeschätzten Winter.

Um zu erfassen, welche Auswirkungen das Streuen von Salz hat, haben die Wissenschaftler folgende aktuelle Daten ausgewertet: zu Baumschäden, zur Beschaffenheit des Grundwassers, zur Straßenentwässerung und zur Abfallentsorgung.

## Münchner Ergebnisse

Die Ergebnisse der Studie zeigen teilweise große Unterschiede zwischen den beiden

untersuchten Kommunen: So entstehen in München im durchschnittlichen Winter 50 Prozent der Umweltauswirkungen durch das Räumen des Schnees, das Ausbringen der Streumittel sowie den Betrieb der Winterdienst-Fahrzeuge.

## Nürnberger Resultate

In Nürnberg entfallen 60 Prozent der Umweltauswirkungen auf die energieintensive Herstellung und den Antransport des abstumpfenden Streumittels Blähton. Im Ergebnis zeigte sich, dass abstumpfende Streumittel nicht a priori mit einem Umweltvorteil verbunden sind.

## Weitere Handlungsempfehlungen

Weitere Handlungsempfehlungen für die Kommunen:

≪ Energieintensiv hergestellte Streustoffe wie beispielsweise Blähton sollten nur sparsam eingesetzt werden.

≪ Die eingesetzten Streumittel sollten über möglichst kurze Transportwege vom Hersteller in die Kommune herantransportiert werden.

≪ Umweltverträgliche Transportmittel wie Bahn und Binnenschiff sind dabei dem Transport per Lastwagen über die Straße vorzuziehen.

≪ Die Feuchtsalz-Technologie sollte konsequent eingesetzt werden.

Eine Kurzfassung der Studie kann kostenlos heruntergeladen werden unter: [www.oeko.de/oekodoc/239/2004-027-de.pdf](http://www.oeko.de/oekodoc/239/2004-027-de.pdf) Ansprechpartner: Projektleiterin Dr. Dietlinde Quack, Öko-Institut e.V. Freiburg, Telefon 0761/45295-48, [d.quack@oeko.de](mailto:d.quack@oeko.de)

## Studie des Deutschen Verkehrsforums empfiehlt:

### ÖPNV muss sich stärker am Kunden orientieren

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland steht künftig vor großen Herausforderungen, die nur durch eine noch stärkere Kundenorientierung und eine weitere staatliche Kofinanzierung bewältigt werden können. Dies ist das Ergebnis der Delphi-Studie „ÖPNV-Markt der Zukunft“ des Deutschen Verkehrsforums, die in Berlin vorgestellt wurde. Rund 250 Experten bewerteten die wichtigsten Trends für den ÖPNV bis zum Jahr 2015. Im Mittelpunkt der Expertenbefragung standen unter anderem Finanzierung und Qualität.

## Steigender Kostendruck

Die Situation des mit jährlich 9,8 Milliarden Fahrgästen und knapp neun Milliarden Euro Einnahmen wichtigen Wirtschaftszweigs ÖPNV in Deutschland werde durch zunehmenden Kostendruck, geringere Finanzierung durch die Öffentliche Hand, steigende Kundenanforderungen und stärkere Konkurrenz durch das Auto geprägt, heißt es in der Studie.

## Flexible Konzepte gefragt

Auf diese Herausforderungen müssten die Unternehmen mit neuen Ideen und flexiblen Konzepten reagieren. Zudem wird in der Untersuchung darauf hingewiesen, dass die Europäische Union einen freien und wettbewerbsorientierten europäischen Verkehrsmarkt mit mehr Eigenwirtschaftlichkeit und Kundenorientierung der Verkehrsbetriebe fordere.

## Teilleistungen ausgliedern

Nach Ansicht der Verkehrsexperten der Technischen Universität Dresden, Lasch, müssen kommunale Verkehrsunternehmen weiter privatisiert und Teilleistungen wie die Fuhrparkpflege und Werkstatteleistungen ausgegliedert werden. Bisher könnten Verkehrsbetriebe ihre Kosten im Schnitt zu 65 Prozent

## Verlängerung der S 7:

### „Trasse über Gelting bessere Alternative“

Verkehrsminister Otto Wiesheu hat entschieden, die weiteren Schritte zur Verlängerung der S 7 mit der Trasse über Gelting anzugehen. Die Fachebene des Bundesverkehrsministeriums präferiert ebenfalls diese Trasse. Damit wird nach Abschluss der umfangreichen Vorplanungen die bereits raumgeordnete Trasse über Gelting - Geretsried Mitte nach Geretsried Süd Gegenstand des von der Bahn einzuleitenden Planfeststellungsverfahrens.

„Nach Abwägung aller vorgebrachten Argumente ist die Geltinger Trasse die beste Wahl. Sie läßt den größten verkehrlichen Nutzen und die relativ geringsten Investitionskosten erwarten“, so Minister Wiesheu. Mit der Verlängerung der S 7 von Wolfratshausen nach Geretsried konkretisiert sich ein weiteres Ausbauprojekt im S-Bahn-Bereich München. Wolfratshausen und Geretsried erhoffen sich von der Realisierung des Projekts wichtige Impulse für ihre Städte und die Region. Nach gegenwärtigem Stand wird der Eintritt ins Planfeststellungsverfahren für Ende diesen, spätestens Anfang nächsten Jahres angestrebt. Die Fertigstellung der Verlängerung ist für 2009 vorgesehen.

## Städte fordern:

### Mehr Entscheidungsfreiheit beim ÖPNV!

Vergabe von Verkehrsdienstleistungen an eigene Unternehmen angestrebt

Die Städte haben die Europäische Union erneut aufgefordert, es ihnen zu überlassen, ob sie Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durch eigene Unternehmen erbringen oder in einem europaweiten Wettbewerbsverfahren ausschreiben. Das Europäische Parlament und der Rat der Verkehrsminister sollten rasch eine Marktöffnungsverordnung für den ÖPNV auf den Weg bringen. Damit würde für die Städte und ihre Verkehrsunternehmen die notwendige Rechtssicherheit geschaffen.

Vorerst gescheitert sind die seit Jahren laufenden Bestrebungen, die schwierigen Abgrenzungsfragen zwischen eigenwirtschaftlichen (nicht ausschreibungspflichtigen) und gemeinwirtschaftlichen (ausschreibungspflichtigen) Verkehrsdiensten im deutschen kommunalen ÖPNV durch höchstrichterliche Rechtsprechung zu klären.

## Bestätigung des EuGH

Der Europäische Gerichtshof hatte in einem Urteil vom 24. Juli 2003 grundsätzlich bestätigt, dass deutsche Kommunen für Nahverkehrsunternehmen im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr öffentliche Zuschüsse zahlen dürfen, ohne dabei zwingend ausschreiben oder die Zahlungen der Kommission vorher melden zu müssen.

## Unzumutbare Hängepartie

Das Bundesverwaltungsgericht hätte im nächsten Schritt klären müssen, ob das deutsche Personenbeförderungsgesetz den Vorgaben der Luxemburger Richter konkret Rechnung trägt. Im Dezember 2003 erklärten die obersten deutschen Verwaltungsrichter jedoch die vorausgehenden Urteile für wirkungslos, weil sich der Rechtsstreit wegen Auslaufens der umstrittenen Linienverkehrsgenehmigungen erledigt hatte. Die kommunale Verkehrsbranche müsste nun wieder warten, bis das Bundesverwaltungsgericht einen weiteren konkreten Fall zu entscheiden hat. Eine solche Hängepartie wäre unzumutbar.

Rechtssicherheit erwarten sich die Städte und ihre Verkehrsunternehmen jetzt von ei-

ner europaweiten Marktöffnungsverordnung, die dem Grundgedanken der sogenannten marktorientierten Direktvergabe kommunaler Verkehrsdienstleistungen Rechnung trägt.

## Wahlmöglichkeit in Sicht

Bereits im November 2001 hatte sich das Europäische Parlament dafür ausgesprochen, den Kommunen mit eigenen Verkehrsunternehmen das Recht einzuräumen, frei zu entscheiden, ob sie die Verkehrsdienstleistungen durch das eigene Unternehmen erbringen oder ob sie diese Dienste ausschreiben wollen. Diese Wahlmöglichkeit soll allerdings nur dann gelten, wenn die Leistungen auf das Stadtgebiet beschränkt sind.

## Umfassende Entschließung

Wird dagegen die Ortsgrenze der Kommune überschritten, so müsste aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit ausgeschrieben werden. Dieses Recht zu einer „marktorientierten Direktvergabe“ haben die Europaparlamentarier in einer umfassenden Entschließung zur Zukunft der Daseinsvorsorge vom 14. Januar 2004 eindrucksvoll bestätigt.

## Aufforderung des DST

Der Deutsche Städtetag hat jetzt Brüssel, Berlin und die Bundesländer aufgefordert, die seit längerer Zeit geplante europaweite ÖPNV-Marktöffnungsverordnung mit dem Recht zur marktorientierten Direktvergabe noch während der derzeitigen Amtszeit der Europäischen Kommission auf den Weg zu bringen.

Zusatzexpertise der Stadt München zum Transrapid:

## Eindeutige „Verschwendung von Steuergeldern“

Rückenwind für den Transrapid: Einem internen Papier des Münchner Planungsreferats zufolge zeichnet sich nach dem heutigen Wissensstand in einer Expertise ab, „dass keine nachhaltige und wirkungsvolle Gegenargumentation gegen die Magnetschwebebahn-Planung geführt werden kann“. Um aber doch noch schwere Geschütze gegen das ungeliebte Projekt aufzuheben zu können, wird nun an einer weiteren, vertieften Untersuchung gefeilt. Weitere 200.000 Euro sollen investiert werden, damit ein externer Gutachter - übriges derselbe, der bereits an der ersten Studie gearbeitet hat - die Vorteile einer Express-S-Bahn darstellen kann.

Unangenehm nur, dass für diese Zusatzexpertise nur 30.000 Euro zur Verfügung stehen und der restliche Betrag im Nachtragsetat genehmigt werden müsste. Für die CSU-Stadträte Walter Zöller und Thomas Schmatz ist dies eine „Verschwendung von Steuergeldern für eine unsinnige Tendenzstudie“. Sufficient ihr Kommentar zum bisherigen Ergebnis: „Selbst die vom Planungsreferat mit einer völlig anderen Zielrichtung

beauftragten Untersuchungen mussten die Transrapid-Planungen bestätigen!“

### Eindeutige Strategie

Behörden-Sprecher Suska spricht zwar davon, „dass es derzeit noch keine abgenommene und abgeschlossene Expertise gibt“ und insofern auch keine Tendenz vorliege, gegen die man angeblich vorgehen wolle, doch spricht die interne Projektgeneh-

migung des Planungsreferats eine andere Sprache. „Die zu verborgene Aufgabe ist unverzichtbarer Bestandteil der städtischen Verfahrensstrategie zur Magnetschwebebahn-Planung“ heißt es darin. Wie diese Strategie aussieht, liegt nach mehreren Stadtratsbeschlüssen klar auf der Hand: Ablehnung heißt das Zauberwort.

### Heftige Kritik von Wiesheu

Unterdessen hat auch Verkehrsminister Otto Wiesheu an der Vergabe des Auftrags heftige Kritik geübt. Entsprechende Untersuchungen seien während der vergangenen Jahre längst gemacht worden. Daher bestehe auch keine Notwendigkeit für ein weiteres Gutachten. Letztendlich betreibe hier die Stadt München nichts anderes als die Verschwendung von Steuergeldern, „weil sich die rot-grüne Stadtratsmehrheit im Kampf gegen den Transrapid ideologisch verirrt hat“, erklärte Wiesheu.

Die Planfeststellungsunterlagen für die Magnetbahn vom Hauptbahnhof zum Flughafen München würden demnächst eingereicht und im Verfahren ausgelegt. Im Erläuterungsbericht zu dem Projekt seien die

Ergebnisse vergleichender Untersuchungen zu verschiedenen Express-S-Bahn-Varianten auf der Basis anerkannter Verkehrsprognosen dargestellt. Danach sind beim Betreiben einer Express-S-Bahn wegen der längeren Fahrzeit und den längeren Taktintervallen rund 40 Prozent weniger Fahrgäste vom Hauptbahnhof zum Flughafen und somit weniger Umsteiger von der Straße auf die Schiene zu erwarten. Dies sei auch der Grund, warum die Bahn AG das Projekt Transrapid nachhaltig unterstützt.

Bayerns Verkehrsminister ist deshalb auch nicht verwundert, dass die bisherige Untersuchung in Auftrag der Stadt München keine nachhaltige und wirkungsvolle Gegenargumentation gegen die Magnetschwebeplanung ergeben hat. Wiesheu: „Die Stadt München sollte endlich die verkehrswirtschaftliche Attraktivität der Magnetbahn vom Hauptbahnhof zum Flughafen München anerkennen. Jede seriöse verkehrswissenschaftliche Untersuchung kommt zu dem gleichen Ergebnis: Der Transrapid ist ein sinnvolles Verkehrsprojekt, das den Umstieg von der Straße zur Schiene nachhaltig vorantreibt. Üblicherweise propagiert das Rot-Grün als verkehrspolitische Leitlinie. Dann sollte konsequenterweise von der Stadtratsmehrheit das Projekt unterstützt werden. Auch die europäische Kommission hat das erkannt und fördert deshalb bereits die Planungen des Projekts mit 7,5 Mio. Euro.“ DK

## Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Mit den „sprechenden Hinweisschildern“ werden seit kurzem Autofahrer in Feldafing auf freundliche Art von den Kindern zur Rücksichtnahme im Straßenverkehr aufgefordert. Im Gezeug werden die Autofahrer vor Radar-Kontrollen gewarnt.

Vor rund 20 Jahren wurden die Hinweisschilder „Gas weg: Kinder!“ von dem Feldafinger Grafik Designer Hans Schnellhammer entworfen. Nach einjährigem Test der Landeshauptstadt München, in Zusammenarbeit mit Polizei und Verkehrswacht und auf Empfehlung des Bayerischen Innenministeriums und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, wurden die Schilder in ganz Bayern eingeführt. Inzwischen haben sie sich so bewährt, dass sie nicht nur im übrigen Bundesgebiet, sondern auch in Österreich, Italien, Spanien, Frankreich und Portugal eingesetzt werden.

Um die neuen Schilder zusätzlich bekannt zu machen, und die Sprechblasen mit weiteren Kinderargumenten zu versehen, wurde in Feldafing ein Schüler-Wettbewerb unter dem Motto „Kinderargumente für mehr Verkehrssicherheit - was ihr schon immer allen Autofahrern sagen wolltet“ durchgeführt. Die Kinder wurden durch den Wettbewerb in die Thema-

tion der Verkehrssicherheit mit einbezogen, und über die Kinder wurden auch die Erwachsenen, also die Autofahrer nachhaltig erreicht. Dadurch wurde auch der Aufmerksamkeitsgrad der Schilder nochmals gesteigert.



gert. Laut Feldafings erstem Bürgermeister Bernhard Sontheim ist dies „moderne Verkehrserziehung durch kreative Mitarbeit“.

sonit rund 5000 Brummfahrten. Eine gewaltige Entlastung für den Straßenverkehr und für die ohnehin arg strapazierte Bundesstraße 300 weiter in Richtung Augsburg, wo ansonsten der Holzumschlag erfolgen würde.

Hubert Teichmann, der Geschäftsführer der Regionalentwicklung Stauden (RES) und der Bahnbetriebsgesellschaft (BBG) Stauden, die beide bei der Realisierung des Projektes von Anfang an eng mit eingebunden waren, freut sich, dass mit dem Holztransport auch der Güterverkehr auf der Staudenbahn kräftig im Aufwind ist. Der Ausflugsverkehr an Sonn- und Feiertagen in den Sommermonaten boomt ohnehin mit steigender Tendenz.

Auch Fischachs Bürgermeister Josef Fischer ist der Ansicht: „Die Holzverladestation ist ein weiterer Beweis, dass es uns mit der Reaktivierung der Stauden-

bahn ernst ist!“ Eigens für den Güterverkehr hat die Bahnbetriebsgesellschaft Stauden eine Tochterfirma, die Stauden-Verkehrs-GmbH (SVG) gegründet. Neben der Holzverladestation sind auch die Firmen Molfenter (Gessertshausen) und Hauser (Fischach) Kunden der SVG. Für den Güterverkehr und die Durchführung der Staudenbahn-Ausflugsfahrten hat die SVG im vergangenen Jahr aus dem Fuhrpark der Österreichischen Bundesbahn eine gebrauchte Diesellokomotive gekauft.

Die Anschaffungskosten, so Hubert Teichmann, wurden mit „Leader plus“-Mitteln gefördert, während die Cofinanzierung von der SVG selber übernommen wurde. „Für unsere Lokomotive ist kein einziger Euro aus der Kasse der Regionalentwicklung bezahlt worden!“ widerspricht der Geschäftsführer anderslautenden Gerüchten. ☞



Der Transrapid im Zentrum des Interesses am Flughafen München II: Seit April 2003 besichtigen monatlich rund 10.000 Besucher das Info-Center vor dem Terminal 2. ☞

### Zehn Jahre EvoBus:

## Ein planmäßiger Zusammenschluss

Hersteller Nr. 1 im Markt und in der Profitabilität

Stuttgart - Die EvoBus GmbH verantwortet als 100%-ige Tochtergesellschaft der DaimlerChrysler AG seit 10 Jahren das europäische Omnibusgeschäft des Konzerns. Mit der Vertragsunterzeichnung am 23. Februar 1995 wurden der Produktbereich Omnibusse der damaligen Mercedes-Benz AG und die Karl Kässbohrer GmbH unter einem gemeinsamen Dach vereint. Heute - zehn Jahre später - ist die EvoBus mit einem Marktanteil von 28,5 % die absolute Nr. 1 unter den Busherstellern in Europa.

Dabei setzte die EvoBus seit ihrer Gründung konsequent die „Zwei-Marken-Strategie“ um, indem sie die Stärken der Traditionsmarken Mercedes-Benz Omnibusse und Setra nutzt und kontinuierlich weiter ausbaut. Wolfgang Diez, Leiter Geschäftsbereich DaimlerChrysler Omnibusse und Vorsitzender der Geschäftsführung der EvoBus GmbH: „Wir haben von Beginn an konsequent an der Weiterentwicklung unserer Produkte gearbeitet. Die Marke Mercedes-Benz bietet heute ein einzigartiges Full-Line-Angebot für alle Kundenwünsche vom Fahrgestell über Minibusse bis hin zum Gelenkbus. Setra steht für Luxus und Komfort auf Reisen.“

### Baukastensystem

Das Baukastensystem beider Marken wurde deutlich erweitert und macht es möglich, schnell neue Längen- und Höhenvarianten für die Produkte umzusetzen. Seit 1995 sind 60 Produktneheiten auf den Markt gebracht worden, darunter beispielsweise der Mercedes-Benz Stadtbus Citaro (1997), der Reisebus Travego (1999), die Setra TopClass 400 (2001), die ComfortClass 400 (2003) und der Mercedes-Benz Tourino (2004).

### Produktionsverbund

Seit Gründung der EvoBus wurde der Produktionsverbund konsequent umgesetzt und weiterentwickelt. Heute zählen die Werke Mannheim und Ulm/Neu-Ulm in Deutschland, der französische Standort Ligny-en-Barrois, Sámamo in Spanien (ab 1998), das EvoBus-Werk Holyšov in der Tschechischen Republik (ab 1999) sowie ein Werk der DaimlerChrysler Tochter Mercedes-Benz Türk in Istanbul zum Produktionsverbund.

In diesem beispielhaften Netzwerk trägt jeder Standort als Kompetenzzentrum seinen Teil zur Entstehung des Produktes bei. Wesentlicher Pfeiler ist der Produktionsverbund, der die Schaffung von Synergien gerade im Omnibusbau mit seinen begrenzten Stückzahlen ermöglicht.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor der EvoBus bleibt auch nach zehn Jahren die Technologieführerschaft bei Sicherheit und Umwelt. Mit Innovationen wie dem emissionsfreien Brennstoff-

zellenbus oder Erdgasfahrzeugen leistet EvoBus einen aktiven Beitrag zur Umweltfreundlichkeit im öffentlichen Personennahverkehr. Der serienmäßige Einsatz des Elektronischen Stabilitätsprogramms ESP und des Bremsassistenten sind Meilensteine der Sicherheitstechnologie der EvoBus. Abstandsregeltempomat, Spurassistent und Dauerbremslimiter stehen kurz vor der Einführung. Damit will die EvoBus ihre Spitzenposition auch in Zukunft sichern.

### Strategie ging auf

Die EvoBus GmbH betreut ihre Kunden in 42 eigenen ServiceCentern und rund 500 Service-Stützpunkten in Europa. Wolfgang Diez: „Unser Vorsatz ist: Global denken, lokal handeln. Wir sind für unsere Kunden vor Ort, um ihre Wünsche erfüllen zu können. Dass wir heute 66 % des EvoBus-Umsatzes im europäischen Ausland tätigen zeigt, dass unsere Strategie aufgeht.“ Mit der gemeinsamen Dienstleistungsmarke OMNIplus bietet EvoBus darüber hinaus omnibusspezifische Service- und Dienstleistungen an.

### Herausragendes Ergebnis

Im Jahr 2004 erzielte die EvoBus mit rund 8600 Einheiten einen um über 50 % höheren Absatz als 1995 und das beste Unternehmensergebnis seit der Gründung. Der Verkauf von Mercedes-Benz Komplettbussen und Fahrgestellen trug mit einem Plus von 55 % auf 5 840 Einheiten im Vergleich zu 3 770 Einheiten im Jahr 1995 deutlich zu diesem positiven Ergebnis bei. Der Absatz von Setra stieg im selben Zeitraum um 44 % auf rund 2 770 Einheiten. Der Umsatz der EvoBus verzeichnete einen Zuwachs um 75 % auf 2,4 Milliarden Euro.

Das Unternehmen steigerte seinen Marktanteil in Westeuropa von 1995 bis 2004 um rund 2,4 % auf 28,5 %. Europaweit waren im vergangenen Jahr rund 10.600 Mitarbeiter bei der EvoBus beschäftigt, rund 1 260 Mitarbeiter mehr als 1995. Mit rund 8000 Beschäftigten bundesweit hat das Unternehmen die Belegschaft am Standort Deutschland gegenüber 1995 nahezu konstant gehalten. Damit bekräftigt die EvoBus GmbH ihr Bekenntnis zum Standort Deutschland. ☞



Mehrmals pro Woche verlassen voll beladene Güterzüge den Holzverladestation bei Fischach in Richtung Österreich. Über die Verlagerung von jährlich rund 5000 LKW-Fuhren auf die Schiene freuen sich (von links) Fischachs Bürgermeister Josef Fischer, RES- und BBG-Geschäftsführer Hubert Teichmann sowie die Fuhrunternehmer Peter Schmid (Ziemetshausen) und Frank Block (Krumbach). Bild: Walter Kleber

### Regelbetrieb an der Holzverladestation bei Fischach:

## Schienentransport ersetzt jährlich 5000 Laster

Fischach/Stauden (wkl). Der Winter ist seit jeher die hohe Zeit des Holzeinschlags. Entsprechend geschäftig und betriebsam geht es in diesen Wochen an der Holzverladestation zwischen Fischach und Margertshausen zu. Mehrmals pro Woche verlassen randvoll mit Holzstämmen beladene Güterwaggons auf den Schienen der Staudenbahn das weitläufige Gelände in Richtung Österreich.

Auf einer Fläche von gut 3,5 Hektar hatte die Holzverladestation im August 2003 nach nur dreimonatiger Bauzeit ihren Betrieb aufgenommen. Noch einmal 2,5 Hektar mussten als Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt und bepflanzt werden. Rund eine Million Euro hat das zukunftsweisende Großprojekt gekostet. Gefördert wurde es mit öffentlichen Mitteln aus dem EU-Sonderprogramm „Leader plus“.

Zur Eröffnung war damals eigens Bayerns Forstminister Josef Miller in die Stauden gekommen. Parallel zum Schienenstrang der Staudenbahn wurden ein 530 Meter langes Gleisstück und eine asphaltierte Fahrstraße für die schweren Holzlasten gebaut. Daneben bietet das weitläufige Areal Lagerkapazitäten für bis zu 100.000 Festmeter Holz. Diese Lagerkapazität ist erforderlich, so Geschäftsführer Rudolf Gründler, um beim plötzlichen Anfall großer Mengen Holz - etwa nach orkanbedingten Windwürfen - den Holzpreis einigermaßen stabil zu halten. Das Holz muss nicht sofort auf den Markt gebracht, sondern kann solange gelagert werden, bis sich die Preissituation wieder etwas beruhigt hat. Eigentümer des

Verladebahnhofs ist die Betriebsgruppe Gründer-Lautenbacher (BGL) Schwaben GmbH, an der Rudolf Gründler (Oberaudorf) hundert Prozent der Anteile hält. Gründler ist Holzeinkäufer, in dessen Auftrag Fuhrunternehmer aus der Region den Holztransport zu den österreichischen Sägewerken - in Tirol und Oberösterreich - abwickeln. Zum Kundenstamm zählen überwiegend Forstbetriebsgemeinschaften und private Waldbesitzer aus den Stauden und den angrenzenden Regionen. Darüber hinaus wird die Verladestation auch von anderen Holztransportfirmen, wie beispielsweise von der Firma Schedler in Kutzenhausen, genutzt.

### Gewaltige Entlastung

Am Holzumschlagplatz zwischen dem Tal der Schmutter und der Staatsstraße 206, im „Holzmäher“ gelegen, kann ein sogenannter Ganzzug - bestehend aus bis zu 20 Waggons - beladen werden. Wenn deren Fracht auf Lastern zu den Sägewerken in Österreich transportiert würde, dann wären für jeden Zug 44 LKW erforderlich. Auf's Jahr gerechnet ersetzt der Holztransport auf der Staudenbahn

## Buchloer Standortstudie:

## Studenten stellten Ergebnisse vor

Eine ungeheure Fülle von Anregungen, Empfehlungen und Visionen präsentierten jene 27 Geografie-Studenten der Universität Augsburg, die die Ergebnisse ihres Standortentwicklungskonzeptes für Buchloe vorstellten. Aufgeteilt in sechs Gruppen hatten sie sich verschiedenen Aspekten der städtischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gennachstadt gewidmet und erhielten für ihre engagierte Arbeit von allen Beteiligten großes Lob.

Die Stadt Buchloe hatte im April 2004 mit dem Augsburger Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeografie einen Vertrag über die Erstellung eines Entwicklungskonzeptes geschlossen. Zwei Semester lang waren die Studenten dann in der Gennachstadt unterwegs, stellten Fragen, analysierten und erarbeiteten Konzepte, wie der Wirtschaftsstandort Buchloe gestärkt werden kann.

Die Kosten von gut 20.000 Euro wurden von der Stadt, den örtlichen Banken und vom Gewerbeverein aufgebracht. Lehrstuhl-Inhaber Dr. Markus Hilpert zeigte sich bei der Vorstellung der Ergebnisse im Buchloer Kolpinghaus ebenso wie seine wissenschaftlichen Mitarbeiter Falco Gosdzinski und Bernie Kräublich überaus zufrieden mit der Leistung der Studenten.

Hilpert: „Die Bewertung und Umsetzung liegt nun an den Buchloern“. Nachdem sie ihre viele Seiten dicken Arbeiten mittels aufwändiger Computer-Projektionen vorgestellt und überreicht hatten, erhielten die Studenten als Dank für ihre Arbeit aus der Hand ihres Professors und von Bürgermeister Josef Schweinberger Urkunden und Geschenke überreicht.

Während für die meisten der angehenden Akademiker das Projekt nun vorerst abgeschlossen ist und sie sich in die Semesterferien verabschieden, sind drei Studenten noch weiterhin mit der Stadt Buchloe und ihrer Wirtschaft beschäftigt. Sie erstellen derzeit ihre Diplomarbeiten, die laut Hilpert in den näch-

sten Monaten ebenfalls abgeschlossen werden sollen. Im Zusammenhang mit diesen Abschlussarbeiten werden in der Gennachstadt momentan hunderte von Fragebögen an die Haushalte verteilt, von denen möglichst viele ausgefüllt an die Stadtverwaltung zurückkehren sollten.

### Diskussion der Ergebnisse

Bei der Diskussion der Ergebnisse, an der sich vor allem Kommunalpolitiker beteiligten, gab es ebenfalls viele lobende Worte für das Standortentwicklungskonzept der Studenten. Bemängelt wurde aber, dass teils zu wenig regionale Aspekte in die Erhebung miteingeflossen seien. Die Aussprache leitete Dr. Gabriele Höfner von der Abteilung Wissens- und Technologietransfer an der Uni Augsburg.

„So eingehend hat sich noch nie jemand mit unserer Stadt beschäftigt“, hob Bürgermeister Schweinberger den Stellenwert des Gutachtens hervor, „nun liegt es an uns, Vorschläge und Chancen umzusetzen.“

Ein unternehmerfreundliches Klima herrscht laut den umfangreichen Erhebungen der Studenten in der Gennachstadt bereits. Durch verschiedene Maßnahmen müsse dieses jedoch weiter verbessert und Buchloe als „der Platz an der Sonne“ für Unternehmen etabliert werden. Der Schlüssel dazu sei die enge und institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Unternehmen („Publik-Private-Partnership“).

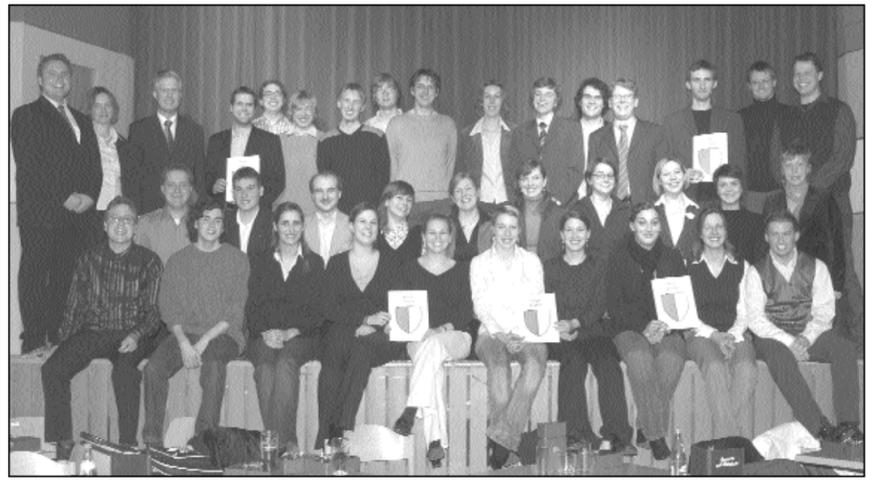
### Vier „Offensiven“

Dazu schlagen die Studenten vier „Offensiven“ vor:

≪ **eine Existenzgründer-Offensive:** Das Gründerpotential junger Leute in der Region sei überdurchschnittlich hoch. Deshalb müsse die Stadt den künftigen Unternehmern beste Bedingungen bieten. Die Studenten schlagen dafür die Einrichtung eines „Houses der Wirtschaft“ (HdW) in Buchloe vor. Dieses soll Existenzgründern - nicht nur aus dem Hochtechnologie-Bereich - Räumlichkeiten, Beratung und Kontakte verschaffen. Das HdW sollte zudem für eine Gründermesse, für Informationsveranstaltungen der Schulen sowie für Veranstaltungen, Vorträge und viele Aktivitäten im Zusammenhang mit den anderen „Offensiven“ der Wirtschaftsförderung genutzt werden. Auch die Auslobung eines Buchloer Gründerpreises für die pfiffigste neue Unternehmensidee wird vorgeschlagen.

≪ **eine Marketing-Offensive:** Dazu gehöre unter anderem ein attraktives Flugblatt für den Wirtschaftsstandort (ein Entwurf wurde ebenfalls vorgestellt), ein regelmäßiger Azubi-Tag, bei dem sich hiesige Unternehmen an den Schulen präsentieren, sowie Betriebsbesichtigungen für Schüler und alle interessierten Bürger („gläserne Fabriken“). Außerdem schlagen die Studenten die Ernennung von „Botschaftern für Buchloe“ vor. Das sind lokale Größen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, die die Gennachstadt bei allen möglichen Anlässen präsentieren und Werbung für den Wirtschaftsstandort machen.

≪ **eine Kooperations-Offensive:** Die hiesigen Unternehmen, die den Erhebungen zufolge kaum in Konkurrenz zueinander stehen, sollten mehr vernetzt werden. Dies könne durch Un-



Aufgeteilt in sechs Gruppen hatten sich Geografie-Studenten der Uni Augsburg verschiedenen Aspekten der städtischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gennachstadt gewidmet.

ternehmerstammtische und Arbeitskreise geschehen.

≪ **eine Beratungs- und Betreuungsoffensive:** Da sich viele Unternehmen von der Stadt- und Kreisverwaltung laut Universitäts-Studie nicht besonders für den pfiffigsten neuen Unternehmer zufriedenstellen. So wohl die überörtliche Anbindung durch Bahn und Straße, als auch der Ausbaugrad der Straßen sowie der Fuß- und Radwege und die vielen verkehrsberuhigenden Maßnahmen in den Nebenstraßen seien überaus positiv zu bewerten. In einigen Bereichen sehen die Studenten jedoch noch Handlungsbedarf:

### Verkehrsentwicklung

„Buchloe - gut verbunden“: Unter dieses Leitbild hatte die Gruppe, die sich mit einem Verkehrsmodell für die Gennachstadt beschäftigte, ihr Konzept gestellt. Insgesamt sei das Buchloer Verkehrsnetz für alle Teilnehmer zufriedenstellend. So wohl die überörtliche Anbindung durch Bahn und Straße, als auch der Ausbaugrad der Straßen sowie der Fuß- und Radwege und die vielen verkehrsberuhigenden Maßnahmen in den Nebenstraßen seien überaus positiv zu bewerten. In einigen Bereichen sehen die Studenten jedoch noch Handlungsbedarf:

≪ **Die Beschilderung der Radwege** im Stadtgebiet sei ungenügend und weise meist auch nicht auf weiterführende Nebenstraßen oder Anschlussmöglichkeiten zu anderen Rad-Verbindungen hin. Eine systematische und einheitliche Beschilderung könnte hier Abhilfe schaffen.

≪ **Für die Verbesserung des Radwegenetzes** schlagen die Studenten zum einen eine neue Verbindung zwischen Kaufbeurer Straße und An der Halde unterhalb des Wasserturms vor. Auch fehle eine Radwegverbindung vom Buchloer Westen in Richtung Wiedergeltingen und ins „Naherholungsgebiet“ Gabriel-Weiher.

≪ **Die Beseitigung von Gefahrenstellen** sei ebenfalls notwendig. Hier wurde vor allem das gefährliche Miteinander von Radfahrern, Fußgängern und Kraftfahrzeugen auf der Bahnhofstraße und ihrer östlichen Verlängerung genannt.

≪ **Selbst in der „Eisenbahnstadt“** Buchloe gelte es, den öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern. Dazu gehöre die bessere Vernetzung von Bahn und Bus sowie die Ausweitung der Busverbindungen - auch ins Unterallgäu. Der Bahnhofsvorplatz müsse attraktiv gestaltet werden und seine Funktion als „Verkehrsknotenpunkt“ zurückerhalten.

### Einzelhandelskonzept

Die Leute kaufen gerne in Buchloe ein und schätzen die Nähe sowie die gute Erreichbarkeit und das vielfältige Angebot der Geschäfte, so das Ergebnis der studentischen Erhebung. Entsprechend trägt sie den Titel „Buchloe - hier sind wir daheim“. Dennoch habe Buchloe als Einkaufsstadt vor allem mit Image-Problemen zu kämpfen.

Als Maßnahmen zur Stärkung des Buchloer Einzelhandels schlagen die Studenten deshalb folgende Maßnahmen vor:

≪ **Gründung des „Forum Innenstadt“:** Dieses neue Gremium unter dem Dach des Gewerbevereins soll die Arbeit der Einzelhändler vernetzen. Unter diesem Dach könnten sich die Buchloer Geschäfte nach der Vorstellung der Studenten zum Beispiel auf einheitliche Kernöffnungszeiten verständigen, gemeinsame Werbemaßnahmen organisieren, die Innenstadt optisch und in Sachen Image aufwerten oder die Vorteile Buchloes als autofreundliche Einkaufsstadt hervorheben.

≪ **Pendler stärker ansprechen:** Buchloe als Bahnknotenpunkt müsse sich vor allem auch den Pendlern als attraktive Einkaufsstadt präsentieren. Dies könne beispielsweise durch massive Werbemaßnahmen auf dem Parkplatz an der Karwendelstraße geschehen.

≪ **Bonuskarte:** Bonuskarten, deren Inhaber bestimmte Rabatte und Vorteile gewährt bekommen, stärkten die Kundenbindung. Einen Namen für eine solche Karte haben sich die Studenten auch schon ausgedacht: „Buchloe-Card“.

≪ **Schwerpunkt „Textil“:** Buchloe sollte bei seinen Werbemaßnahmen auf sein gutes Angebot an Textilgeschäften setzen, um dadurch sein Profil zu schärfen und insgesamt mehr Kunden anzuziehen. Der Slogan dazu könnte beispielsweise lauten: „Buchloe zieht an!“

≪ **Events:** Vielfältige Veranstaltungen seien wichtig, um Buchloe als Einkaufsstadt immer wieder ins Gespräch zu bringen. So könnten unter anderem die Kun-

den aufgefordert werden, über das schönste Buchloer Schaufenster abzustimmen.

### Freizeit und Tourismus

Während Buchloe seinen Bewohnern ein sehr gutes Freizeit-Angebot biete, seien die touristischen Potentiale der Stadt trotz ihrer Lage abseits der klassischen Fremdenverkehrsgebiete bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Im Bereich Tourismus empfehlen die Studenten, vor allem auf drei Bereiche zu setzen:

≪ **Bahntourismus:** Durch die gute Bahnbindung der Stadt biete sie als Ziel und auch als Stützpunkt für Ausflüge zu den touristischen Attraktionen der näheren und weiteren Umgebung optimale Bedingungen. Dieser Vorteil müsse in Zusammenarbeit mit der Bahn durch eine spezielle Buchloe-Broschüre und dem Angebot von Kombitickets (Fahrt nach und Übernachtung in Buchloe) herausgestellt werden.

≪ **Messtourismus:** Die Nähe zu München und das Preisgefälle zur Landeshauptstadt solle genutzt werden, um Messe-Besucher für einen Aufenthalt in der Gennachstadt zu begeistern. Dieser, das ganze Jahr über greifbare Kundenkreis könne durch Einträge auf einschlägigen Internet-Seiten sowie durch Broschüren und Auftritte bei Messen angesprochen werden.

≪ **Radtourismus:** Eigene Radtourkarten und Tourenvorschläge mit dem Startpunkt Buchloe sowie die Verzahnung der Angebote mit dem Radrouten-Konzept des Landkreises könnten dieses Klientel vom Urlaub in der Gennachstadt überzeugen.

### Regionale Gartenschau 2007:

## Millionenzuschuss für grünes Waldkirchen

Die regionale Gartenschau 2007 wird vom Umweltministerium mit 1,1 Millionen Euro gefördert, dazu kommen EU-Mittel von insgesamt 1,3 Millionen Euro. Den entsprechenden Zuwendungsbescheid übergab Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf in München an den Bürgermeister der niederbayerischen Stadt Waldkirchen, Josef Höppler. Damit ist der Weg frei, die Natur bis 2007 in die Stadt Waldkirchen zu holen. „Die Gartenschau in Waldkirchen soll und kann einen Beitrag leisten, die Attraktivität und den Strukturwandel in den ostbayerischen Grenzregionen weiter voranzutreiben“, so der Minister.

Mit der Finanzspritze vom Freistaat und der EU können die Städte neue städtebauliche Akzente für die Zukunft verwirklichen. In Waldkirchen wird deshalb vor allem eine Stadtpromenade mitfinanziert, die die vier „grünen“ Schätze der Stadt erlebbar werden lässt. Ein Rundweg verbindet die rund 8,5 Hektar großen städtischen Parkanlagen „Stadtpark2“ und „Park an der Wasserreserve“ mit den Küchengärten sowie den angrenzenden Wäldern und Wiesen. Darüber hinaus wird der Stadtpark naturnah mit Wasserflächen, Feuchtwiesen und

Bach umgestaltet. Dadurch werden ökologisch wertvolle Bereiche gesichert und attraktive Erholungsangebote vor der Haustür geschaffen. „Gartenschauen sind schon lange nicht mehr die reinen Blumenschauen vergangener Tage, sondern Investitionen in eine nachhaltige Verbesserung der innerstädtischen Lebensqualität“, so der Minister. „Die ‘grüne Lunge’ gibt auch einen wirtschaftlichen Schub, da Unternehmen und ihre qualifizierten Arbeitskräfte ein familienfreundliches und erholsames Umfeld besonders schätzen.“

## Paradoxe Widerstand

### Obwohl fast jeder Bürger ein Handy besitzt, hört der Kampf gegen die Sendemasten nicht auf

Würzburg/Aschaffenburg. Von Rechts wegen haben Gemeinden kaum Möglichkeiten, gegen Mobilfunkmasten vorzugehen. „Im Interesse unserer Bürger wollen wir dennoch versuchen, die Standortplanung der Basisstationen aktiv mitzugestalten“, so Sylke Heinrich von der Stadtverwaltung Aschaffenburg. In Aschaffenburg geschieht dies zum Beispiel mit dem so genannten „Aschaffener Vorsorgewert“, berichtete Heinrich am Rande der vom TÜV Süddeutschland veranstalteten Tagung „Mobilfunk in Kommunen“ in Würzburg.

Über 50 Mobilfunkmasten stehen derzeit in Aschaffenburg, berichtete die Chemie-Ingenieurin, die seit Januar in der Aschaffener Stadtverwaltung für das Thema Mobilfunk zuständig ist. Auf städtischen Gebäuden werden seit längerer Zeit keine neuen Mobilfunkmasten errichtet. Auf die Forderung der Stadt, den „Aschaffener Vorsorgewert“ einzuhalten, lasse sich kein Netzbetreiber ein - denn dieser Wert beträgt lediglich ein Zehntel des zulässigen Grenzwertes.

### Rechtliche Schranken

Ob sich der „Aschaffener Vorsorgewert“ halten lässt, ist fraglich, so Heinrich. Das Beharren auf den stadteigenen Grenzwert führe dazu, dass Mobilfunkbetreiber Sendemasten auf privaten Grundstücken errichten. Die Stadt habe kaum Möglichkeiten, hiergegen anzugehen: „Rechtlich sind uns die Hände gebunden.“

Auch die Stadt München, wo inzwischen rund 930 Basisstationen errichtet sind, beschloss im Jahr 2001 einen Vorsorgewert, der ebenfalls lediglich ein Zehntel des Grenzwertes nach dem 26. Bundesimmissionschutzgesetz

betrug, berichtete Peter Lippert vom städtischen Gesundheitsreferat. Daraufhin boykottierten die Mobilfunkbetreiber die Stadt als Vertragspartner. Mit Hilfe privater Grundstücksbesitzer wurden in der Folge Standorte realisiert, die zu einer höheren Strahlenbelastung von sensiblen Einrichtungen wie Schulen führten als Standorte auf städtischen Gebäuden. Daraufhin nahm man in der Stadt München den Vorsorgewert wieder zurück, so Lippert.

### Neue Vereinbarung

Einer neuen Vereinbarung zufolge ist die Stadt inzwischen bereit, Sendeanlagen auf städtischen Gebäuden zu errichten, wenn sich dadurch niedrigere Belastungen für die Bevölkerung ergeben als auf privaten Alternativstandorten. Gefordert wird laut Lippert allerdings von den Netzbetreibern, dass sie ihren Planungsunterlagen eine Prognose der maximalen Immission beilegen.

Durch die Ausweisung von Sperrgebieten und rigide Forderungen an Netzbetreiber bringen sich Städte und Kommunen um ihren Einfluss bei der Standortgestaltung, warnte Dr. Thomas

Gritsch vom TÜV Süddeutschland. Der Sachverständige wies darauf hin, dass bei sämtlichen der aktuell 7.900 Basisstationen in Bayern die geltenden Grenzwerte eingehalten werden. In den meisten Fällen betrage die Strahlenbelastung nur ein Zehntel des Grenzwertes. Dennoch gebe es in zahlreichen Kommunen Widerstand gegen die Aufstellung von Sendemasten. Oft stehe dabei der Gemeindefrieden auf dem Spiel. Bürgermeister und Kommunalpolitiker sind vor diesem Hintergrund aufgefordert, sich um einen Konsens zwischen Bürgern und Netzbetreibern zu bemühen.

### 1300 neue Sendeanlagen

Laut dem Politologen Rüdiger Möller, Mitarbeiter eines Netzbetreibers, wurden allein im vergangenen Jahr rund 1300 neue Sendeanlagen in Bayern gebaut. Lediglich in 91 Fällen war es dabei nicht möglich, einen Konsens zwischen Mobilfunkbetreibern und Bürger herzustellen. Damit scheiterte der Dialog mit den Bürgern in lediglich sieben Prozent der Fälle.

Möller wies darauf hin, dass die Ablehnung von Sendemasten im Widerspruch zur regen Nutzung der mobilen Kommunikation steht. Inzwischen gibt es laut dem Politikwissenschaftler mehr Handy- als Festnetzverträge in Deutschland. Die Zahl der Handynutzer schnellte von zehn Millionen im Jahr 1998 auf über 71 Millionen in diesem Jahr hoch. Pat Christ

Schwäbische Landrätetagung in Fischen/Oberallgäu:

## Klares Bekenntnis zu Bezirken

Jedoch auch weiterhin Forderung nach striktem Sparkurs

Zu ihrer regelmäßigen Arbeitstagung trafen sich die schwäbischen Landräte unter Leitung ihres Bezirksvorsitzenden, des Augsburger Landrats Dr. Karl Vogele, in Fischen/Oberallgäu. Beherrschendes Thema waren - neben der Diskussion über die Auflösung der Teilhauptschulen in Bayern - die Kreis- und damit eng verbunden die Bezirksfinanzen.

Die Landräte begrüßten die Einsparbemühungen des Bezirkes im Umfang von 2 Millionen Euro. Durch sie erhöht sich die Bezirksumlage geringer als zunächst befürchtet. „Wir schwäbischen Landräte stehen zu den Bezirken“, erklärte der Vorsitzende. Vogele forderte aber weiterhin strikte Sparmaßnahmen ein.

### Die Aufgaben bleiben

Auch müssten die Wohlfahrtsverbände viel stärker als bisher ihre Bereitschaft zu Kostensenkungen einbringen, so Landrat Vogele weiter. „Eine Abschaffung der Bezirke kann nur Sinn machen, wenn deren Aufgaben zukünftig vom Staat selbst erledigt werden. Alles andere stellt lediglich eine weitere Aufgaben- und Kostenverlagerung von oben nach unten dar, gegen die wir uns mit aller Macht wehren müssen“, brachte er die Stimmung seiner Landratskollegen auf den Punkt. Der Ruf nach der Auflösung der Bezirke sei keine Lösung, die Aufgaben blieben.

### Fehlende Solidarität

Einig waren sich die Landräte in ihrer Enttäuschung über die fehlende Solidarität unter den bayerischen Bezirken. Gemeinsam mit dem Bezirkstagspräsidenten Jürgen Reichert mahnten sie eine grundlegende Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches an. Solange sich hier die Staatsregierung nicht bewege, werde die anhängige Popularklage des Bezirkes und aller zehn schwäbischen Landkreise gegen die jetzige Form dieses Ausgleichs mit Nachdruck weiterverfolgt, so der Bezirkstagspräsident. Erfreut zeigten sich die Landräte über seine abschließende Ankündigung, trotz aller Sparbemühungen notwendige Hochwasserschutzmaßnahmen, soweit sie in der Zuständigkeit des Bezirkes lägen, weiter zu verfolgen.

### Teilhauptschulen

Einen breiten Raum der Diskussion nahm der örtliche Widerstand gegen die geplante Auflösung von Teilhauptschulen ein. Die Leiterin der Schulabteilung der Regierung von Schwaben, Gabriele Holzner, nannte als Ursache für die Reform den drastischen Geburten-

rückgang und die weitere Profilierung der Hauptschulen. Es werde keine Schnellschüsse geben, versicherte sie. Man werde behutsam und Fall bezogen Regionalkonzepte erstellen. Die Landräte forderten jedoch eindringlich, rechtzeitig in die jeweiligen Entscheidungen eng eingebunden zu werden. Örtliche Besonderheiten müssten berücksichtigt werden, um nicht weiter unnötig Porzellan zu zerbrechen.

### Hoch- und Schulbaumaßnahmen

Auf die sehr schwierige Situation bei der Förderung von Hochbau -, insbesondere Schulbaumaßnahmen, wies Regierungspräsident Ludwig Schmid hin. Da mit einer Erhöhung der Mittel nicht zu rechnen sei, wolle die Landräte der Staatsregierung Druck machen, damit wenigstens die Förderkontingente der Jahre 2006 und 2007 bereits heuer vom Finanzministerium freigegeben werden. „Wir brauchen die Schulen jetzt, nicht irgendwann“, mahnten die Landräte. Derzeit stecken in Schwaben 27 Schulbauten für rund 40 Millionen Euro im Förderstau. Alle Schulbaumaßnahmen sollen sofort beginnen dürfen, ohne dass der Zuschussanspruch verloren geht, fordern Schwabens Landräte. Dies sei angesichts günstiger Zinsen sowie als Impuls für die Bauwirtschaft sinnvoll.

### Mittags- und Ganztagsbetreuung

Für Einrichtungen der Mittags- und Ganztagsbetreuung bearbeitet die Regierung derzeit rund 80 Anträge auf Zuschüsse aus dem Bundesprogramm „Initiative Zukunft, Bildung und Betreuung“ (IZBB). Die Hälfte der Maßnahmen ist durch das neue achtjährige Gymnasium (G8) bedingt. Streitfrage dabei ist noch, wer künftig die Betriebskosten übernimmt. Allein für die drei Gymnasien im Landkreis Augsburg rechnet Landrat Vogele mit jährlichen Folgekosten von 250 000 Euro.

Die Landräte machten ihrem Ärger über Hartz IV Luft. Die Umsetzung sei noch mit großen Problemen behaftet, die überwiegend im Verantwortungsbereich der Arbeitsverwaltung lägen. Johannes Reile, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des

Bayerischen Landkreistages, bat die Anwesenden, ihm ihre Erfahrungsberichte mit den bestehenden Problemen zuzuleiten. Er versprach, sich darum zu kümmern. „Hartz IV darf auf keinen Fall zu Lasten der Landkreise gehen“, forderte Vogele im Namen seiner Kollegen.

### „Benchmarking“ bei öffentlichen Gebäuden

Der Finanzexperte der Bayerischen Landesbank, Peter



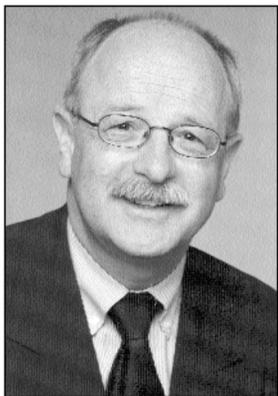
„Der nächste Level ...“ lautete das Motto beim diesjährigen Regionalwettbewerb Unterfranken, der heuer zum 21. Mal stattfand. 100 Jugendliche stellten in Grafenrheinfeld ihre 51 anspruchsvollen Arbeiten aus den Bereichen Physik, Biologie und Chemie einer Fachjury vor. Wie Landrat Harald Leitherer (Bildmitte) betonte, könnten nur engagierte und qualifizierte Techniker und Ingenieure neue Produkte auf den Markt bringen und Deutschland nicht wieder an die internationale Spitze im Bereich der Forschung bringen. Deshalb sei es zielgerichtet, dass die Chancen-Region Mainfranken und der Landkreis Schweinfurt den Nachwuchs förderten.

### Vilshofen an der Donau:

## Hafenstadt für Kreuzfahrtschiffe

„Vilshofen an der Donau wird ab 2005 Hafenstadt für Kreuzfahrtschiffe sein.“ Dies gab Vilshofens 1. Bürgermeister Hans Gschwendtner im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt. Das Jahrhundertwerk Donaupromenade gelte den Einheimischen wie den Gästen mittlerweile als „schöne Meile der Stadt“. Sie habe es ermöglicht, dass Vilshofen nun wirklich wieder „an der Donau“ liegt, wie es jetzt auch im offiziellen Namen der Stadt zum Ausdruck komme.

An der Schiffsanlegestelle konnte laut Gschwendtner im September vergangenen Jahres die erste Flusskreuzfahrt Vilshofen-Budapest-Vilshofen angeboten werden. „Damit wurde



Hans Gschwendtner.

sozusagen die Premiere unserer Stadt als Abfahrts- und Ziel-Hafen einer Kreuzfahrtschiffsreise auf der Donau gefeiert.“ Daneben meldeten sich 2004 bei der Stadt insgesamt 43 Kreuzfahrtschiffe an, die in Vilshofen für einen oder mehrere Tage Station gemacht haben.

Nachdem die unerwartet hohe Frequenz der Anlegestelle durch Kreuzfahrtschiffe zu Problemen mit während der Sommermonate zweimal täglich anlegenden Linienschiffen geführt hatten, hatte der Stadtrat im Juli

Springer, stellte den Landräten ein Programm zum so genannten „Benchmarking“, einer vergleichenden Analyse der Betriebskosten von öffentlichen Gebäuden, beispielsweise in den Schulen, vor. Durch dieses könnten die Landkreise Einsparmöglichkeiten für ihre Gebäude erkennen.

Da die Landkreise Aichach-Friedberg, Lindau und Oberallgäu durchweg positive Erfahrungen gemacht hätten, signalisierte Landrat Dr. Vogele stellvertretend für seine Kollegen, dass diese Möglichkeit der Kosteneinsparung angesichts der immer knapper werdenden Gelder auch in allen anderen schwäbischen Landkreisen genutzt werden sollten.

## Bildung als Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit

Fachtagung der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege in Germering

„Bildung für Nachhaltigkeit ist der Schlüssel zur Zukunft.“ Dies betonte Umweltstaatssekretärin Emilia Müller anlässlich der Fachtagung „Bildung für Nachhaltigkeit - nachhaltig Umweltbildung zu den Menschen bringen“, die in Germering von der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) durchgeführt wurde. Diese Auftaktveranstaltung der Akademie eröffnete in Bayern die Dekade zum Thema „Bildung für Nachhaltigkeit“, die von den Vereinten Nationen angeregt und ins Leben gerufen worden war.

Eine vorsorgende Umweltpolitik für mehr Lebensqualität sei nur in einer umweltgebildeten Gesellschaft erfolgreich umzusetzen, führte Emilia Müller aus. Bildung öffne den Weg zur Sensibilität und Bewusstseinsprägung für ein ganzheitliches Denken. Gemeinsam müssten alle Menschen lernen, so zu leben, „dass auch die Generationen nach uns ein ebenso erfülltes Leben in einer lebenswerten Natur vorfinden, so wie wir selbst“, bemerkte die Staatssekretärin.

### Umweltgewissen

Dass dies bereits auch in den Schulen zu erfolgen hat, erläuterte Ministerialrat Wolfgang Ellegast vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Bereits 2003 seien verschiedene Richtlinien zur Umweltbildung erlassen worden. Ein besonderes Anliegen hierbei sei, dass über die Vermittlung von Umweltwissen auch ein Umweltbewusstsein entstehe, das sich dann auch im alltäglichen Handeln widerspiegeln.

„Durch Netzwerke Kompetenzen erweitern“, lautete der Vorschlag von Dr. Christoph Goppel, Direktor der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege. Zielgerichtete Vernetzungen würden dazu beitragen, Synergien zu erzeugen, die jeweilige Botschaft schlagkräftig zu vermarkten und die unterschiedlichsten Fähigkeiten noch effizienter einzusetzen. Netzwerke, so Goppel, seien die passenden und erforderlichen Antworten auf die Auswirkungen der heute oftmals festzustellenden Ich-Gesellschaften.

Die UNESCO-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sei ein Motor für eine auf Zukunft ausgerichtete Bürgergesellschaft, führte Landrat Albert Löhrer aus Neumarkt aus. Klagen, Horrorszenerien und Skepsis seien bei den anstehenden Umweltproblemen wenig hilfreich. Vielmehr müsse der Bürger als Partner bei Zukunftsfragen frühzeitig in einen Dialog eingebunden werden. Die Politik müsse den Kontakt su-

alternativ von Passau und Vilshofen aus an. Und auch hier gestaltet sich die Nachfrage sehr positiv, wie Vilshofens Rathauschef erläuterte.

### Berechtigte Zuversicht

Gschwendtner: „Ich freue mich sehr, dass der Beschluss des Stadtrates, eine zweite Anlegestelle zu errichten, mit dieser großen Nachfrage mehr als gerechtfertigt wird. Ich bin überzeugt davon, dass dies eine viel versprechende Zukunft für den Donauhafen Vilshofen begründet. Wir werden jedenfalls alles daran setzen, die touristischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich damit auftun, auch intensiv zu nutzen.“ Diese Zuversicht lässt sich mit konkreten Fakten untermauern: Die Zahl der Übernachtungen in Vilshofen ist 2004 (Stand: November) auf rund 40.000 angestiegen, was einen Zuwachs von 57 Prozent

chen und pflegen. Die Basisstationen für die Weltidee „Nachhaltigkeit“ seien die Regionen, die es auch entsprechend zu stärken gelte.

### Provokative Formel

Auch Altbürgermeister Hans Strasser aus Kirchanschöring wies darauf hin, dass Bürgerengagement wohl am besten aus einer dialoggeprägten Zusammenarbeit erwachse. Dieser Ansatz münde in einer Interaktion, die über gemeinsame Beratung zu gemeinsam getragenen Beschlüssen führe. Mit der provokativen Formel  $1 + 1 = 3$  stellte der Referent heraus, dass bei dieser Vorgehensweise auch unvermutete Potenziale hervorgerufen und eingebracht werden könnten, was schließlich oft zu überraschenden Ergebnissen führe. Hier bedürfe es des „Brückenbauers“ vor Ort, der mittels Moderation und Mediation unterschiedliche Vorgehen und Meinungen in Einklang bringen könne.

### Glücksfaktoren betonen

Auf die Rolle der außerschulischen Bildungsträger ging Beate Seitz-Weinzierl vom Bildungswerk des Bundes Naturschutz in Bayern, Wiesenfelden, ein. „Wir sind es, die etwas zu bewegen haben“, machte die Referentin in ihrem mit Literaturbeispielen gespickten Vortrag deutlich. Dabei würden aber nicht Jammern und Wehklagen weiterhelfen, sondern Begeisterung, Mut und Überzeugung. Es gelte somit verstärkt, die Glücksfaktoren herauszustellen und die Natur als Ort der Lebensfreude zu vermitteln. Die nunmehr ausgerufenen UNO-Dekade sei ein Aufruf an alle, dies neu mit Leben auszufüllen.

„Wer, wenn nicht wir, wo, wenn nicht hier, wann, wenn nicht jetzt?“ fragte auch Tagungsleiter Dr. Goppel in seinem Schlusswort. Die aufgezeigten Initiativen seien wichtige Anregungen für weitere Aktionen. Es gelte nun, die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gemeinschaftlich und ganzheitlich anzugehen und für die Zukunft zu nutzen. **DK**

auf das ganze Jahr gerechnet, bedeutet. In den Sommermonaten lag der Anstieg gar bei bis zu 120 Prozent.

### Glanzvolle Höhepunkte

Zwar sei Vilshofen sicher noch ein gutes Stück davon entfernt, eine etablierte Fremdenverkehrsstadt zu werden, meinte der Bürgermeister; gleichzeitig könne es keinen Zweifel geben, „dass wir mehr und mehr auf den Wirtschaftszweig Tourismus setzen dürfen und hier insbesondere von dem boomenden Zweig der Flusskreuzfahrten profitieren können“. Die Donaupromenade jedenfalls werde auch heuer wieder der Veranstaltungsort für glanzvolle Höhepunkte im Terminkalender der Stadt sein, so u. a. für das Großereignis „Donau in Flammen“ und den „Schwimmenden Christkindmarkt“ mit der größten Brettkrippe der Welt an zwei Wochenenden. **DK**

## Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen

Bei Bürgermeisterwahlen in Bayern setzte sich in der kleinen Gemeinde Berg Amtsinhaber Rödel von der überparteilichen Wählergemeinschaft mit 936 der 1.427 gültigen Stimmen gegen zwei Mitbewerber durch. In Neunburg vorm Wald/Lkr. Schwandorf wurde Amtsinhaber Bayerl (FW) mit 88,9 Prozent bestätigt. Die Beteiligung lag lediglich bei 35 Prozent. Im Unterallgäuer Boos wurde ebenfalls FW-Bürgermeister Neumann (50,6 Prozent) wieder gewählt. In Lichtenberg und Feldkirchen-Westerham kommt es dagegen zu Stichwahlen.

Eine enttäuschende Wahlbeteiligung registrierte das mittelfränkische Roth: Nur 55,6 Prozent der wahlberechtigten Bürger gingen an die Urnen. Der seit sechs Jahren amtierende Bürgermeister Richard Erdmann (58) (SPD) setzte sich erneut durch, wenn auch mit 51,7 Prozent nur knapp. Sein Herausforderer war der 31 Jahre alte Ralph Edelhäuber, der 48,2 Prozent auf sich vereinen konnte. Bei der Auszählung offenbarte sich der knappe Ausgang: 357 Stimmen lagen beide Bewerber auseinander. Bereits vor sechs Jahren war die CSU mit ihrem Bewerber gescheitert. In Roth wird außerhalb des allgemeinen Kommunalwahltermins gewählt, weil der Vorgänger während der Amtszeit zurückgetreten war. **DK/wefa**



Für besondere Verdienste wurden von der Stadt Dillingen geehrt (von links): Erich Höppner, Johann Reile, Monsignore Walter Rau, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Barbara Friese, Dieter Schinhammer, Landrat Leo Schrell. Bild: -jdt-

#### Nordische Ski-Weltmeisterschaft 2005 in Oberstdorf:

## Exzellente Werbung für die Region

Als Premium-Gastgeber präsentierte sich Oberstdorf bei der Nordischen Ski-WM 2005 vom 16. bis 27. Februar. Rund 1500 freiwillige Helfer arbeiteten Tag und Nacht und sorgten für perfekt präparierte Schanzen und Loipen. Selten bereitet die weiße Pracht, die in rauen Mengen daherkam, derart wenig Probleme. „Petrus hat einmal mehr unter Beweis gestellt, dass er ein Oberstdorfer ist“, meinte „Hausherr“ Thomas Müller, OK-Präsident und Bürgermeister von Oberstdorf. Auch die Athleten ergingen sich in Superlativen: „Einmalig! Sensationell! Fantastisch!“ lautete das einhellige Urteil. Insgesamt besuchten mehr als 360.000 Zuschauer die WM-Langlauf- und Skisprung-Arena.

Spitzensportler aus 48 Ländern kämpften um 57 Medaillen in den Disziplinen Skisprung, Langlauf und Nordische Kombination. Über 1.500 Medienvertreter berichteten aus Oberstdorf in die ganze Welt. Packend und fair gestalteten sich die Wettkämpfe mit den Besten der Besten, spektakuläre Rennen und atemberaubende Sprünge beherrschten die Szenerie. Mit zwei Gold und fünf Silbermedaillen landete das deutsche Team in der Nationwertung auf einem guten zweiten Rang hinter den überragenden Norwegern.

#### „Keine Macht dem Doping“

Die Tatsache, dass die Athleten das Motto „Keine Macht dem Doping“ durchweg beherzigten, sorgte dafür, dass von dieser WM in Bayern ein glänzendes, positives Bild des nordischen Skisports in die Welt getragen werden konnte. Während der Wettkämpfe wurde das größte Dopingkontrollprogramm in der Geschichte der FIS durchgeführt. Das erfreuliche Ergebnis: Kein Test fiel positiv aus.

#### Investitionen in Höhe von über 23 Millionen Euro

Trotz wirtschaftlich schwierigerer Zeiten hatte Bayern staatliche Mittel in Höhe von über 10 Millionen Euro für Investitionen im Sportbereich sowie für Infrastruktur, Zuschauer und Medienberichterstattung zur Verfügung gestellt. Insgesamt wurden für die WM über 23 Millionen Euro investiert. Diese Förderung kam freilich nicht nur der Nordischen Ski-WM zugute, sondern verbessert auf Dauer auch die Infrastruktur in der Wintersport-Hochburg Oberstdorf. „Damit wird die ganze Region Oberstdorf im Wettbewerb mit Wintersportzielen in der Alpenregion gestärkt“, hatte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bei seiner Eröffnungsrede betont.

#### Schaufenster für Standort Bayern

Bayern wolle, so Stoiber, die Nordische Ski-WM auch als Schaufenster für den Tourismus- und Wirtschaftsstandort Bayern nutzen: „Ein besseres Standort-Marketing als diese WM ist kaum denkbar. Als attraktiver, innovativer und weltoffener Top-Standort ist Bayern ein Magnet für Unternehmer und Touristen.“

#### Enorme Vorgabe für Sapporo

Auch FIS-Präsident Gian Franco Kasper zeigte sich begeistert von der Nordischen Ski-WM und gratulierte den Organisatoren. Seiner Ansicht nach werde es für die kommenden Veranstalter sehr schwer, „dieses Level zu halten“. Die Vorgabe für Sapporo 2007 sei enorm. „Das war wirklich Werbung für den Skisport“, meinte ein zufriedener Kasper.

#### Glückwünsche vom CSU-Fraktionsvorsitzenden

Unterdessen hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, dem gastgebenden Landrat des Landkreises Oberallgäu, Gebhard Kaiser, seine Glückwünsche übermittelt. Die nordische Ski-Weltmeisterschaft in Oberstdorf sei ein großartiger Erfolg für das Allgäu gewesen. Die gastgebende Region habe das Tourismusland Bayern in hervorragender Weise einem weltweiten Publikum präsentiert. „Die Schönheit der Landschaft ist gottgegeben, aber die Gastfreundlichkeit der Organisatoren und der Helfer war die geniale Ergänzung dazu“, schwärmte Herrmann, der sich vor Ort selbst

#### Dillinger Festveranstaltung zum Beginn des Jahres 2005:

## Kritik an bequemem Skeptizismus

Landrat Leo Schrell: Kein Fortschritt ohne Leistung!

„Ideale sind kein alter Hut ...und Leistung darf nicht weiterhin verteuert werden“: Mit diesen Forderungen wandte sich Landrat Leo Schrell bei der Festveranstaltung der Kreisstadt Dillingen zum Beginn des Jahres im Stadtsaal an die Öffentlichkeit.

Schrell behandelte das Thema „Deutschland in der Krise - im Spannungsfeld zwischen mentaler Depression und Optimismus“. Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl ehrte zwei Frauen und fünf Männer, darunter drei langjährige Stadträte, für verdienstvolle ehrenamtliche Tätigkeit.

Trotz aller Probleme rief OB Weigl die Bürger dazu auf, mit Optimismus an der Zukunft Dillingens zu bauen. Die Stadt habe sich mit nunmehr rund 18.800 Einwohnern gut weiterentwickelt, mit einem Zuwachs seit 1986 von fast 3500 Bürgern. Besonders erfreulich sei die Sicherung des Bundeswehrstandortes.

#### Klare Absage an „Spaßgesellschaft“

In seiner mit starkem Beifall aufgenommenen Festrede plädierte Landrat Schrell für einen gesteigerten Einsatz für die Gemeinschaft und für eine Abkehr von dem von vielen Medien propagierten „Pessimismus als Lebensgefühl...mit Lebensangst selbst bei der jungen Generation“. An die in aller Welt bewunderte Aufbauleistung nach dem 2. Weltkrieg erinnernd, stellte Schrell heraus, es müsse Abschied genommen werden vom bequemem Skeptizismus und der Suche nach „Lebenserfüllung mit möglichst viel Spaß“.

#### Trendwende

Umfragen belegten eine Trendwende zum Positiven bei der Jugend. Eine führende Stellung in der Welt habe sich Deutschland immer erkämpft, wenn Tüchtigkeit, Fleiß, Zuverlässigkeit, Ideenreichtum, Zähigkeit und Verantwortungsbewusstsein als erstrebenswerte Eigenschaften gegolten hätten („Wer den Eindruck zu erwecken versucht, dass Erfolg und Fortschritt auch dem Verweigerer von Leistung zufallen, untergräbt die Grundlagen jeden Aufschwungs“).

Stadtpfarrer Monsignore Walter Rau wurde von Oberbürgermeister Weigl für seinen unermüdbaren Einsatz mit der „Goldenen Bürgermedaille“ ausgezeichnet. Gewürdigt wurden sein Wirken seit über 35 Jahren als Stadtpfarrer in Dillingen, zunächst im jetzigen Stadtteil Schretzhelm, dann in der neuen Pfarrei St. Ulrich (mit dem Kirchenneubau) und zusätzlich

#### Furth im Wald:

## Demnächst neues Kindermuseum

Eine neue kulturelle Attraktion erhält in den kommenden Monaten die Grenzstadt Furth im Wald, Kreis Cham: ein Kindermuseum, das erste Ostbayerns und das dritte im Freistaat. Geplant ist eine Erlebniswelt, in der sich Kinder experimentell und durch ansprechende Weise mit dem Thema „Glas - Licht - Spiegel“ auseinandersetzen. Das bayerische Kultusministerium hat für dieses Vorhaben, das von der Volkshochschule Furth im Wald betreut wird, bereits die Bewilligung für den „vorzeitigen Maßnahmenbeginn“ erteilt. Von den geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 50.000 Euro werden etwa 90 Prozent durch einen EU-Zuschuss abgedeckt. DK

noch in der Pfarrei Donauallheim. Erinnert wurde auch an das große Engagement als Dekan an der Spitze von 69 Pfarreien und für das „Zusammenwachsen der Stadtteile“.

#### Stadträte geehrt

Drei starke Stützen im Stadtrat erhielten die Auszeichnung mit dem „Bürgerbrief“. Johann Reile (seit 1979 im Stadtparlament) wurde u.a. gedankt für seinen Einsatz als Vorsitzender des Verbandes landwirtschaftli-

cher Meister und Ausbilder im Kreis Dillingen (1977 bis 1998) „als Vorstand der Jagdgenossenschaft seit 1975 und an der Spitze des BBV-Ortsverbandes Dillingen von 1975 bis 1998. Dieter Schinhammer (Stadtrat seit 1984) wirkt u. a. als Vorsitzender des über Schwaben hinaus angesehenen Historischen Vereins Dillingen, in CSU, VdK und Europa-Union.

#### Vielseitiges Engagement

Konrad Ahle, der dem Stadtrat seit 1984 angehört, ist ebenfalls vielseitig engagiert, so als Vorsitzender des Bauernvereins Frisingen, Kirchenpfleger und

## Rettungsdienst wird grenzenlos

#### Vereinbarung von BRK und tschechischen Organisationen

Im Bereich der 357 Kilometer langen Grenze zur Tschechischen Republik werden Rettungsdienstleistungen bei Notfällen und Krankentransporten künftig grenzüberschreitend möglich sein. Das vereinbarte jetzt das Bayerische Rote Kreuz im Grenzland mit Vertretern der staatlichen tschechischen Rettungsorganisation. Auf Einladung von BRK-Vizepräsident Markus Sackmann hatten sich Vertreter der Rettungsleitstellen aus Hof, Amberg, Regensburg, Straubing, Landshut und Passau und die zuständigen Retter aus dem Nachbarland im Kreisverband Weiden des Bayerischen Roten Kreuzes getroffen.

Im Rahmen eines Pilotprojekts hatte die Rettungsleitstelle Weiden drei Jahre lang Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Kooperation mit den tschechischen Rettern gesammelt. Das Ergebnis: Die Zusammenarbeit bei Notfall- und Rettungsdienstleistungen funktionierte reibungslos in kollegialer Atmosphäre. Erdacht und entwickelt hat diesen „Rettungsdienst ganz ohne Grenzen“ der Chef der Weidener Notrufzentrale, Herbert Putzer.

#### Funktionsweise

Und so funktioniert der nach der EU-Osterweiterung bisher einmalige grenzenlose Rettungsdienst: Wer in der Grenzregion im Bereich der Landkreise Neustadt a.d. Waldnaab und Tirschenreuth dringender Hilfe bedarf, wird entweder vom deutschen oder tschechischen Rettungsdienst versorgt - je nachdem, wer schneller vor Ort ist. Und da nicht jeder Mitarbeiter in den Rettungszentrum hüben und drüben beide Sprachen beherrscht, wurde ein spezielles tschechisch-deutsches Fax entwickelt. Die jeweilige Alarmerung wird dann je nach Bedarf an die tschechische Zentrale Pilsen oder von den Tschechen in die jeweilige BRK-Rettungsleitstellen in der Oberpfalz und in Niederbayern geschickt.

Für Herbert Putzer ist der Nachweis für die Effizienz der Weidener Initiative bereits erbracht: „400 Einsätze allein in drei Jahren beweisen, wie sinnvoll unsere Kooperation ist“. Putzer pflegt mittlerweile mit seiner Mannschaft einen freundschaftlichen Kontakt mit den Kollegen aus Pilsen.

#### Unterschiede in der Organisation

Die Erfahrungen aus dem erfolgreichen Pilotprojekt fließen nun in die Kooperation im gesamten bayerisch-tschechischen Grenzbereich ein. Darauf verständigten sich nun die Rettungsdienst-Vertreter aus der Grenzregion beider Länder bei ihrem eintägigen Treffen in Weiden. Im Gegensatz zu Bayern wird der Rettungsdienst im Nachbarland nicht von den

Hilfsorganisationen, sondern staatlicherseits organisiert. Die Funktion des hierzulande eingesetzten Rettungsassistenten nehmen in der Tschechischen Republik speziell ausgebildete Krankenschwestern und Pfleger wahr.

#### Vorreiterrolle

Markus Sackmann, Vizepräsident des Bayerischen Roten Kreuzes und im Verband unter anderem engagiert für die Belange des Rettungsdienstes tätig: „Ich bin sicher dass wir als BRK hier in der Region, wo sich ebenfalls ein Europa ohne Grenzen entwickeln soll, eine Vorreiterrolle einnehmen.“ Auch dieses Projekt sei der Beweis dafür, wie erfolgreich das BRK bei der Entwicklung neuer Modelle zur Rettung von Menschenleben agiere, betonte der BRK-Vizepräsident und fügte hinzu: „Ich hoffe, dass dieses Modell, das aus großem Engagement und aus Eigeninitiative entstanden ist, an anderen Landesgrenzen Deutschlands bald Nachahmer finden möge.“

#### Erleichterte Kooperation

Den tschechischen Rettungsdienstspezialisten aus den Regionen Pilsen und Prag, die sich in der Weidener Leitstelle auch über den Stand der technischen und medizinischen Ausrüstung der bayerischen Rettungsfahrzeuge informierten, erscheint die Ausweitung der bisherigen Zusammenarbeit nur folgerichtig: „Der Rettungsdienst in Tschechien funktioniert fast so wie in Deutschland, das erleichtert die Kooperation“, versicherte Dr. Jiri Lojda, Direktor der Pilsener Rettungszentrale.

Weitere Gemeinsamkeiten betonte der Direktor der Abteilung für Notfall und Katastrophenschutz im Prager Gesundheitsministerium, Jaroslav Hora: „Auch bei uns gibt es eine festgelegte Hilfsfrist von 15 Minuten die medizinische Ausrüstung ist auf gleichem Niveau.“ Beide Seiten machten ferner deutlich, dass diese Kooperation auch einen Beitrag für die tschechisch-deutsche Verständigung in einem gemeinsamen europäischen Haus sei. DK

im Obst- und Gartenbauverein. Zehn Jahre war er stellvertretender Kreisobmann des BBV. Infolge Erkrankung konnte Ahle die Ehrung nicht selbst entgegennehmen. Den „Bürgerbrief“ bekam auch der Vorsitzende der Reservistenkameradschaft Dillingen, Erich Höppner, u. a. für 45 Blutspenden und herausragendes kirchliches Engagement.

#### Auszeichnung mit „Verdienstplakette“

Zwei Frauen wurden mit der „Verdienstplakette“ ausgezeichnet, wobei Hildegard Egger krankheitsbedingt nicht kommen konnte. Sie leistet beispielhafte Dienste an Pflegebedürftigen und fördert die Kulturpflege. Als Vorsitzende der Gruppe „Frauen aktiv“ leitet Barbara Friese „Kleidermärkte“ zugunsten sozialer Zwecke mit großem Erfolg.

Erinnert wurde von Oberbürgermeister Weigl an die kürzlich erfolgte Ehrung des infolge Krankheit an das Haus gebundenen früheren 2. Bürgermeisters von Dillingen, Carl Hosch. Er stiftete der Stadt umfangreiches Archivmaterial. Hosch wurde mit der „Verdienstplakette“ gedankt.

#### Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlummer:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Zu einer interkommunalen Allianz haben sich die sieben Gemeinden aus dem Landkreis Schweinfurt sowie Oerlenbach aus dem Landkreis Bad Kissingen zusammengefunden, um ihre Chancen an der künftigen Autobahn A 71 Schweinfurt-Erfurt zu wahren. Jüngstes Projekt der Allianz ist die Aussendung so genannter Botschafter der Region, die für ihre Heimat werben sollen. (Von links): Regionalmanager Ulfert Frey und die Bürgermeister Reinhold Stahl (Poppenhausen), Paul Heuler (Werneck), Peter Seifert (Niederwerrn), Arthur Arnold (Euerbach), Ruth-Hanna Gube (Geldersheim), Siegfried Erhard (Oerlenbach) und Peter Neubert (Berg-rheinfeld). Es fehlt Günther Jakob (Wasserlosen).  
Foto: Silvia Eidel

Interkommunale Allianz „Oberes Werntal“:

## Aussendung von „Botschaftern der Region“

Euerbach - Persönliche Kontakte sind, wenn es um Standortwerbung geht, am glaubwürdigsten. Für die Interkommunale Allianz „Oberes Werntal“ ein Grund, so genannte „Botschafter der Region“ auszuschicken, die bei beruflichen und privaten Treffen auf nationaler und internationaler Ebene, aber auch innerhalb des Zusammenschlusses für ihre Heimat einzustehen.

Verbündete für die Interkommunale Allianz „Oberes Werntal“ sollen sie sein, die 20 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, die in den Allianzgemeinden Berg-rheinfeld, Euerbach, Geldersheim, Niederwerrn, Werneck, Wasserlosen, Poppenhausen (Landkreis Schweinfurt) und Oerlenbach (Landkreis Bad Kissingen) wohnen. Verbündete beim Bemühen der Gemeinden,

ihren Raum an der künftigen A 71 Schweinfurt-Erfurt zu positionieren, bekannter und attraktiver zu machen, wie es Allianz-Sprecher, Euerbachs Bürgermeister Arthur Arnold, bei der Vorstellung der neuen Botschafter in seinem Rathaus formulierte.

### Harte Standortfaktoren

Angesichts harter Standortfaktoren wie der Verkehrsgunst an

der A 70, der A 7 und der neuen A 71, der Nähe zu Schweinfurt und seiner Fachhochschule oder niedriger Lebenshaltungskosten in einer attraktiven Umgebung „wäre es doch gelacht, wenn wir uns nicht aufstellen könnten“, versuchte er Optimismus zu verbreiten. Mit solchem sollen die ernannten Persönlichkeiten bei beruflichen und privaten Kontakten die Vorzüge der Region einfließen lassen und idealerweise bei Standortentscheidungen von Unternehmen diese zugunsten des Oberen Werntals beeinflussen, hoffte Regionalmanager Ulfert Frey.

### Zahlreiche Projekte

Mit dem seit einem Jahr eingestellten Regionalmanager startete die junge Gemeindeallianz „Oberes Werntal“ an der künftigen A 71 voll durch. Zahlreiche Projekte wurden bislang auf den Weg gebracht oder abgeschlossen, mit denen die acht Autobahn-Anliegergemeinden ihre Chancen wahren wollen. 43.000 Einwohner leben in diesem Raum. Nach innen wie außen machten die Kommunen landkreisübergreifend bereits auf sich aufmerksam. Ihr Ziel ist es, das Obere Werntal als Wirtschafts- und Wohnstandort, Naherholungsgebiet und Kulturraum zu etablieren.

### Viele Werbemaßnahmen

Dazu wurden zahlreiche Werbemaßnahmen getroffen: Ein Internetauftritt, die Erstellung eines Flyers, Logos an allen Mitgliedsräthusern. Das neue Autobahndreieck A70/A71 bei Berg-rheinfeld wird „Werntal“ heißen, ein braunes touristisches Schild an der A 70 wird auf das Schloss Werneck weisen. Ein Radwegekonzept und ein Gastronomeführer wurden erstellt, ein Kulturführer ist in Arbeit, eine größere Imagebroschüre kurz vor der Drucklegung. Bayernweiten Modellcharakter im Rahmen von Dorferneuerungen hat das Projekt „Bauhütte“, bei dem gezeigt wird, wie mit modernen Technologien preiswert gebaut und innerorts saniert werden kann.

Interkommunal und sogar landkreisübergreifend ist das neue Gewerbegebiet der Nachbargemeinden Oerlenbach und Poppenhausen, für das es bereits einen rechtskräftigen Bebauungsplan gibt. In einem eigens gegründeten Zweckverband wurde die Verteilung der Pflichten, Kosten, Lasten und Einnahmen geregelt.  
Silvia Eidel

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Da schreit ja wohl der Chef der Panzerknackerbande ‚Halt den Dieb!‘.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist ziemlich sauer auf den Bundeswirtschaftsminister, weil er den Kommunen flächendeckenden Betrug bei Hartz IV vorgeworfen hat.

Angeblich haben einige Städte und Kreise bei der Umstellung auf Arbeitslosengeld II auch solche früheren Sozialhilfebezieher arbeitsfähig gemeldet, die wegen Drogensucht oder chronischen Krankheiten nicht arbeiten können, ja sogar Insassen von Pflegeheimen sollen dabei gewesen sein. Da ich blond bin, glaube ich natürlich grundsätzlich alles, was Berlin erzählt. Deshalb glaube ich sofort, dass einige Rathauschefs vielleicht längerfristig erkrankten, davor aber durchaus fitte Personen gemeldet haben. Vielleicht haben auch welche die Meinung vertre-



der Zackenbarsche. Wenn jetzt ein paar Kommunalpolitiker zurückschlagen und bei Hartz IV tricksen, dann geschieht es dem Bund Recht. In jedem Bayern und in jeder Bayerin - also auch in mir - schlägt das Herz eines Anarchen. Und dieses Herz freut sich über jeden Widerstand gegen die Obrigkeit, vor allem die aus Berlin.

Dem der Bundeswirtschaftsminister will doch nur Feuer mit Feuer bekämpfen und davon ablenken, dass er die Kostenfolgenabschätzung für Hartz IV einem im Ein-Euro-Job beschäftigten Milchmädchen übertragen hat. Diese auch für das Haus Eichel tätige Dame tat das, was der Bund dauernd macht - sich zu ihren Gunsten verrechnen. Und so kostet die Umstellung auf Arbeitslosengeld II halt mehr als geplant und die Kommunen sollen die Schuldigen sein.

Eigentlich ist doch jetzt nur die Arbeitslosen-Statistik ein wenig ehrlicher geworden. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit ist in seiner Januar-Presskonferenz eh von 6,5 Millionen Arbeitslosen ausgegangen, von denen 1,5 Millionen in irgendwelchen unsinnigen Programmen versteckt sind. Früher hat man halt diejenigen, für die Sozialhilfe ein Way of life war und die sich nicht um Arbeit bemühten, den Kommunen hingekippt. Das ist jetzt vorbei und das ist gut so.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird wegen der Städte-Beschimpfung noch etwas anderes machen. Da er weiß, dass eine Stadt wie unsere, die nahe dran ist an der heimischen Wirtschaft, Langzeitarbeitslose am Besten vermitteln kann, wird er mit dem Zuständigen von der Arbeitsagentur eine Wette eingehen: Wer bis Jahresende mehr Leute in einen Job bringt - die Fallmanager von der BA oder unser Sozialdezernat. Dem Bundeswirtschaftsminister wird er das heutige Kalenderblatt mit einem Satz des Euripides schicken: „Beim Rat geben sind wir alle weise, aber blind bei eigenen Fehlern.“



### Thierhaupten:

## Fortbildung für Bürgermeister

Bürgermeister haben viele Rollen - vor allem sind ihre Fähigkeiten in der Kommunikation, Sozial- und Führungskompetenzen und Managementeigenschaften gefragt. Die SDL Thierhaupten bietet hierzu erfolgreich laufende Fortbildungsmodulen an.

„Mir hat es richtig gut getan, mich mit meinen Kollegen während dieser Seminarreihe auszutauschen und eine Fülle von nützlichen Anregungen für den Alltag mitzunehmen“ - Fazit einer Bürgermeisterin, die im vergangenen Jahr freiwillig die Schulbank an der Schule für Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten drückte. Im Mittelpunkt standen dabei sogenannte „weiche“ Themen - denn von Gemeindeoberhäuptern werden nicht nur Verwaltungskennnisse erwartet, sondern vor allem auch Führungs-, Sozial- und Managementkompetenzen.

### Spannungsfeld

Das Qualifizierungsprogramm „Der Bürgermeister als Manager des Wandels“ der SDL Thierhaupten richtet deshalb den Fokus vor allem auf das Amt des Bürgermeisters, der sich mit seinen vielfältigen Aufgaben, Anforderungen und Rollen in einem enormen Spannungsfeld befindet. Strategische Planung, Motivation der Mitarbeiter trotz leerer Kassen, Wirkung der eigenen Persönlichkeit und Umgang mit Widerständen bei Veränderungsprojekten sind Themen dieser Fortbildung. Anhand vieler Praxisbeispiele werden Wege aufgezeigt, den immer komplexer werdenden Anforderungen des Bürgermeisteramtes durch Kommunalmanagement gerecht zu werden.

Der Bürgermeister braucht umfassende Managementkenntnisse und Managementfähigkeiten, um sein Unternehmen „Kommune“ erfolgreich in die Zukunft zu steuern. Von seiner Persönlichkeit hängt es ab, ob es ihm gelingt, gemeinsam mit seinem Rat, der Kommunalverwaltung und dem Bürger eine Verantwortungsgemeinschaft aufzubauen.

### Geringe Kosten

Auch 2005 bietet die SDL Thierhaupten das Bürgermeister-Qualifizierungsprogramm als kostengünstige Fortbildung mit verschiedenen Modulen an. Die Schwerpunkte sind dabei „Erfolgreich kommunizieren“ am 27. und 28. April 2005 sowie „Erfolgreich gestalten“ am 26. Juni 2005. Um einen möglichst intensiven Erfahrungsaustausch und größtmöglichen Lernerfolg zu gewährleisten, ist die Teilnehmerzahl je Modul auf zwölf Personen begrenzt. Zu allen Modulen gibt es ein ausführliches Manuskript mit vielen Praxistipps.

Das Qualifizierungsprogramm findet auch in der SDL Plankstetten, Lkr. Neumarkt i.d. Oberpfalz und in der SDF Klosterlangheim, Lkr. Lichtenfels statt. Weitere Informationen bietet die Schule der Dorf- und Landentwicklung, Klosterberg 8, 86672 Thierhaupten, Telefon 08271/41441, e-Mail: info@sdl-thierhaupten.de.

### 1200 Jahre Forchheim:

## Fränkisch modern mit altem Kern

Ein Jahr lang feiert Forchheim sein 1200-jähriges Bestehen. Die erste urkundlich gesicherte Nennung des Namens „Forchheim“ findet sich in dem berühmten Kapitular Karls des Großen vom Jahre 805 über den Handel mit den Slawen und Awaren. Auch wenn die Besiedlung sicher älter ist, gilt 805 als das offizielle „Geburtsjahr“ der Stadt.

Im 9. Jahrhundert entwickelte sich das verkehrsgünstig zwischen dem damaligen bayerischen Hauptort Regensburg und Frankfurt am Main liegende Forchheim zu einem wichtigen Anlaufpunkt ostfränkischer Könige. Die Krönung Konrad I. im Jahr 911 in Forchheim gehört zu den Höhepunkten der Stadtgeschichte. Danach jedoch sank der Forchheimer Stern am Himmel der Macht. 1907 kam die Stadt zum neugegründeten Bistum Bamberg. Seit der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts gehört Forchheim zu Bayern.

### Historie

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wandelte sich die Stadt von einer Festungs- und Garnisonsstadt zum Industriestandort: Unternehmer aus Nürnberg und Fürth nutzten hier vor allem die reichlich vorhandene Wasserkraft. Nach dem 2. Weltkrieg erfuhr Forchheim durch den Zustrom von Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten einen großen Schub in der Bevölkerungsentwicklung und eine zweite Industrialisierungswelle. Heute ist Forchheim als „Große Kreisstadt“ mit ca. 30.000 Einwohnern Zentrum des gleichnamigen Landkreises.

Laut Oberbürgermeister Franz Stumpf soll dieses Jahr für die Stadt und ihre Gäste unvergess-

lich werden. Über 150 Veranstaltungen verschiedenster Art sind geplant. Höhepunkt der Feierlichkeiten ist der Monat Juli mit dem mittelalterlichen Spektakel „Es lebe der König“



OB Franz Stumpf.

und dem Festzug zum Annafest. Darüber hinaus gibt sich u. a. das Zentrale Polizeiorchester von Weißbrunn ein Stell-dchein, soll das Rad der Zeit mit einem nostalgischen Kellerauftakt zurückgedreht werden, findet ein Feuerwehroldtimer-treffen an allen möglichen und unmöglichen Orten mitten in der Stadt statt, ist „100 Jahre Circus Krone“ zu Gast bei „1200 Jahre Stadt Forchheim“, werden typische Produkte und kulinarische Spezialitäten aus den Partnerstädten angeboten und wird erstmals in der Innen-

stadt ein Halbmarathon gestartet.

Neben der Ausführung des „Schwedengrabens“, einem historischen Volksstück über die Belagerung Forchheims im 30-jährigen Krieg, können sich die Besucher von Nah und Fern von der Qualität und dem Ambiente des Kunsthandwerkermarktes überzeugen. Mit den „Forchheimer Skate-Nights“ will das Funkhaus Bamberg mit den Sendern Radio Bamberg und Radio Galaxy 104,7 „das Leben der Forchheimer Bürgerinnen und Bürger ins Rollen bringen“. Zudem finden das „Europäische Nachtwächter- und Türmertreffen“ sowie die schönste Weihnachtsmanausstellung Deutschlands statt. Die spätmittelalterlichen Fachwerkfassaden des Forchheimer Rathausesensembles bilden schließlich die einzigartige Kulisse des Forchheimer Adventskalenders.

### Lebendige Wurzeln

Wie Umweltminister Dr. Werner Schnappauf beim Jubiläums-Festakt betonte, seien in Forchheim alle kulturellen Wurzeln lebendig. „Die Bürger sind stolz auf ihre Tradition. Und dennoch ist Forchheim auch eine Stadt der Moderne.“ Sie sei in Oberfranken seit Jahren die Stadt mit den günstigsten Arbeitslosenquoten und zähle im Regierungsbezirk zu den Wachstumsregionen. Bei der Medizintechnik gehöre die Region bundesweit mit zur Spitze. Schnappauf sprach sich zudem für eine enge Zusammenarbeit innerhalb Frankens aus.  
DK

Monika Hohlmeier beim KPV-Kreisverband Bad Tölz-Wolfratshausen:

## Der Freistaat steht zu seinen Hauptschulen!

„Wir setzen klare Prioritäten zugunsten der Bildung in Bayern“, betonte Kultusministerin Hohlmeier bei einer Veranstaltung des KPV-Kreisverbandes Bad Tölz-Wolfratshausen in Lenggries. Unter der Leitung von Kreisvorsitzendem Werner Weindl standen die vielschichtigen Themen G 8 sowie die Frage der Schließung von Teilhauptschulen im Fokus des Interesses.

Monika Hohlmeier stellte zunächst heraus, dass es in einem außergewöhnlichen Kraftakt gelungen sei, eine nachhaltige Steigerung der Haushaltsmittel zu ermöglichen. 2005 erhöhe sich das Gesamtvolumen des Haushalts trotz der Konsolidierungserfordernisse um rund 175 Mio. Euro, im Jahr 2006 um weitere 184 Mio. Euro. Bis 2006 würden die Ausgaben für die Bildung um 4,5 Prozent gesteigert. Damit werde nachhaltig in die Zukunft junger Menschen investiert.

### Platz 1 in Bildungsstudie

Das gute Abschneiden der bayerischen Schülerinnen und Schüler in Ländervergleichsstudien sei ein klarer Beleg für den Erfolg der Schulpolitik des Freistaats. Bayern belege auch in der neuesten Bildungsstudie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bundesweit unangefochten Platz eins. Die Gründe dafür seien offensichtlich: Mit der Profilierung der Hauptschule als

Angebotsschule, dem flächendeckenden Ausbau der sechsstufigen Realschule sowie der Fachober- und Berufsoberschulen, der Etablierung des FOS 13-Schulversuchs und der erfolgreichen Einführung des achtjährigen Gymnasiums sei das bayerische Schulwesen wesentlich weiterentwickelt worden. Die Zahl möglicher Abschlüsse an einzelnen Schularten sei deutlich erweitert worden. Noch nie habe es in Bayern so viele Möglichkeiten gegeben, zur Hochschulreife zu gelangen, meinte die Ministerin.

### Inhaltliche Profilierung

Apropos Hauptschule: Durch die Erarbeitung von Regionalkonzepten und die Integration von Teilhauptschulen wolle Bayern das pädagogische Angebot der Hauptschule inhaltlich und organisatorisch profilieren und die Hauptschule als ernstzunehmende Alternative im gegliederten Schulwesen stärker ins Bewusstsein von Eltern und Öffent-

lichkeit rücken, betonte Hohlmeier. Selbstverständlich würden diese Maßnahmen in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen und Landkreisen durchgeführt. Hauptschulen, so die Ministerin, leisteten eine hervorragende Arbeit; ihre Abschaffung wäre eine Katastrophe für die Bildungs- und Ausbildungschancen der Kinder und Jugendlichen in Bayern. Daher versicherte sie: „Die Staatsregierung steht zur bayerischen Hauptschule! Wir lassen fast 40 Prozent unserer Kinder nicht zum ‚Rest‘ degradieren.“ Für eine Schulstrukturdebatte gebe es keinen Grund: „Mein Weg ist die Qualität des Unterrichts und die Vielfalt der Bildungswege weiter zu entwickeln!“

### Unterrichtsversorgung

Oberste Priorität habe weiterhin die Unterrichtsversorgung. „Mit dem neuen Doppelhaushalt gelingt es uns, die Unterrichtsversorgung im nächsten Schuljahr sicherzustellen. Den Schülerinnen und Schülern in Bayern wird im nächsten Schuljahr ein Mehr an Unterricht im Umfang von beinahe 1400 Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Damit werden wir dem enormen Schülerzuwachs und dem veränderten Bildungsverhalten gerecht“, sagte die Ministerin. Im Einzelnen sieht der Haushalt ein Plus von 240 neuen Stellen, 500 zusätzliche Zeitverträge sowie rund 650 Stellenkapazitäten vor, die durch die Erhöhung der Unterrichtsspflichtzeit für Lehrkräfte gewonnen werden konnten. Natürlich sei es in einer so schwierigen fi-

nanziellen Lage in Gesamtdeutschland nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen und jede Sorge zu nehmen. „Dies wäre aber auch nicht redlich, denn die Schüler von heute müssten die ihnen aufgebürdeten Schulden als Erwachsene von morgen mit Zins und Zinseszins selbst zurückzahlen“, sagte die Ministerin.

Ebenso positiv fiel die Halbjahresbilanz von Frau Hohlmeier zum achtjährigen Gymnasium aus. Viele Schulen hätten erkannt, dass das neue Gymnasium nicht nur zu einer Verkürzung der Schulzeit führt, sondern dass seine Einführung auch die Möglichkeit bietet, die Schulart Gymnasium neu zu denken. Die Reform des Gymnasiums sei von vielen Schulen auch als Chance begriffen worden. Besonders positiv sei, dass die Einführung des achtjährigen Gymnasiums eine neue Qualitätsdiskussion über eine möglichst intensive Förderung von Schülern oder auch über eine verbesserte Rhythmisierung von Unterricht und Schulalltag ausgelöst hat. Dies gebe der inneren Schulentwicklung einen neuen Schub.

### Mittagsbetreuung

Neuerungen, die zunächst vielfach auf Skepsis gestoßen seien, fänden inzwischen hohe Akzeptanz, fuhr Hohlmeier fort. Die Einführung des Faches ‚Natur und Technik‘ von der fünften Jahrgangsstufe an oder die Intensivierungsstunden seien sehr gut angenommen worden. Gerade etwa bei deren Organisation und Durchführung hätten die Lehrkräfte viel Engagement und Einfallsreichtum sowie eine hohe fachliche Kompetenz bewiesen. Auch der Einstieg in die Mittagsbetreuung sei überwiegend gut gelungen. An vielen Orten gebe es schon außerordentlich attraktive Angebote. **DK**

Dillingen - Günzburg - Neu-Ulm:

## Gesucht: Gästeführer für die Region

Der Tourismus in der Region Dillingen - Günzburg - Neu-Ulm entwickelt sich positiv. Die Gästeankünfte konnten, so die aktuellen Zahlen für den Landkreis Günzburg, im Jahr 2004 deutlich gesteigert werden.

Die große Herausforderung für den Tourismus ist jedoch, die Gäste auch für längere Aufenthalte zu begeistern und ihnen die Region vor diesem Hintergrund bekannt und für einen erneuten Besuch schmackhaft zu machen. Gästeführungen zu ausgewählten Themen sind dafür eine gute Möglichkeit, doch bislang eher noch eine Seltenheit.

### „Natur & Kultur“

Die Landkreise Günzburg und Neu-Ulm bieten deshalb gemeinsam eine qualifizierte Ausbildung zum Gästeführer „Natur & Kultur“ an. Neben den beiden Landkreisen arbeiten das Landwirtschaftsamt Krumbach/Weißenhorn sowie Donautal-Aktiv e.V. und das „mooseum“, beide mit Sitz in Bächingen im Landkreis Dillingen, in dem Projekt als Kooperationspartner mit.

Die Ausbildung beginnt im April und schließt im Juli mit der Verleihung eines Zertifikates ab. Sie gliedert sich in 4 Basisteile, in denen Grundlagen und Kompetenzen zur Durchführung von Gästeführungen vermittelt werden. Dazu kommen 14 Fachgebiete mit einer großen Auswahl an interessanten Kultur- und Naturthemen aus der Region, angefangen von Frühgeschichte über lebendiges Brauchtum bis hin zu Geologie und Radwandern entlang des Donautals. Jeder Ausbildungsteil umfasst vier bis acht Stunden und findet bevorzugt abends, an Freitagnachmittagen oder samstags statt.

### Zielgruppe im ländlichen Raum

Das Bildungsangebot richtet sich an alle, die Interesse an einer Ausbildung und selbständigen Tätigkeit als Gästeführer haben. Angesprochen sind vor allem Menschen im ländlichen Raum, die eine attraktive Teilzeit- oder Nebenbeschäftigung suchen, Mütter oder Väter während oder nach der Erziehungspause, berufliche Wiedereinsteiger und aktive Ruheständler. Sehr willkommen sind auch bereits tätige Stadt- und Museumsführer, die sich weiterbilden möchten.

Wer Näheres erfahren oder sich bewerben möchte, wendet sich ab sofort an: Regionalmarketing Günzburg GbR, An der Kapuzinermauer 1, 89312 Günzburg, Tel.: 08221/95-144, Fax: 08221/95-145, E-Mail: marketing@landkreis-guenzburg.de, Internet: <http://www.regionalmarketing-guenzburg.de> **Hans Joas**

### Vorschau auf GZ 6

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 6, die am 24. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Kommunal Finanzen
- ≪ Wasser · Abwasser
- ≪ Kommunale Baupolitik
- ≪ Ausstattung kommunaler Gebäude
- ≪ Sicherheitstechnik · Brand- und Katastrophenschutz